



Das
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
STASI IN DER REGION

Deutsch-deutsche Kontakte unter Beobachtung

Die Stasi und die Bundesrepublik



Wen überwachte und verfolgte die Stasi in der Bundesrepublik? Und vor allem: Welche Folgen hatte dies für die Betroffenen in Ost- und Westdeutschland?

Biografische Geschichten zu den deutsch-deutschen Beziehungen und persönlichen Verbindungen zwischen Ost und West machen die Auswirkungen von politischer Repression auf die Menschen in besonders plastischer Weise deutlich.

Die Akten, die heute im Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrt werden, sind dafür wichtige Zeugnisse.

Abbildung auf Titelseite:

> Interzonenverkehr im Bahnhof Bebra (Hessen) an der dortigen Grenzübergangsstelle zwischen der Bundesrepublik und der DDR, 9. August 1973

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,
B 145 Bild-00111521, Fotograf: Schaack, Lothar

Konstanze Soch (Hg.)

**Deutsch-deutsche Kontakte unter Beobachtung.
Die Stasi und die Bundesrepublik**

Erster Band

Inhaltsverzeichnis

Einleitung _____	4
Besuchsreisen _____	7
Besuche aus dem Westen im Blick der Stasi	8
Amateurfunker _____	17
Zwischen den Frequenzen: Die Überwachung der deutsch-deutschen Amateurfunker	18
Sportveranstaltungen _____	29
Die Überwachung des DDR-Sports in der Bundesrepublik	30
Fluchthilfe _____	43
»Ihr seid frei!« – Fluchthilfe aus Saarbrücken	44
Flucht _____	51
Flucht in die Freiheit? Wie die Stasi Deserteure im Westen verfolgte	52
»Sportverräter« _____	65
Der ZOV »Sportverräter« – Sportlerfluchten aus der DDR	66
Ausreise _____	75
Ausreise in den Westen – Spionage für die DDR	76

Notaufnahmelager _____	83
Feindobjekt Flüchtlingslager – die Stasi in Uelzen und Gießen	84
Hilfsorganisationen _____	97
Wenn Helfende zu Verdächtigen werden – wie die Stasi westdeutsche Hilfsorganisationen ausspähte	98
Städtepartnerschaften _____	107
Dialog mit Einschränkungen – Städtepartnerschaften als Sicherheitsrisiko für die Stasi	108
Anmerkungen und Verzeichnisse _____	116
Anmerkungen	116
Autorinnen und Autoren	122
Weiterführende Literaturhinweise zur Stasi in der Bundesrepublik	123
Abkürzungsverzeichnis	124
Impressum	128

Einleitung

Was machte die Stasi in der Bundesrepublik? Diese scheinbar einfache Frage führt mitten hinein in ein vielschichtiges Kapitel der deutsch-deutschen Geschichte – eines, das bis heute Fragen aufwirft und Interesse weckt. Die vorliegende erste Band der Dokumentationsreihe »Die Stasi und die Bundesrepublik« widmet sich diesem komplexen Themenfeld aus einer Perspektive, die sowohl tiefgründig als auch allgemeinverständlich ist. Im Zentrum stehen dabei konkrete Schauplätze, Personen und Ereignisse, die den Einfluss und das Wirken der DDR-Staatssicherheit in der Bundesrepublik greifbar machen sollen.

Wie kaum eine andere Institution war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Ausdruck des Macht- und Kontrollanspruchs der DDR-Führung. Die »Hauptverwaltung Aufklärung« (HV A), der Auslandsnachrichtendienst des MfS, war Auge und Ohr der SED-Diktatur in der Bundesrepublik – sie war aktiv in Parteizentralen und Stiftungen, im Verfassungsschutz und in Hochtechnologie-Unternehmen, bei Studierendengruppen, Kirchen und Umweltinitiativen. Ob in Behörden, in der Zivilgesellschaft oder im zwischenmenschlichen Alltag – überall dort, wo Informationen flossen oder Manipulationen möglich schienen, war die Stasi bemüht, unbemerkt Einfluss zu nehmen.

Ziel der Reihe ist es, die Aktivitäten der Stasi in der Bundesrepublik anschaulich und auch für Leserinnen und Leser ohne historische Vorkenntnisse nachvollziehbar darzustellen. Die Bände folgen einem dokumentarischen Ansatz: Sie verbinden eine quellengestützte Darstellung mit anschaulicher Aufbereitung, um einem breiten Publikum fundierte Einblicke zu ermöglichen. Geschichte wird nicht abstrakt vermittelt, sondern anhand konkreter Orte, betroffener und han-

delnder Personen und Ereignisse erzählt. Zahlreiche Fallbeispiele – von dokumentierten Spionageaktivitäten über politische Einflussversuche bis hin zu Biografien von Betroffenen – machen die Arbeit der Stasi in der Bundesrepublik sichtbar. Es werden typische Vorgehensweisen aufgezeigt, zuständige Stasi-Dienstleistungen beleuchtet und auch nach den Folgen dieser geheimdienstlichen Aktivitäten gefragt. So entsteht ein facettenreiches Bild der Stasi-Westarbeit.

Die Fallbeispiele bilden das Herzstück der Reihe. Sie veranschaulichen, was sich hinter abstrakten Begriffen wie »Westarbeit« oder »Operativer Vorgang« verbirgt. Sie zeigen, wer im Fokus stand, wie konkret vorgegangen wurde, welche Informationen gesammelt oder welche Ziele verfolgt wurden. Gerade in der Verknüpfung von Struktur und Biografie, von Aktenlage und persönlicher Betroffenheit entsteht ein vertieftes Verständnis für die Einflussnahme durch die Stasi. Dabei geht es nicht nur um individuelle Schicksale, sondern auch um typische Vorgehensweisen des Geheimdienstes, die sich in den dokumentierten Vorgängen spiegeln. Die Beispiele helfen, das Ausmaß und die Grenzen des geheimdienstlichen Zugriffs auf die Bundesrepublik Deutschland besser einzuordnen und machen historische Vorgänge auch für heutige Leserinnen und Leser anschaulich.

Die Bände der Reihe sind thematisch gegliedert und widmen sich jeweils einem zentralen Handlungsfeld der Stasi in der Bundesrepublik. Der vorliegende Band befasst sich mit den deutsch-deutschen Beziehungen und persönlichen Verbindungen zwischen Ost und West – darunter zwischenstaatliche Kontakte, Städtepartnerschaften, Hilfsinitiativen, Fluchten und private Netzwerke. Weitere Bände behandeln das Wirken der Stasi im politischen Raum und gegenüber gesellschaftlichen Gruppen, ihre Aktivitäten in

Sicherheitsbehörden wie Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr sowie ihr Interesse an wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in der Bundesrepublik.

»Die Stasi und die Bundesrepublik« richtet sich an eine breite Öffentlichkeit: an historisch Interessierte, an Menschen mit persönlichem Bezug zur deutsch-deutschen Geschichte und an alle, die sich ein differenziertes Bild von der Arbeit des MfS machen möchten. Die Reihe versteht sich nicht als abschließende Analyse, sondern als fundierter Einstieg in ein komplexes

Thema, der zu einer eigenständigen Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Vergangenheit anregen soll.

KSo

In den folgenden Kapiteln werden immer wieder Fallbeispiele zur Veranschaulichung der Inhalte eingefügt. Diese Beispiele heben sich durch blaue Winkel vom Text ab.



> Grenzüberwachung durch den Bundesgrenzschutz am Grenzabschnitt Eschwege (Hessen). 7.8.1973
Bundesarchiv, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-00018049, Fotograf: Schaack, Lothar





Besuchsreisen

> Aufenthalt eines Interzonenzuges, der in Richtung West-Berlin weiterfährt,
Magdeburger Hauptbahnhof. 23.12.1959
BArch, Bild 183-69749-0001, Fotograf: Biscan, Wilhelm

Besuche aus dem Westen im Blick der Stasi

1972 öffneten sich die Grenzen der DDR für Besucherinnen und Besucher aus dem Westen. Die SED gab im Zeichen der internationalen Entspannung die mit dem Mauerbau 1961 erfolgte Abriegelung ihres Landes auf – sehr zum Missfallen der Staatssicherheit. Die Geheimpolizei fürchtete nicht zu Unrecht, dass die zunehmenden Westkontakte die mühevoll stabilisierte Herrschaft im Inneren gefährden könnten.¹ Denn eine lückenlose Überwachung war auch der DDR-Geheimpolizei nicht möglich. In den 1980er-Jahren besuchten zwei bis drei Millionen Reisende aus dem Westen Ostdeutschland. Noch sehr viel mehr Menschen passierten die DDR auf den Transitstrecken von und nach West-Berlin. 1984 belief sich ihre Anzahl auf mehr als 32 Millionen.²

Angesichts dieser Dimensionen beschränkte sich das Ministerium für Staatssicherheit in der Regel darauf, die Identität und Reiseziele der Westbesuchenden beim Grenzübergang zu erfassen. In anderen Fällen nahm die Geheimpolizei aus unterschiedlichen Gründen einzelne Personen genauer in den Blick. Wer sie waren, welchen politischen, familiären oder beruflichen Hintergrund sie hatten, welchen Zweck die DDR-Reisen verfolgten und wessen Interessen sie möglicherweise vertraten: All dies war nur durch Informationen aus dem Westen zu klären und stellte die Stasi vor Herausforderungen.

Zwar verfügte der Auslandsgeheimdienst der DDR-Staatssicherheit, die HVA, nicht zuletzt dank der erleichterten Reisemöglichkeiten zwischen Ost und West über ein großes Netz an Spitzeln in der Bundesrepublik und West-Berlin. Allerdings nutzte das MfS diese Ressourcen vorrangig für Spionagezwecke.³ Für die Einholung von Informationen und die Beobachtung von Personen im Westen war im MfS eine andere Dienst-einheit zuständig: die Hauptabteilung VIII (Observation und Ermittlung) in der Ost-Berliner Zentrale und mit ihren Außenstellen in den Bezirksverwaltungen (BV). Ende der 1980er-Jahre führte die Stasi bis zu 300 solcher Ermittlungsaufträge jährlich durch. Die Abteilung verfügte ähnlich wie der Auslandsgeheimdienst über besonders geschulte Mitarbeitende, die zu Erkundungsaufträgen in den Westen geschickt wurden. Nicht selten handelte es sich um Rentnerinnen und Rentner, die seit 1972 offiziell und damit unauffällig zu Besuchs-

reisen in den Westen fahren konnten. Die Anzahl war überschaubar: 1988 kamen 187 besonders geschulte Reise-Agenten zum Einsatz.⁴

Parallel bestand ein eigenes Netz von Spitzeln. Für Ermittlungsaufträge wurden Westbürgerinnen und -bürger angeworben, deren Berufe unauffällige Ermittlungen zuließen. Einige arbeiteten auch in westdeutschen Ämtern und Behörden, wo sie u. a. nach Personen suchten, die sich im Visier der Stasi befanden. In der Praxis waren Überschneidungen zur klassischen Spionage damit fließend. In den 1980er-Jahren standen der Hauptabteilung VIII 245 Agentinnen und Agenten zur Verfügung, die Staatsangehörige der DDR oder Westdeutschlands bzw. West-Berlins waren.⁵ In der Regel bestand ihr Auftrag im Einholen von Informationen, die bei der Überwachung und Beobachtung von Westbesuchenden helfen sollten. Welche Möglichkeiten sich konkret boten und welche Bedeutung diese Informationen hatten, wird im Folgenden an drei Beispielen gezeigt.

Im Fall »Pauker« nahm die Stasi Mitte der 1980er-Jahre einen Westbesucher ins Visier, weil sie unerwünschte Kontakte zur auch in der DDR erstarkenden Umwelt- und Friedensbewegung vermutete. Brisant war der Fall auch deshalb, weil die Partei »Die Grünen« involviert schien, deren grenzüberschreitende Vernetzung mit Gleichgesinnten von Stasi und SED gleichermaßen argwöhnisch beobachtet wurden.⁶

1986 fiel bei einer Grenzkontrolle Ottomar Oelschlägel⁷ auf, der seit Grenzöffnung 1972 regelmäßig und zunächst unbehelligt in seine alte Heimat, den Bezirk Rostock, fuhr. Aufsehen erregte ein Aufkleber der »Grünen« auf der Heckscheibe seines Autos. Als Oelschlägel im Gespräch mit dem als Grenzbeamten getarnten Stasi-Mitarbeiter durchblicken ließ, nicht nur Mitglied, sondern auch Landtagskandidat zu sein, wurde die Stasi hellhörig. Erste Ermittlungen in der DDR ergaben, dass er enge Kontakte zu Kirchenkreisen unterhielt.⁸ Im September 1987 genehmigte die BV Rostock seine umfassende Überwachung, um Beweise dafür zu sammeln, dass von seinen Besuchsreisen eine Gefahr für die Sicherheit der DDR ausging.⁹



> Bei seiner Einreise in die DDR musste Ottomar Oelschlägel den Aufkleber der »Grünen« von seinem Auto entfernen. Die Stasi nahm die Reste zu den Akten.

BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 18/92, Bd. 1, Bl. 66

Doch die Anhaltspunkte gerade hinsichtlich seines politischen Engagements waren dünn. Ob und in welcher Funktion Oelschlägel für die »Grünen« tätig war, ließ sich von der DDR aus nicht klären. Ende November 1987 wurde deshalb die HA VIII in Ost-Berlin um Unterstützung ersucht. Jetzt sollte vor Ort in Niedersachsen geklärt werden, ob und in welcher Funktion er tatsächlich für die »Grünen« aktiv war.¹⁰

Der Auftrag landete wegen eines Formfehlers im Januar 1988 wieder auf dem Schreibtisch der zuständigen Kreisdienststelle (KD).¹¹ Im Mai 1988 lag dann das Ergebnis vor. Auf vier Seiten fasste der entsandte Agent nüchtern Informationen über die Lebensverhältnisse Oelschlägels zusammen. Die Erkundigungen in dem wenige Hundert Seelen umfassenden Dorf hatten der Staatssicherheit offenkundig Schwierigkeiten bereitet. Gesprächspartner, die mit dem Fremden über Oelschlägel redeten, fanden sich kaum. So gelang es nicht einmal, seine Arbeitsstelle zweifelsfrei

zu ermitteln. Auch die zentrale Frage einer Mitgliedschaft bei den »Grünen« konnte nicht geklärt werden. Im Gegenteil vermerkt der Bericht, dass Oelschlägel Gerüchten zufolge inzwischen die Partei gewechselt habe. Bestätigen ließ sich allein, dass er Umwelthemen gegenüber aufgeschlossen und damit auch eine Nähe zur Umweltbewegung wahrscheinlich sei. Vorsorglich notierte die HA VIII die Adresse des zuständigen Kreisbüros der »Grünen«, wahrscheinlich mit dem Tipp, dort weitere Erkundigungen anzustellen. Detailliert hingegen wurde sein Wohnhaus beschrieben. Das neu gebaute Blockhaus verfüge, so der Bericht, über eine energieeffiziente Heizung, was ein Beleg für sein Umweltschutzengagement sein könne. So wenig zielführend der Einsatz in der Sache auch gewesen sein mag: Das MfS war Oelschlägel sehr nahegekommen. Die beigelegte vierseitige Bilddokumentation zeigt ihn u. a. in seinem Wohnzimmer beim Telefonat.¹²



> Die Stasi kam Ottomar Oelschlägel sehr nahe. Sie fotografierte nicht nur sein Wohnhaus, sondern nahm ihn sogar aus unmittelbarer Nähe in seinem Wohnzimmer auf.

BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 18/92, Bd. 1, Bl. 124 f.

Hinsichtlich seiner Parteizugehörigkeit brachte kurze Zeit später ein Spitzelbericht aus der DDR Klarheit. Anlässlich einer kirchlichen Veranstaltung in Greifswald sei ermittelt worden, dass Oelschlägel inzwischen der SPD und der Gewerkschaft beigetreten sei.¹³ Letzteres bestätigte Oelschlägel selbst, als er sich offiziell an die Gewerkschaftskollegen in der DDR mit der Bitte um Empfang einer Studiendelegation aus Niedersachsen wandte.¹⁴ Für die Stasi-Kreisdienststelle war der Parteiwechsel kein Grund zur Entwarnung: Im Gegenteil unterstrich die SPD-Mitgliedschaft die weiterhin vermutete Gefährlichkeit. Die Kreisdienststelle orakelte,

dass sich »Pauker« auf diese Weise politische Rücken- deckung für seine Aktivitäten in der DDR verschaffen könnte.¹⁵ Oelschlägel organisierte derweil von der Stasi unbehelligt erfolgreich den Besuch der westdeutschen Studiendelegation und bemühte sich nebenher um den Aufbau einer Städtepartnerschaft.¹⁶

Wenn auch aus den Stasi-Akten nicht zu beweisen, so liegt der Verdacht nahe, dass die SED am Ausbau solcher Beziehungen zur Bundesrepublik ein Interesse hatte, dem die Sicherheitsbedenken des MfS untergeordnet wurden. Die KD hielt zwar daran fest, dass die

Kontakte gefährlich seien;¹⁷ die Bezirksverwaltung Rostock verfügte im August 1989 dennoch die Einstellung der Beobachtung. Zur Begründung hieß es, dass es nicht gelungen sei, »Pläne und Absichten« aufzuklären – mit anderen Worten: Hinweise für eine irgendwie staatsgefährdende Tätigkeit zu ermitteln.¹⁸ Wenige Wochen später wurde der Vorgang in das Archiv gegeben.

Im Falle des norddeutschen Bankkaufmannes Erich Tilmans¹⁹ konnte die Stasi hingegen ihre Interessen augenscheinlich ohne politische Rücksichtnahme auf die SED durchsetzen. Tilmans, ebenfalls ein ehemaliger DDR-Bürger, geriet bei der Überwachung der Transitstrecken in das Visier des MfS. Die Hauptreisroute von Norden verlief bis zur Einweihung der Autobahn 24 im Jahr 1981 über die Fernstraße 75. Dort wurden besonders Parkplätze und Raststätten intensiv kontrolliert, um Kontakte zwischen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern und Westbesuchenden zu erfassen und zu verhindern.

Das MfS erfuhr Anfang 1974, dass Tilmans während Rastpausen auffällig häufig den Kontakt zu DDR-Bürgerinnen und -Bürgern suchte. Bei den Gesprächen zeigte er sich Spitzelberichten nach zudem äußerst freigiebig beim Verteilen von Geschenken, die er aus dem Westen mitgebracht oder in den für die westlichen Touristen eingerichteten Verkaufsstellen, den sogenannten Intershops, erworben hatte.²⁰

Dass er unter Überwachung stehen würde, so berichteten Spitzel, sei ihm bekannt, doch gab er sich davon demonstrativ unbeeindruckt. Das alles war zwar nicht strafbar, schien aber in der Summe verdächtig. Als das MfS feststellte, dass einige seiner Gesprächspartner »für die Abschöpfungstätigkeit des Gegners interessant« sein könnten, wurde die Überwachung aufgenommen.²¹ Der Verdacht, Tilmans könne ein Spion sein, ließ sich selbst für das MfS nicht wirklich bestätigen. Wahrscheinlicher erschienen der Stasi schon eher »landmannschaftliche Verbindungen« zu ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern im Westen. Da diese Kreise einer Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten teilweise skeptisch gegenüberstanden und in der westdeutschen Öffentlichkeit Gehör fanden, bestand die Gefahr, dass Tilmans Berichte über die Zustände in der DDR geeignet sein könnten, im Westen politischen Schaden für die um Anerkennung bemühte SED anzurichten.

Um sich ein Bild von Tilmans und seinen vermuteten westlichen Hintermännern zu machen, beantragte die KD Perleberg im Sommer 1977, Ermittlungen an seinem Wohnort anzustellen. Konkret ging es um eine Einschätzung seiner Persönlichkeit, Berufs- und Vermögensverhältnisse, seine politische Einstellung sowie vor allem Hinweise auf Kontakte zu »Landmannschaften«.²² Trotz dieser Ermittlungsabsicht passierte nichts. Nach Jahresfrist wurde die Kreisdienststelle gerügt, dass keine verwertbaren Erkenntnisse vorlagen.²³ Erst nach diesem Rüffel wurde die Stasi im Oktober 1978 wieder aktiv. Es war wiederum die HA VIII der Berliner Zentrale, die Mitarbeiter in eine westdeutsche Hansestadt entsandte. Ende November lagen die Ergebnisse vor.

Viel brachte die Ermittlungsgruppe allerdings nicht in Erfahrung. So bestätigte sich zwar, dass Tilmans unter der in seinem Reisepass angegebenen Adresse wohnte. Doch ließ sich nicht klären, für welche Bank der Kaufmann arbeitete. Auch über sein Privatleben war wenig in Erfahrung zu bringen gewesen. Immerhin zeigte sich die Stasi sicher, dass er sich nicht politisch betätigte und – wichtig für die Ermittlungen – keine Anhaltspunkte für Verbindungen zu »revanchistischen Organisationen« vorlägen. Die HA VIII legte Fotos vom Wohnhaus bei. Da sich an der Eingangstür eine Überwachungskamera befand, hatte es das MfS vorgezogen, das Gebäude mit gebührendem Abstand von der gegenüberliegenden Straßenseite zu fotografieren.²⁴

Auch wenn der Einsatz keine Beweise erbracht hatte, so bedeutete er doch im Wesentlichen Entwarnung. Tilmans selbst waren derweil die intensivierten Stasi-Überwachungsmaßnahmen und Einschüchterungsversuche gegenüber seinen Kontakten in der DDR nicht verborgen geblieben. Wie die Kreisdienststelle erfuhr, überlegte Tilmans, die Anzahl seiner Besuche in der DDR zu reduzieren. Sie schlug daraufhin im Februar 1979 den Abschluss der Aktion vor. Die Stasi entschied jedoch, sich nicht auf Tilmans Ankündigungen zu verlassen und verbot ihm weitere Reisen in die DDR. Mit Verweis auf äußerst lose Kontakte zu einem Bruder, der sich als SED-Funktionär zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet hatte, wurde eine Einreiseperrre zum Schutz der Geheimpolizei verfügt.²⁵ Als Tilmans Anfang 1980 erneut in die DDR einreisen wollte, wurde er am Grenzübergang zurückgewiesen. Versuche, wenigstens eine Begründung zu erhalten, verliefen bis zum Mauerfall im Sande.²⁶

111

BStU
000134



Allgemeine Beamtenschaftsbank
Standort gegenüber
Springerhaus



A+B-C-Strasse
in Richtung Kaiser-
Wilhelm-Str. gesehen
Beamtenschaftsbank

Die Annäherung der beiden deutschen Staaten nährte bei vielen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern Hoffnungen, das Land offiziell verlassen zu können. Tatsächlich ging das MfS aber weiterhin gegen Ausreisewillige vor. Dies bekam auch Karl-Heinz Heppner (Jg. 1951) zu spüren, der 1977 öffentlich für seine Ausreise demonstrierte und in Haft genommen wurde. Er wurde zu neun Monaten Haft verurteilt und im Dezember 1977 in die Bundesrepublik abgeschoben.²⁷

Für Heppner war es damit zunächst aussichtslos, eine Einreiseerlaubnis in die DDR zu bekommen. Eine Möglichkeit, mit Freunden in Kontakt zu bleiben, bot sich aber durch Besuche in der Tschechoslowakei. Ein Wiedersehen gab es dort anlässlich einer Silvesterfeier 1978 im Riesengebirge. Das Treffen in dem verschlafenen Dorf wurde allerdings von einem zufällig anwesenden Dresdner Ingenieur an die Stasi verraten.²⁸

Heppner geriet so erneut in das Visier des MfS. Auch wenn er nach seiner Ausreise nicht mehr unter aktiver Beobachtung stand, lieferten die systematische Auswertung westlicher Medien und nicht zuletzt eigene Agentenmeldungen weiterhin Erkenntnisse über seinen weiteren Lebensweg. So ergab eine Abfrage in den Informationsspeichern der Ost-Berliner MfS-Zentrale, dass sich Heppner in der Ende 1978 gegründeten Vereinigung »Hilferufe von drüben« engagierte und sich auch persönlich für Ausreisewillige eingesetzt hatte.²⁹ Aus Sicht der Stasi galt es daraufhin, eine mögliche Flucht seiner in der DDR gebliebenen Freunde zu verhindern.

Um Einzelheiten über Heppners Aktivitäten und Kontakte im Westen zu erfahren, entwickelte die Bezirksverwaltung Cottbus im Februar 1979 einen umfassenden Operationsplan. Sie plädierte für die Ausschöpfung

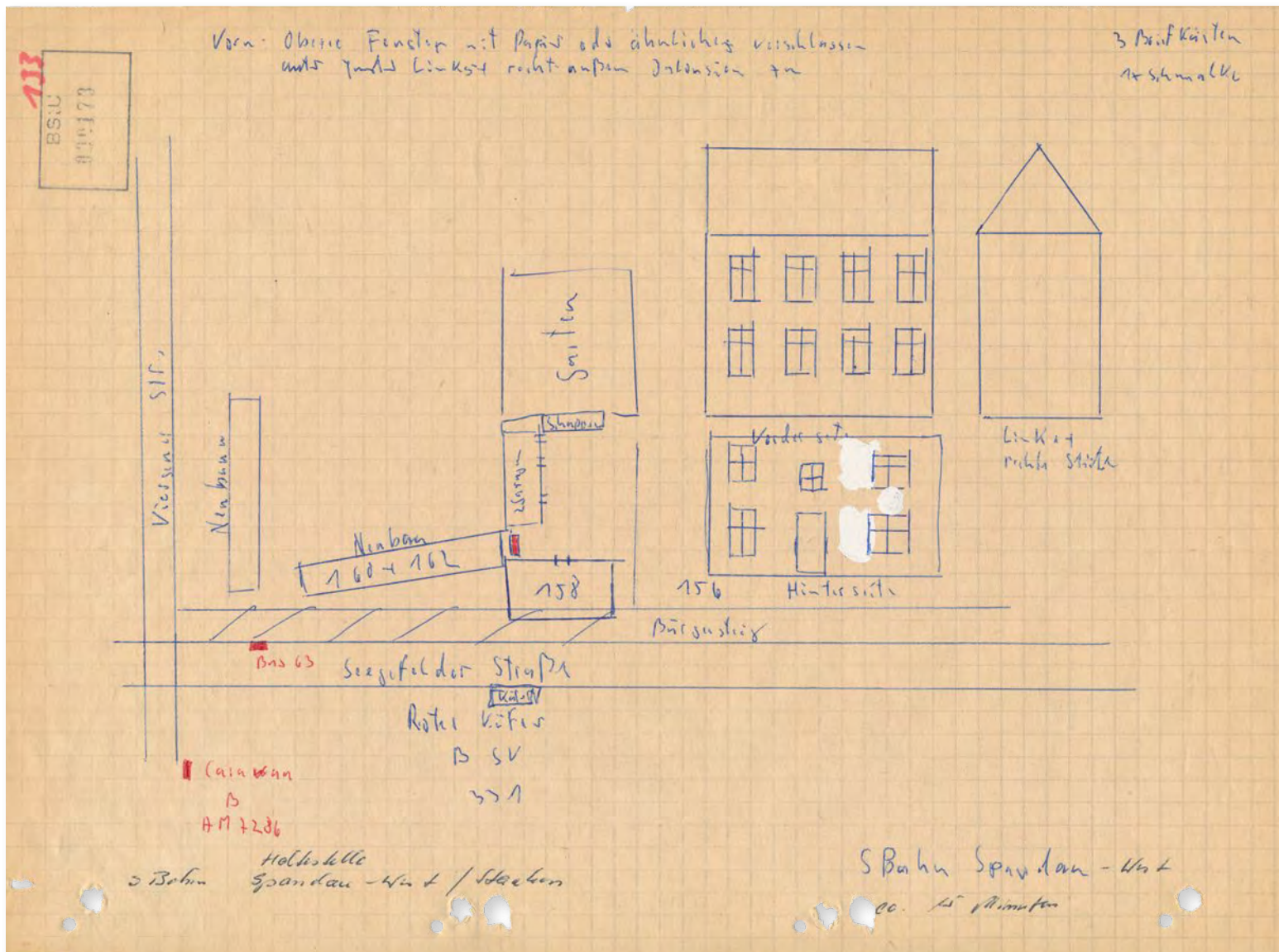


> Ein Treffen mit Freunden brachte Karl-Heinz Heppner wieder in das Visier der Stasi. Ein Denunziant fotografierte die Autos vor der Pension.
BArch, MfS, BV Cottbus, AOPK 1931/82, Bd. 1, Bl. 280

aller Möglichkeiten, die sich der Stasi im Westen boten: Neben der üblichen »Umfeldermittlung« durch die HA VIII, wie sie auch im Falle von Ottomar Oelschlägel und Erich Tilmans eingesetzt wurde, sollten in Heppners Fall zusätzlich Spitzel in die Bundesrepublik geschickt werden, die ihn unter ständiger Beobachtung zu halten hatten.³⁰ Außerdem wurde die tschechoslowakische Geheimpolizei um Unterstützung ersucht.³¹ Diese konnte aber abgesehen von den Reisedaten und Personalien der in den Silvestertagen

im Riesengebirge einquartierten DDR-Bürgerinnen und -Bürger nichts Erhellendes liefern. Dem Wunsch der Stasi nach Befragung des Herbergswirtes waren die Genossen in Prag nicht nachgekommen.³²

Auch die Ermittlungen im Westen liefen für die Stasi nur wenig erfolgreich. Zunächst schien hilfreich, dass die Abteilung VIII der Bezirksverwaltung Cottbus mit dem inoffiziellen Mitarbeiter (IM) »Fritz Bauer« über einen eigenen Mitarbeiter verfügte, der den



> Die Stasi fuhr insgesamt drei Mal zur West-Berliner Wohnung von Karl-Heinz Heppner. Mithilfe dieser Skizze sollte die Wohnung identifiziert werden.
BArch, MfS, BV Cottbus, AOPK 1931/82, Bd. 1, Bl. 173

Erkundungsauftrag durchführen konnte. Bereits am 4. April 1979 lag ein Bericht über die West-Berliner Wohnung von Heppner vor. »Fritz Bauer« war am 23. März nach Spandau gefahren, um das Mietshaus in Augenschein zu nehmen. Da zwei der drei Briefkästen nicht beschriftet waren, ließ sich die Wohnung aber nicht zweifelsfrei identifizieren. »Fritz Bauer« entschied sich deshalb für einen weiteren Besuch. Am 28. März war er nach Spandau zurückgekehrt, konnte aber auch nach Befragen eines Nachbarn nicht in Erfahrung bringen, wer die Mieter waren. Immerhin war er nach zweimaliger Inaugenscheinnahme in der Lage, eine ausführliche Beschreibung der baulichen Gegebenheiten des Grundstückes zu übermitteln. Einen Fotoapparat hatte er nicht dabei.³³

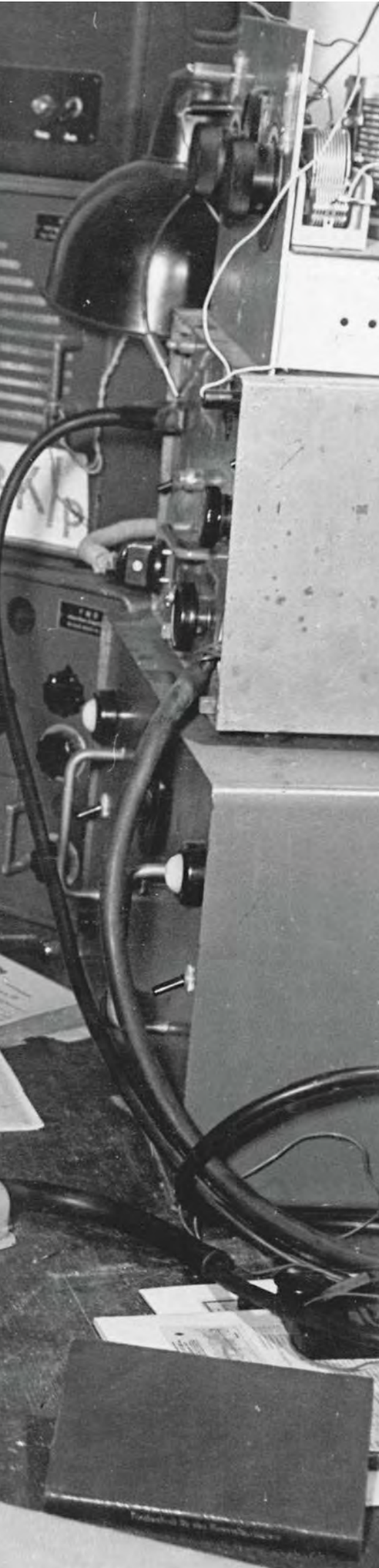
Nach diesem unbefriedigenden Ergebnis wurde die HA VIII von der Zentrale mit einer weiteren Ermittlung beauftragt. Anfang Oktober 1979 lag das Ergebnis vor. Viel hatte sich aber auch jetzt nicht in Erfahrung bringen lassen. Die Stasi hatte schlicht Pech, da Heppner zwischenzeitlich seine Arbeitsstelle in West-Berlin aufgegeben und nach Hessen umgezogen war. Die Berliner Wohnung wurde deshalb nach Aussage der befragten Vermieterin nur »alle 2–3 Wochen an den Wochenenden« benutzt. Die HA VIII entschuldigte sich, dass aufgrund der widrigen Umstände weder Heppner noch sein Auto hatten fotografiert werden können, fügte dafür aber zwei Außenaufnahmen der Zweitwohnung bei.³⁴

Von weiteren Ermittlungen im Westen, beispielsweise an Heppners bekannter neuer Adresse in der Bundesrepublik, nahm das MfS Abstand. Auch der in Aussicht genommene Einsatz eines Spitzels unterblieb. Nachdem das MfS von einer weiteren Silvesterfeier mit Freunden zum Jahreswechsel 1979 erfuhr, wurde im Mai 1980 ein dritter Erkundungseinsatz in West-Berlin angeordnet. Ziel war die altbekannte Wohnung. Geklärt werden sollte, ob Heppner überhaupt noch in Berlin war. Auch dieser Einsatz bereitete IM »Fred« unerwartete Schwierigkeiten. Die Erkundung des Mietshauses musste er abbrechen. Wie der Bericht festhält, sei zum fraglichen Zeitpunkt im Hinterhof ein Auto gewaschen worden, weshalb »alles zu eng (lagemäßig und übersichtlich)« erschien und IM »Fred« deshalb »eine Falle« vermutete. Um nicht völlig ergebnislos zurückzukehren, brachte ein Anruf Klarheit, dass die Wohnung inzwischen neu vermietet worden war.³⁵

Heppner hatte inzwischen seinen Lebensmittelpunkt nach Westdeutschland verlagert. Bemühungen, dort weitere Erkundungen über ihn einzuholen, lassen sich nicht nachweisen. Aus Sicht der Stasi war Heppner keine Bedrohung mehr für die Sicherheit der DDR. Durch die intensive Postüberwachung wusste das MfS, dass Heppner und seinen Freunden in der DDR die Gefährlichkeit weiterer Treffen durchaus bewusst war. Da er sich zudem inzwischen mit dem Gedanken einer Auswanderung nach Übersee trug, schien Ende 1981 die Überwachungsaktion gegenstandslos. Die Bezirksverwaltung Cottbus ließ in den Speichern der Ost-Berliner Zentrale noch einmal prüfen, was über Heppners Kontakte zu ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern und Menschenrechtsorganisationen im Westen bekannt war. Die Rückmeldung ergab, dass bis auf die 1978 festgestellten Aktivitäten keine neuen Erkenntnisse vorlagen.³⁶ Der Vorgang wurde geschlossen. Um sicherzugehen wurde vom MfS gegen Heppner eine Einreisesperre verhängt, die bis zum Mauerfall in Kraft blieb.

RHe





Amateurfunker

> Funkamateure der Gesellschaft für Sport und Technik Sonneberg an der eigenen Clubstation.
11.7.1958
BArch, Bild 183-56739-0002, Fotograf: Gahlbeck, Friedrich



> Amateurfunker der Salzwedeler Sektion Nachrichtensport der Gesellschaft für Sport und Technik testeten einmal pro Jahr ihre Funkstation im Außeneinsatz. Hierfür fuhren sie an verschiedene Orte der DDR. Um 1975 waren sie in der Nähe von Dresden.

Privatarchiv: Thomas Michels

Zwischen den Frequenzen: Die Überwachung der deutsch- deutschen Amateurfunker

Die Überwachung des Amateurfunks hatte für das Ministerium für Staatssicherheit von Beginn an eine hohe Priorität. Denn das MfS war davon überzeugt, dass die westdeutsche Regierung die ostdeutschen Funkamateure zur Übermittlung von Spionagematerial und DDR-feindlichen Informationen instrumentalisierte.³⁷ Im Februar 1953 legte die DDR mit der »Verordnung über den Amateurfunk« erste

Richtlinien fest und führte ein Genehmigungsverfahren ein. Für die DDR-Funkamateure galt fortan, dass sie nur noch mit offizieller Genehmigung senden und empfangen durften.

Die Stasi war bestrebt, an allen wichtigen Schlüsselpositionen des Genehmigungsverfahrens eigene Mitarbeitende zu platzieren bzw. inoffizielle Mitarbeiter (IM) anzuwerben. Dadurch gelang es der Stasi, eine flächendeckende Übersicht über die Hobbyfunkerinnen und -funker in allen DDR-Bezirken zu gewinnen. Für den aktiven Funkbetrieb, also das Senden

von Funknachrichten, durften darüber hinaus nur die Clubstationen innerhalb der neu gegründeten Gesellschaft für Sport und Technik genutzt werden.

Den Funkverkehr sah die Stasi nicht nur Anfang der 1950er-Jahre als eine Gefahr an, sondern auch während des Ungarn-Aufstands 1956, des Prager Frühlings 1968, nach dem Transitabkommen 1971 mit erleichterten Reisebedingungen sowie während der Verhängung des Kriegsrechts in Polen Anfang der 1980er-Jahre, kurzum: immer wieder während der gesamten Zeit des Bestehens der DDR.

Die Amateurfunkenden in Ost- und Westdeutschland stellten für die Stasi ein doppeltes Risiko dar. Einerseits waren die DDR-Funkenden, wie alle DDR-Bürgerinnen und -Bürger beim grenzübergreifenden Radio- und Fernsehempfang, im Funkverkehr »dem westlichen Einfluss ausgesetzt«, sodass das MfS eine »politisch-ideologische« Beeinflussung befürchtete, die gegen die DDR gerichtet war. Auch konnten die Amateurfunkenden selbst aktiv an der innerdeutschen und (außer)europäischen Kommunikation teilnehmen. Nach der Überzeugung der Stasi bestand das ständige Risiko, dass via Funk wichtige Informationen die DDR unkontrolliert verlassen würden, da eine flächendeckende Abschottung der elektromagnetischen Wellen nicht möglich war.³⁸

Dieser Aspekt ermöglichte es der Stasi umgekehrt aber auch, den Funkverkehr zu überwachen, ohne an Ländergrenzen zu scheitern. Hierfür setzte sie vor allem IM ein, die sich auf dem Gebiet des Amateurfunks auskannten bzw. selbst aktiv funkten.

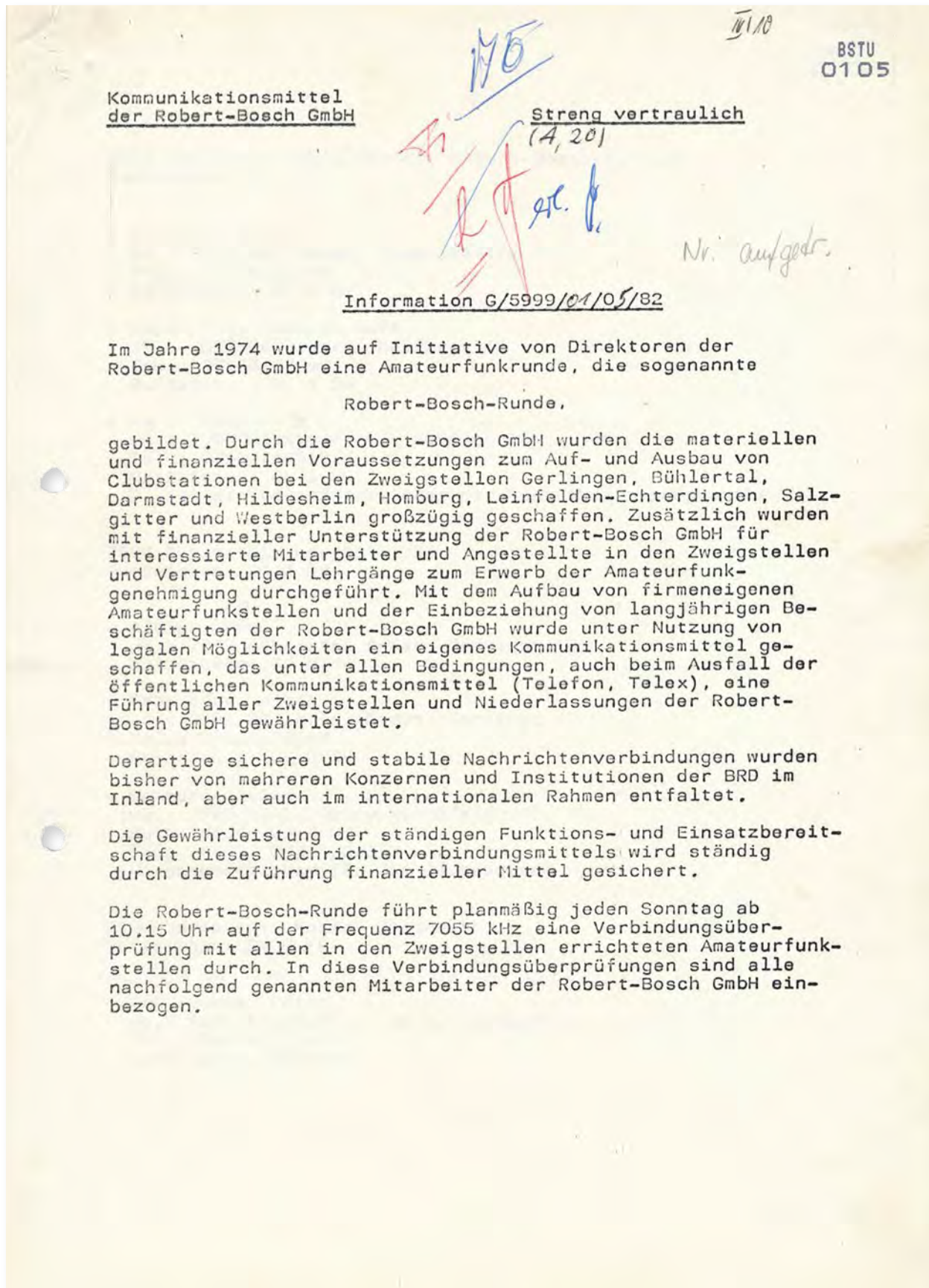
Darüber hinaus nutzte das MfS auch Überwachungstechnik. Denn trotz der verhältnismäßig leichten Überwachung des Funkverkehrs gab es vereinzelte Frequenzbereiche innerhalb West-Berlins, die nicht durch Bodenstützpunkte oder aus der Luft abgehört werden konnten. So arbeitete das MfS seit 1982 mit dem KGB zusammen. Gemeinsam nutzen Sie ein Diplomatenfahrzeug der Marke »Wolga«, der unter dem Decknamen »Charly« mit spezieller westlicher Funktechnik ausgestattet war. Mit »Charly« wurden festgelegte Routen abgefahren, um den Militärfunk der Alliierten abzuhören. Besonders Interesse hatte das MfS am Funkverkehr der britischen Armee, da diese ihre Überwachung speziell auf sowjetische Bürgerinnen und Bürger sowie sowjetische Einrichtungen ausgerichtet hatte. Dieses Vorgehen nutzte die

Stasi auch entlang der innerdeutschen Grenze. Sie hatte damit einen effektiven Weg gefunden, um den Funkbetrieb der verschiedenen westlichen Geheimdienste zu analysieren.³⁹ Aber auch die Transitstrecken standen im Fokus der Überwachung. Denn der sogenannte C[itizens]B[and]-Funk, ausgehend von den USA, fand auch in Ost- und Westdeutschland immer mehr Nutzende, obwohl er in der DDR verboten war. Der »Jedermannfunk« konnte mit Handfunkgeräten genutzt werden und war dadurch wesentlich flexibler und einfacher zu handhaben. Die Stasi mutmaßte, dass nicht zuletzt Mitglieder von Fluchthilfeorganisationen solche Funkgeräte zur Verständigung und Abstimmung nutzten.⁴⁰

In Westdeutschland und West-Berlin interessierte sich die Stasi intensiv für sogenannte Amateurfunk-Runden – ein informeller Austausch zwischen Funkerinnen und Funkern auf festgelegten Frequenzen. Das MfS erhoffte sich, Informationen über die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage sowie über die Funkamateure selbst zu erhalten. Letzteres war für stille »Hörfunker«, also für jene, die nur zuhörten, aber nicht selbst mitfunkten, problemlos möglich. Zudem spielte der Stasi in die Karten, dass Funkende nach den internationalen Funkregeln beim Zustandekommen eines Funkkontaktes immer ihr Rufzeichen, ihren Wohnort und ihre verwendete Technik angaben. Das oberste Ziel des MfS, die Identifizierung der Funkenden, war somit ohne Weiteres möglich.

Die Funk-Runden hatten verschiedene inhaltliche Ausrichtungen. So existierten beispielsweise berufsbezogene Runden, in denen sich die Mitglieder über ihre Arbeit austauschten. Hierzu zählten die »Robert-Bosch-Runde« und die »Justizvollzugsbeamten-Runde«. Die Stasi hoffte, über diese Gruppen an wichtige wirtschaftliche und politische Informationen zu gelangen. Darüber hinaus hatte sie sogenannte »Hobbyrunden« festgestellt, die sich über Funk zu regelmäßigen Terminen zusammenfanden. Im Fokus waren hier vor allem die »Nachteulen-Runde« und die »Wetterrunde«.⁴¹

Regelmäßig fasste die Stasi in internen Berichten aktuelle Informationen über die Funk-Runden zusammen. Obwohl die Geheimpolizei dabei zu dem Schluss kam, dass »bei der Beobachtung der Amateurfunkfrequenzen [...] der Informationsgrad – allgemein gesehen – recht niedrig« sei,⁴² überwachte sie beispielsweise die »Justizvollzugsbeamten-Runde« intensiv.



So fand die Stasi heraus, dass Gottfried Henkel⁴³ diese »Justizvollzugsbeamten-Runde« Ende 1984 gegründet hatte. Er wollte mit dieser Art der Öffentlichkeitsarbeit das Ansehen der Justizvollzugsbeamten verbessern, Außenstehenden einen Einblick in seinen Berufsalltag gewähren und die Vernetzung unter den Justizvollzugsbeamten fördern – nicht nur deutschlandweit, sondern über ganz Europa. Dazu hatte er bereits Kontakt zu einem Club von Liverpools Justizvollzugsbeamten hergestellt.⁴⁴

Neben der Identifizierung der Funkamateure verzeichnete die Stasi zu den Mitgliedern ebenfalls die genaue Arbeitsstelle und in welchem Schichtdienst gearbeitet wurde. Zusätzlich lag der Fokus der Stasi darauf herauszufinden, ob diese Runde Kontakt zu DDR-Funkenden oder in andere sozialistische Staaten hatte und hierbei nach § 97 des Strafgesetzbuchs der DDR der Tatbestand des »Landesverrats« erfüllt war.

Um den innerdeutschen Kontakt zwischen den Funkamateuren sowie den Kontakt der westdeutschen Funkenden in andere sozialistische Staaten flächendeckend überwachen zu können, eröffnete das MfS 1973 den Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) »Frequenz«. Alle Fälle, bei denen die Stasi von einer feindlichen »Ausnutzung des Amateurfunks [...] gegen die DDR und andere sozialistischer Staaten« ausging, wurden in diesem Überwachungsvorgang zusammengefasst.⁴⁵ Durch die zentrale Bündelung der Fälle versprach sich die Stasi einen größeren Erfolg in den einzelnen Teilvorgängen.

Wie bei der bisherigen Überwachung der Funkamateure setzte die Stasi im ZOV auf die Identifizierung der Funkerinnen und Funker und ihrer politischen Haltung. Es galt, die Funkersprüche daraufhin zu untersuchen, ob Informationen zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen, die für die »Öffentlichkeit nicht allgemein zugänglich« sein sollten, in den Westen übermittelt wurden.⁴⁶ Zugleich befürchtete die Stasi, dass sich die westdeutschen Funkerinnen und Funker negativ über die sozialistischen Staaten äußern und dies bei den Funkenden aus der DDR und aus Polen auf Zustimmung treffen könnte. Zudem ging die Stasi davon aus, dass die westdeutschen Funkamateure in Einzelfällen vorbereitend und unterstützend in Fluchtversuche involviert sein könnten.⁴⁷

1981 begann die Stasi die Überwachung des West-Berliners Bernhard Markies.⁴⁸ Sie legte hierfür den Operativen Vorgang (OV) »Jonathan« als Teilvorgang 12 des ZOV an. Das MfS vermutete, dass der Amateurfunker Verbindung zu einem westlichen Geheimdienst habe und in dessen Auftrag Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern aus der DDR und den sozialistischen Staaten aufnehme. Als die Stasi bei ihrer Bespitzelung herausfand, dass Bernhard Markies bereits seit 1968 regelmäßig in die DDR und nach Polen einreiste, betrachtete sie dies als Bestätigung ihres Verdachts.⁴⁹ Dort, so die Überzeugung der Stasi, würde Markies den persönlichen Kontakt zu Amateurfunkenden für Spionagezwecke suchen.

Dass er in der DDR vor allem die Region Werdau in Sachsen und Dallgow in Brandenburg aufsuchte, stuft die Stasi nicht als Freundschaftsbesuche ein, sondern vermutete Spionage gegen die nahegelegenen militärischen Objekte der sowjetischen Streitkräfte.⁵⁰ Auf Grundlage dieser Argumentation entschloss sich die Stasi im März 1981, Bernhard Markies sowohl in der DDR als auch in Berlin-Spandau zu bespitzeln. Ihr Ziel: Alle »operativ bedeutsamen« persönlichen Kontakte »zu identifizieren und dokumentieren«.⁵¹ Bereits einen Monat später beschattete die Stasi ihn über mehrere Tage in Berlin-Spandau. Frühmorgens begann diese Überwachung und endete zumeist am Nachmittag.⁵²

Im Mai setzte die Stasi dann IM »Karel« auf Bernhard Markies an, der als DDR-Amateurfunker Kontakt zu ihm aufbaute.⁵³ Im August besuchte er ihn sogar in Berlin-Spandau. Für die nächsten vier Jahre konzentrierte sich die Stasi zum einen darauf, Markies' Funkverkehr und seine postalischen und telefonischen Kontakte in die DDR zu überwachen. Zum anderen überwachte sie ihn bei all seinen Einreisen in die DDR und observierte ihn umfangreich.

Im Juni 1985 kam es schließlich zu einer letzten Observation in Berlin-Spandau, aus welcher die Stasi allerdings keine neuen Erkenntnisse ziehen konnte.⁵⁴ Die Stasi unternahm im Anschluss keinen weiteren Überwachungsversuch.



> Um die Kontakte von Ludwig Barßel in der DDR und nach Polen aufzuklären, kontrollierte die Stasi auch Barßels Post. Dieses Foto hatte das MfS bei der Postkontrolle abgefangen.
BArch, MfS, HA III, Nr. 15217, Bl. 1, Bild 1

Parallel zur Bearbeitung im OV »Jonathan« begann die Stasi mit der umfassenden Überwachung von Ludwig Barßel⁵⁵ aus Niedersachsen. Als Pfarrer war ihm der gelebte Austausch zwischen der evangelischen und katholischen Kirche wichtig, auch über die Grenzen der unterschiedlichen politischen Systeme hinweg. Zusammen mit anderen Kollegen im kirchlichen Dienst war er Mitglied in der »Conveniats-Runde«. Anfang 1980 gehörten ca. 140 private Funkstationen dieser Austauschrunde an.⁵⁶ Darunter waren mehrheitlich Funkamateure aus der Bundesrepublik und zu einem kleinen Teil aus Österreich, den Niederlanden, dem Vatikan, Schweden, Tansania und den USA. Zwei Amateurfunken kamen aus der DDR und aus Polen.

Besonders Barßels Reisen nach Polen während der massiven Streikwelle und der Begründung der Solidarność-Bewegung sowie der anschließenden Verhängung des Kriegsrechts in Polen führten dazu, dass er als »revanchistische Person« eingestuft wurde. Der Vorwurf lautete, er würde sein Hobby als Amateurfunken dafür »missbrauchen«, gegen die DDR und das befreundete sozialistische Polen zu arbeiten.⁵⁷

Einerseits verfolgte die Stasi das Ziel, Barßels Kontakte und sein Umfeld in Niedersachsen zu überwachen. Deshalb wollte sie einen IM in der »Conveniats-Runde« installieren, der auf das Auseinanderbrechen der Gruppe hinwirken sollte.⁵⁸ Die Wohn- und Wirkungsstätte von Barßel bespitzelte die Stasi verglichen mit anderen Überwachungen in der Bundesrepublik sehr intensiv. Stasi-Spitzel überprüften nicht nur die Adresse des Pfarrers, sondern kundschafteten auch die angrenzende Schule, die Nachbarschaft und das gesamte Kirchengelände aus.

Besonders über die verwendete Funkantenne wollte die Stasi mehr Informationen erhalten. Denn Ludwig Barßel funkte nicht nur auf einem Funkabschnitt, sondern auf allen für den Amateurfunk zur Verfügung stehenden Frequenzbereichen, einschließlich dem Funkfernsehen und dem Schmalbandfernsehen.⁵⁹ Dadurch hatte er, verglichen mit Amateurfunkenden, die nur auf einem Funkabschnitt funkten, deutlich umfangreichere Möglichkeiten, mit anderen Amateurfunkenden in Kontakt zu kommen.

Anlage

BSTU 000195

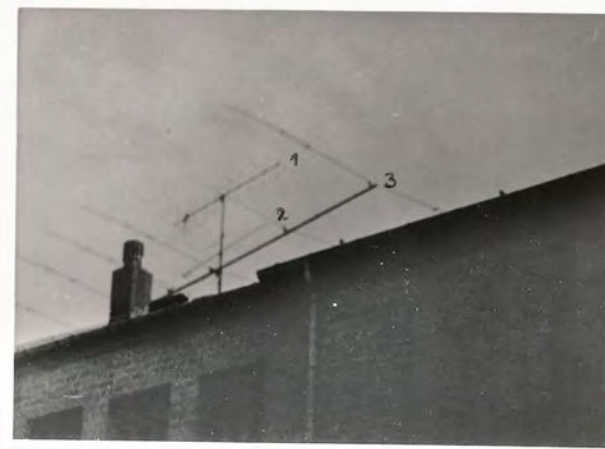
Antennenanlage auf dem Dach der Kirche

- vermutlich Clubstation



Antennenmast ist offensichtlich feststehend

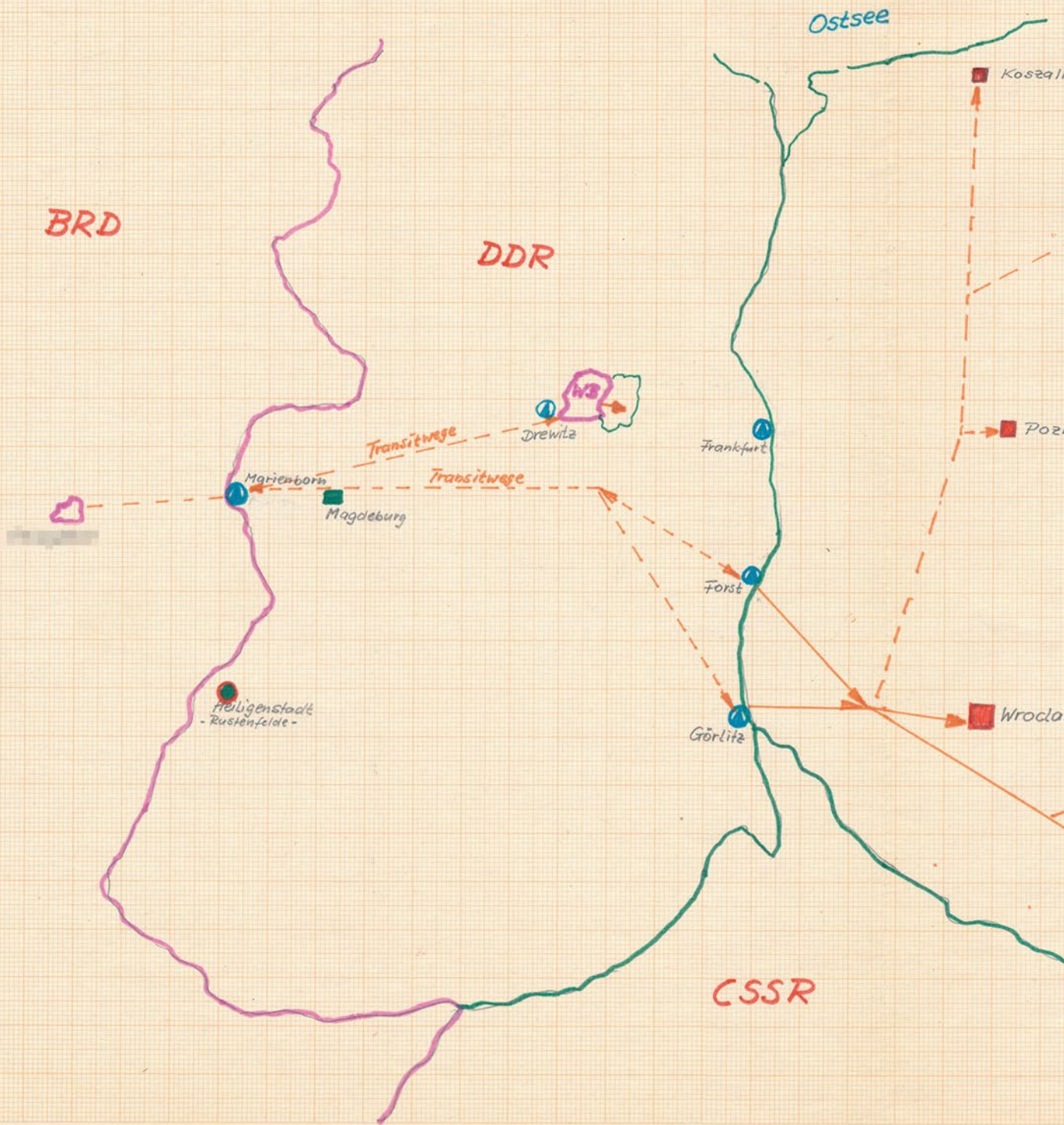
Antennenrichtung: östlich (Rtg. Staatsgrenze der DDR)

Antenneneinschätzung

Mastbestückung (Funksende- und Empfangsantenne):

- 1) kreuzpolarisierte Yagi (kommerzielle Ausführung)
Frequenzbereich verm. VHF
- 2) kreuzpolarisierte Yagi (kommerzielle Ausführung)
Frequenzbereich verm. UHF
- 3) abstimmbare KW-Richtantenne
Frequenzbereich verm. 3 - 30 MHz
(11 m - KW Band u. möglicherweise Funkfernreiben)

Übersicht über die Verbindungen des
Barbel in die VR-POLEN
- personelle u. territoriale Schwerpunkte -



BStU
000059

Legende:

● = potentielle Schwerpunkte
- fortlaufende Aktivitäten -
Funk - Telefon - Post - Reisen

■ = Schwerpunkte
- zeitweise Aktivitäten -
Funk - Reisen - Post

● = Verbindung in die DDR
- Funk - Post - Telefon

⊙ = GÜST's

→ = Reiseziele / Anlaufstellen
in der VRP

- - - = vermutliche Reiseziele in VRP

VR POLEN

Bydgoszcz

Opole

Pawonkow

Czestochowa

Kattowice

Rybnik

Krakow

Niedobczyce

Zory

> Um den Überblick über Ludwig BarBELs Kontakte in die DDR und nach Polen zu behalten, fertigte die Stasi eine Übersichtskarte an.

BArch, MfS, HA III, Nr. 15217, Bl. 59

Anders als bei der Überwachung von Bernhard Markies aus West-Berlin ging die Stasi bei Barßel noch einen Schritt weiter. Sie überwachte ihn nicht nur bei seinen Ein- und Transitreisen innerhalb der DDR, sondern ließ ihn auch in Polen durch die dort stationierte Stasi-Operativgruppe »Warschau« bespitzeln und bezog darüber hinaus den polnischen Geheimdienst aktiv mit ein.⁶⁰ Auch dieser hatte an Informationen über Amateurfunkenden großes Interesse. Denn das MfS hatte herausgefunden, dass Barßel polnischen Funkamateuren, die in die Bundesrepublik ausgereist waren, Funkgeräte, elektronische Bauelemente und funkttechnisches Zubehör zur Verfügung stellte.

Dies hatte eine gewisse Brisanz, da die polnische Regierung mit der Ausrufung des Kriegsrechts Mitte Dezember 1981 – um die gewerkschaftliche Massenbewegung der Solidarność auszuschalten – gleichzeitig auch eine Funksperrung über das Land verhängt hatte. SED und MfS waren äußerst besorgt, dass die revolutionäre Stimmung auf die DDR übergreifen und zu einem innenpolitischen Machtverlust führen könnte. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wollte sie dies verhindern.⁶¹ Die Stasi befürchtete, dass Barßel mithilfe von polnischen Funkamateuren »revolutionäres« Gedankengut nicht nur weiterverbreiten, sondern in der Bundesrepublik massive Unterstützung finden und damit unmittelbar auch eine Gefahr für die DDR werden könnte.

Während der Funküberwachung der »Conveniat-Runde« fiel der Stasi auf, dass Barßel, in Bezug auf seine Kontakte und Besuchsreisen nach Polen, immer weniger Einzelheiten preisgab bzw. diese verklausulierte. Die Stasi hörte mit, wie sich der Pfarrer und ein Kollege wochenlang immer wieder über Tauben unterhielten und mutmaßte, dass sich dahinter eine Fluchtvorbereitung verbarg. Ihr gelang es jedoch nicht, weitere Einzelheiten zu der vermeintlichen Flucht in Erfahrung zu bringen.⁶²

Bis 1983 spionierte die Stasi Ludwig Barßel aus; danach ließ die Intensität der Überwachung kontinuierlich nach. Einen letzten Auskunftsbereich verfasste die Stasi im März 1989. Darin hieß es resümierend, dass Hinweise auf eine »geheimdienstlich gesteuerte Organisation [...] nicht erarbeitet« werden konnten, Ludwig Barßel aber gleichzeitig als eine »politisch-operativ zu beobachtende und zu kontrollierende

Person einzuschätzen« sei.⁶³ Kurzum, der Stasi gelang es nicht, dem Pfarrer etwas nachzuweisen, sie war aber immer noch überzeugt, dass er überwacht werden müsse.

Die Stasi betrieb jahrzehntelang einen immensen Aufwand, um die Funkamateure zu überwachen. Dennoch war sie auch Mitte 1986 noch nicht in der Lage, den Amateurfunk innerhalb und außerhalb der DDR einzuschätzen.⁶⁴ Dies war auch dem stellvertretenden Minister Gerhard Neiber nur allzu bewusst. Er forderte auf einer Dienstbesprechung im Juli 1986: »Es ist an der Zeit grundlegend einzuschätzen, [...] welche Ergebnisse und Erkenntnisse vorliegen, wie die Bearbeitung effektiver gestaltet werden kann und welche praktischen Konsequenzen sich daraus ergeben.«⁶⁵

Die darüber hinausgehende Bilanz, dass der Funkverkehr für viele Amateurfunkende lediglich eine Freizeitbeschäftigung war, stellte eine klare Abkehr von der bisher vertretenen Auffassung dar, die von einer generellen Beeinflussung durch die Bundesrepublik ausgegangen war. Durch die schlechte technische Versorgung waren die Funkgespräche zwischen Ost und West stark auf die Frage nach eben diesen Bauteilen fokussiert. Diese wurden dabei von den westdeutschen Amateurfunkenden zahlreich und zumeist ohne Gegenleistung zur Verfügung gestellt.

Es bleibt festzuhalten, dass das MfS in den seltensten Fällen seinen Verdacht auf Landesverrat und Beihilfe zur Republikflucht bestätigen konnte. Der personelle, finanzielle und materielle Aufwand stand in keinerlei Relation zu den Ergebnissen.⁶⁶

KSo

BStU
000043

00040

/14

5. Koordinierungsmaßnahmen mit befreundeten Dienst-
einheiten der Sicherheitsorgane der UdSSR - VR Polen
und der CSSR

5.1. Die bisherigen operativen Hinweise und Erkenntnisse der politisch-operativen Abwehrarbeit auf dem Gebiet des Amateurfunks machen es erforderlich, die weitere zielgerichtete op. Bearbeitung des ZOV mit den befreundeten Sicherheitsorganen der UdSSR, VR Polen und der CSSR abzustimmen.

Es sind vorbereitende Maßnahmen zur persönlichen Konsultation zwischen der HA XX/6 und der jeweiligen befreundeten DE der UDSSR, VR Polen und der CSSR einzuleiten, um die gemeinsame zielgerichtete op. Abwehrarbeit auf dem Gebiet des Amateurfunks zu organisieren.

Für die jeweilige befreundete DE werden differenzierte Hinweise aus der op. Bearbeitung des ZOV und die Aufgabenstellung für die gemeinsame op. Bearbeitung in Form einer Konzeption durch die HA XX/6 erarbeitet.

Termin: 15. 11. 1973
Verantwortlich: Leiter der Abteilung

Referatsleiter

Herold
Herold
Hauptmann

Riemann
Riemann
Oberleutnant

Leiter der Abteilung

i. V. Müller
Müller
Oberstleutnant





Sport- veranstaltungen

> Fans der DDR-Fußballnationalmannschaft im Hamburger Volksparkstadion während des Länderspiels gegen die bundesdeutsche Auswahl. 22.6.1974
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-00014161, Fotograf: Wienke, Ulrich



> SED-Chef Walter Ulbricht (M.) beim Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig, 15.8.1959
BArch, Bild 183-66400-0142, Fotograf: Zastrow

Die Überwachung des DDR-Sports in der Bundesrepublik

Der Sport stellte eine bedeutende Komponente der Staatspropaganda der DDR dar. Das galt sowohl nach innen wie auch nach außen. Erfolge im sportlichen Wettkampf sollten die Identifikation der DDR-Bevölkerung mit dem SED-Staat fördern, sein Prestige erhöhen und die von der SED ersehnte internationale Anerkennung seiner Souveränität durchsetzen helfen. Die Stasi war dabei auf vielfältige Weise involviert.⁶⁷

Bei der Förderung des Sports durch das SED-Regime lassen sich zwei Phasen unterscheiden: Nach der Gründung der DDR war sie zunächst dem Massensport gewidmet. Die staatliche Propaganda hob Investitionen in Sportanlagen für alle und die ge-

sundheitsfördernden Aspekte des Sports hervor. Im Westen dagegen würde die Arbeiterschaft für den Profit der Unternehmen ausgebeutet. Der Sozialismus in der DDR sollte so im Gegensatz zum vermeintlich ausbeuterischen Kapitalismus im Westen als fürsorglich erscheinen.⁶⁸ Parteifunktionäre, allen voran SED-Chef Walter Ulbricht (1893–1973), konnten sich bei Massensportveranstaltungen als volksnah präsentieren. Zudem waren die Sportvereinigungen an Betriebe gebunden und damit auch an Massenorganisationen wie den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), was die Einbindung der Bevölkerung in das SED-System fördern sollte. Daneben war es aber von Beginn an auch ein Ziel, international wettbewerbsfähige Athleten und Athletinnen als »Diplomaten im Trainingsanzug« als staatliche Repräsentanten der DDR zu Wettkämpfen zu entsenden.



> Propagandaplakat des Deutschen Sportausschusses. 1950
BArch, PlakY 12-0029/Verlag Alfred Pedersen, Berlin

Dabei kam es mitunter zu Ekklats, weil die Bundesrepublik die DDR bis zum Abschluss des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags 1972 nicht anerkannte und einen Alleinvertretungsanspruch als deutscher Staat reklamierte. So auch bei der Weltmeisterschaft im Eiskunstlauf 1964 in Dortmund: Weil es auf Druck des westdeutschen Eislaufverbands dort nicht als DDR-Mannschaft antreten durfte, reiste das Team vor den Wettkämpfen wieder ab. Damals Geheime Informanten (GI) genannte, nach Dortmund mitgereiste inoffizielle Mitarbeiter berichteten der Stasi darüber.⁶⁹ Erst bei den Winterspielen 1972 in Sapporo trat die DDR-Auswahl erstmals mit DDR-Flagge und -Hymne an.

Die zweite Phase der DDR-Sportförderung begann ab dem Ende der 1960er-Jahre. Das SED-Regime bündelte die Mittel, förderte fortan weniger, aber medaillen-

trächtigere Sportarten und baute ein Leistungssystem auf. So gelang es der kleinen DDR, eine beträchtliche Anzahl sportlicher Erfolge zu erringen. Der Preis dafür war hoch: Sportarten, mit denen sich keine Medaillen gewinnen ließen, wurden vernachlässigt, junge Talente oft gnadenlos gedreht, gesundheitliche Schäden der Athletinnen und Athleten, insbesondere durch die systematische staatliche Dopingpraxis, bewusst hingenommen.

Die Stasi hatte den Sport und insbesondere den für die SED hochpolitischen Leistungssport »abzusichern«. Sie überwachte, beginnend auf den »Kinder- und Jugendsportschulen«, den Kadernschmieden des Leistungssports, laufend sowohl Sportlerinnen und Sportler, als auch alle anderen am Leistungssport Beteiligten hinsichtlich ihrer politischen Zuverlässigkeit. Sie überprüfte zudem im Vorfeld von Wettkämpfen ins Ausland

BSTU

000001

-Hauptabteilung V/6-

Berlin, den 5. März 1964

Information

Über die Diskriminierung der DDR-Delegation zur
Weltmeisterschaft im Eiskunstlaufen in
Dortmund/WD, Februar 1964

Das Festhalten an der sportfeindlichen gegen jede Verständigung gerichtete Haltung der westdeutschen Sportfunktionäre gegenüber der gesamten DDR-Delegation kam erneut bei der Teilnahme zur Weltmeisterschaft im Eiskunstlaufen in Dortmund zum Ausdruck.

Bei Ankunft der DDR-Delegation am 22.2.1964 in Dortmund wurde bei der Durchsicht der offiziellen Materialien festgestellt, daß die offizielle Festlegung, 'daß bei internationalen Meisterschaften eine selbständige Bezeichnung zu führen ist', von westdeutscher Seite nicht eingehalten wurde. Die DDR-Aktiven wurden, gemeinsam mit den westdeutschen Sportlern, unter der Bezeichnung: "Deutschland" aufgeführt. Die Bezeichnung "DDR" wurde bewußt weggelassen. Diese Haltung wird auch in dem vertraulichen Material vom 28.2.1964 sichtbar, in dem es heißt: "das Vorkommnis in Dortmund wurde durch das Verbot des Innenministeriums der Westzone, die Bezeichnung Deutschland-West und Deutschland-Ost zu verwenden, ausgelöst. Das Innenministerium habe von höchster Stelle die Anweisung erhalten, diese Formulierung nicht zuzulassen, da damit der Zwei-Staaten-Theorie Vorschub geleistet würde".

Daraufhin wurde dem Präsidenten der ISU (Internationale Eislauf-Union), Dr. James K o c h , Schweiz, ein Protestschreiben der DDR-Delegation übergeben.

Bei der darauffolgenden Verhandlung der ISU am 25.2.1964, zu der unberechtigterweise der Präsident des westdeutschen Eislaufverbandes, K u n z e , zugegen war, äußerte dieser, 'daß er mit Bonn gesprochen und die Weisung erhalten habe, daß die Bonner-Regierung nicht einverstanden ist, die DDR-Sportler unter der Bezeichnung "DDR" starten zu lassen.

-2-

BSTU
000002

Der Präsident der ISU, K o c h , unterbreitete der DDR-Delegation einen Kompromiss, unter dem Verbandsnamen DELV (Deutscher Eislaufverband) zu starten, was jedoch und berechtigterweise von der DDR-Delegation abgelehnt wurde.

Zum Abschluß der Verhandlung brachte K o c h noch zum Ausdruck, daß er es bedauert, in der Angelegenheit nichts weiter unternehmen zu können, da die ISU sich außerstande fühle, in die Belange des jeweiligen Staates einzuschreiten.

Ein weiterer extremer Verfechter der Bonner-Politik ist der westdeutsche Eiskunstlaufobmann R o m m i n g e r . Bereits während der Olympischen Winterspiele in Innsbruck äußerte er zu der bevorstehenden Weltmeisterschaft im Eiskunstlaufen, daß eine Teilnahme der DDR-Aktiven wegen Tragen des DDR-Emblems infrage gestellt sei.

Jetzt in Dortmund sagte er u.a. "daß sie ebenfalls als NATO-Partner an bestimmte staatliche Weisungen gebunden sind und nur unter diesen Bedingungen wäre ein Start der DDR-Delegation zu den Weltmeisterschaften möglich".

Daraufhin sah sich unsere Delegation veranlasst, auf die Teilnahme an der Weltmeisterschaft zu verzichten und sie reiste noch in der Nacht vom 25. zum 26. Febr. 1964 in die DDR zurück.

Die Äußerungen des Präsidenten K o c h , ISU, wurden von den DDR-Aktiven als Empörend empfunden.

- 1.Ex.f. K o c h , ISU
- 2.Ex.f. K u n z e , WD
- 3.Ex.f. R o m m i n g e r , WD

mitreisende, im Jargon des SED-Regimes »Touristen« genannte DDR-Zuschauerinnen und -Zuschauer, insbesondere wenn die Wettkämpfe im Westen stattfanden. Die »Touristen« wurden in der Regel von der SED oder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) ausgewählt und erhielten die Reisen als Belohnung für politisch konformes Verhalten. Echtes Interesse an der jeweiligen Sportart war kein hinreichender Grund, an einer solchen Reise teilnehmen zu können. Daher ist der Begriff »Fan« hier unangebracht, während das neutrale »Tourist« tatsächlich eine eher treffende Bezeichnung ist.

Schließlich waren die Stasi und mit ihr der langjährige Stasi-Chef Erich Mielke (1907–2000) selbst Teil des Leistungssports, denn die »Sportvereinigung Dynamo« (SV Dynamo) förderte Leistungssportlerinnen und -sportler in zahlreichen Disziplinen. Seit der Gründung ihres Vorläufers SV Deutsche Volkspolizei im Jahr 1950 über die Umbenennung in SV Dynamo 1953 bis 1989 war Mielke Vorsitzender der SV. Das »Büro der zentralen Leitung der Sportvereinigung Dynamo« war seit 1953 Teil der Struktur des MfS und gehörte später zu Mielkes unmittelbarem »Anleitungsbereich«.70

Die »Absicherung« des Sports durch die Stasi beruhte ab 1971 auf Erich Mielkes detaillierter, 46-seitiger Dienstanweisung 4/71, die zahlreiche Stasi-Abteilungen einbezog. Die Federführung lag bei den Stasi-Offizieren der Hauptabteilung (HA) XX/3, die ab 1981 ausschließlich für den Sport zuständig waren. Ihre Hauptaufgabe bestand in nicht weniger als der Überwachung aller am Leistungssport beteiligten Personen. So sollten bei Aufenthalten im Ausland und besonders in der Bundesrepublik Fluchtversuche, aber auch Kontaktaufnahmen verhindert werden. Das konnte Kontaktaufnahmen durch oder zu westlichen Nachrichtendiensten, Sportverbänden, Sportlerinnen und Sportlern, aber auch freundschaftliche Beziehungen oder Verwandtenkontakte betreffen. Mannschaften und »Touristen« waren weitgehend abzuschirmen. Dabei ging es einerseits darum, Spionage und nach § 219 des Strafgesetzbuchs der DDR strafbare »ungesetzliche Verbindungsaufnahmen«, andererseits Schäden für das Ansehen der DDR, vor allem durch negative Äußerungen von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern über die DDR und die SED, zu verhindern.

Ein weiterer Aspekt war der »Schutz« aller am Sport Beteiligten vor »politisch-ideologischer Diversion«, also vor dem von der Stasi als feindselig betrachteten Einfluss westlicher Kultur. Politische Zuverlässigkeit sah die Stasi demzufolge als Grundvoraussetzung für die Teilnahme, sportliche Leistungen oder echtes Interesse am Sport waren dem untergeordnet. Die endgültige Entscheidung über die Teilnehmenden traf jedoch immer die SED, wobei gute Wettkampfcancen die »politisch-operativen« Erwägungen der Stasi ausstechen konnten. Die HA XX/3 in der Stasi-Zentrale in Ost-Berlin war dabei eher für Planung, Koordination und Auswertung zuständig, die arbeitsintensive Umsetzung lag bei den Bezirksverwaltungen und den Kreisdienststellen.⁷¹ Diese führten auch die meisten IM, die insbesondere auf Reisen zu Wettkämpfen oder Trainingslagern die Mannschaften kontrollierten.

So waren bei der Ruderweltmeisterschaft 1981 in München vier Mitglieder der DDR-Mannschaft IM der BV Potsdam. Aus ihren Berichten fertigte die BV rund drei Monate nach der WM eine Zusammenfassung für die HA XX/3. Der Bericht besteht hauptsächlich aus Beurteilungen insbesondere des politischen Betragens der Mannschaftsmitglieder. So trafen sich zwei Sportler in München mit Verwandten. Waren solche Treffen von der Teamleitung genehmigt und wurden keine unerwünschten Äußerungen der Mannschaftsmitglieder registriert, tolerierte man sie. Über andere Mannschaftsmitglieder berichteten die IM, sie hätten für 40 D-Mark pro Stück DDR-Trikots verkauft, um ihr Taschengeld aufzubessern. Negative Folgen für die Betroffenen sind dem Bericht selbst nicht zu entnehmen, doch erhielten die in der DDR für die Athletinnen und Athleten »zuständigen« Stasi-Dienststellen Mitteilungen darüber. Ein weiterer Athlet stand unter einer Operativen Personenkontrolle (OPK), war also bereits vor der Reise ins Visier der Stasi geraten und wurde daher von den IM besonders beobachtet, verhielt sich jedoch aus deren Sicht unauffällig. Zusätzlich berichteten die IM über zufällige Beobachtungen von militärischen Anlagen und westdeutschen Truppen und über die Grenzkontrollen: »Eine schikanierende Behandlung durch die BRD-Behörden wurde nicht festgestellt.«⁷² Der Bericht insgesamt steht exemplarisch für die vordergründige Banalität solcher Berichte.

Abteilung XX/3

Potsdam, den 04. November 1981
ma/esBSTU
0039Zusammenfassender Bericht über die Ruderweltmeisterschaften
der Männer vom 30.08.1981 bis 07.09.1981 in München**Fehling**, **Andreas** und **Gabriel**, SC Einheit Dresden

Bei Ankunft in München wurde ein IM von den in der BRD lebenden Verwandten o.g. Rudersportler angesprochen, ob **Fehling**, **Andreas** und **Gabriel** mit der Nationalmannschaft der DDR in München angereist seien, was vom IM bestätigt wurde. Bei den Verwandten des **Fehling**, **Andreas** und **Gabriel** handelte es sich um einen Onkel und einer Tante die namentlich nicht bekannt sind. Sie sind ca. 40 - 45 Jahre alt und waren mit einem PKW angereist, der nach Meinung eines IM kein Münchener Kennzeichen trug.

Fehling, **Andreas** und **Gabriel** trafen sich mit ihren in der BRD lebenden Verwandten an der Regattastrecke und vor dem Unterkunftshotel der DDR-Nationalmannschaft in München. Dies wurde von vielen Sportlern der DDR-Nationalmannschaft beobachtet und wurde allgemein bekannt. Am letzten Tag der Ruderweltmeisterschaften in München waren die genannten BRD-Personen nochmals an der Wettkampfstrecke. Über den Inhalt der Gespräche, die **Fehlings** mit ihren Verwandten führten sind keine Hinweise bekannt.

Es wird angenommen, daß die Delegationsleitung der DDR-Nationalmannschaft über das stattgefundene Zusammentreffen der Gebrüder **Fehling** mit ihren Verwandten aus der BRD informiert wurde. Die Delegationsleitung zeigte jedoch keinerlei Reaktionen auf das Zusammentreffen. Eine offizielle Auswertung erfolgte nicht.

Es ist nicht bekannt, ob sich die Gebrüder **Fehling** während der Weltmeisterschaften in München unerlaubt oder unbemerkt von der Mannschaft entfernten, um mit den Verwandten aus der BRD zusammenzutreffen. Ebenfalls wurde nicht bemerkt, ob Gegenstände ausgetauscht oder übergeben wurden.

Von Sportlern des DDR-Achters erfuhr ein IM, daß **Fehlings** von ihren Verwandten aus der BRD eine Einladung für einen Hausbesuch in München erhalten hatten. Diese Einladung erfolgte mit dem Hinweis, daß sie ja ihre Freunde mitbringen könnten. **Fehlings** sollen darauf geantwortet haben, daß sie nicht wissen, ob sie auf Grund ihres Einsatzes in München Möglichkeiten für einen Hausbesuch hätten. Auf Befragen des **Fehling**, **Andreas** durch einen IM was er in München eingekauft habe antwortete **F.** von selbst in Bezug auf seine Verwandten in München, daß sie "Geizkragen" wären und nur ans Geldverdienen denken und erst kürzlich ein Eigenheim gebaut haben.



> Erich Mielke als Präsident der SV Dynamo bei einer Veranstaltung seiner Lieblingsfußballmannschaft Berliner Fußballclub (BFC) Dynamo. 1969
BArch, MfS, SdM, Fo, Nr. 158, Bild 4

Tatsächlich versuchte die Stasi durch Auswertungen der zahlreichen banal anmutenden Berichte ein größeres Bild zu erlangen, beispielsweise zu den Verhaltensweisen von westlichen Sportfunktionären gegenüber DDR-Sportlerinnen und -Sportlern allgemein. Die Überwachung des Verhaltens einzelner Reisender floss gegebenenfalls in ihre Personenprofile ein, was in der Summe der Hinweise zu negativen Folgen führen konnte. So konnte Fehlverhalten zu einer intensiveren Beobachtung durch die Stasi, in gravierenden Fällen zum Ausschluss vom Leistungssport führen.

Vor allem durch die intensiven ständigen Überprüfungen bereits im Vorfeld versuchte die Stasi, unliebsames Verhalten auf Reisen auszuschließen. Auf den Reisen beobachteten und überwachten IM ihre Mitreisenden und verbreiteten so ein von der Stasi gewünschtes Gefühl der ständigen Kontrolle. Eine Begleitung der Delegationen durch hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter dagegen wäre mit dem Risiko der Entdeckung verbunden gewesen, was zu diplomatischen Eklats und damit einem Schaden für das Ansehen der DDR hätte führen können.

Maßnahmen wegen Fehlverhaltens fanden nicht im Ausland, sondern in der DDR statt: In Zweifelsfällen erhielten Sportlerinnen und Sportler und Funktionäre keine Genehmigungen mehr zu Wettkampfreisen oder wurden ganz vom Leistungssport ausgeschlossen. Die Reisenden verhielten sich wegen dieser persönlichen Risiken jedoch ohnehin meist unauffällig. Daher kann die Stasi-Überwachung des Sports einerseits als effektiv betrachtet werden, andererseits beförderte sie konformes Verhalten: Wer ehrgeizig sportliche Ziele verfolgte, ergab sich den politischen Zwängen, weil nur so eine Teilnahme an internationalen Wettkämpfen möglich war.

Reisen von »Touristen« stellten aus der Sicht der Stasi im Gegensatz zu Sportlerinnen und Sportlern sowie Funktionärinnen und Funktionären ein kalkulierbar geringeres Risiko dar. Zwar überprüfte sie auch die »Touristen« intensiv und nur systemtreue Sportfreunde wurden überhaupt von der SED oder FDJ zur Teilnahme vorgeschlagen und für ihre Treue mit der Reise belohnt, die Überprüfungen konnten jedoch



> »Touristen-Delegation« der DDR beim WM-Vorrundenspiel DDR gegen die Bundesrepublik Deutschland in Hamburg, 22.6.1974
BArch, B 145 Bild-00077737, Fotograf: Wienke, Ulrich

nicht so akribisch und über einen so langen Zeitraum stattfinden. Eine besonders große Anzahl von »Touristen« hatte die Stasi im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 1974 in der Bundesrepublik zu überprüfen, der einzigen Fußball-WM-Endrunde, an der die DDR teilnahm. Dabei kam es auch zum in beiden deutschen Staaten mit Spannung erwarteten Duell zwischen DDR und Bundesrepublik in Hamburg.

Die Maßnahmen der Stasi rund um die WM 1974 liefen unter der Deckbezeichnung »Aktion Leder«. Im Befehl 11/74 hatte Stasi-Minister Mielke vorgegeben, wer zur WM reisen durfte und die Priorität des Politischen deutlich gemacht: »Die Touristen haben als Besucher der Fußballweltmeisterschaft die Aufgabe, durch ihr Auftreten gegenüber der Bevölkerung der BRD und den ausländischen Besuchern die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und unsere Politik würdig und offensiv zu vertreten [und] die Fußballmannschaft der Deutschen Demokratischen Republik politisch und moralisch im Wettkampf aktiv zu unterstützen.«⁷³

Zusätzlich mussten die beinahe durchweg männlichen Reisetilnehmer verheiratet sein und die Ehefrauen hatten in der DDR zurückzubleiben. Auch hier waren die Reisegruppen mit IM durchsetzt.

Neben der Überwachung der Teilnehmenden sammelte die Stasi zur Vorbereitung von Wettkampfreisen auch Informationen zu den Wettkampforten. So legte die HA XX/3 zur Schwimmweltmeisterschaft 1978 in West-Berlin eine Sammlung von Unterlagen an, die einen Umfang von 195 Blatt hatte und hauptsächlich öffentlich zugängliches Material enthielt. Hinzu kamen einzelne konspirative Informationen der Stasi: so ein Informationsbericht der HA XIX zum Auffinden einer per Luftballon aus West-Berlin in die DDR geschwebten Postkarte vom 15. Juni 1977, die eine siebenjährige Schülerin geschrieben hatte, sowie die Karte selbst.⁷⁴ Die Ballonaktion für Kinder und Jugendliche gehörte zum Programm des West-Berliner Schwimmverbands im Vorfeld der WM.



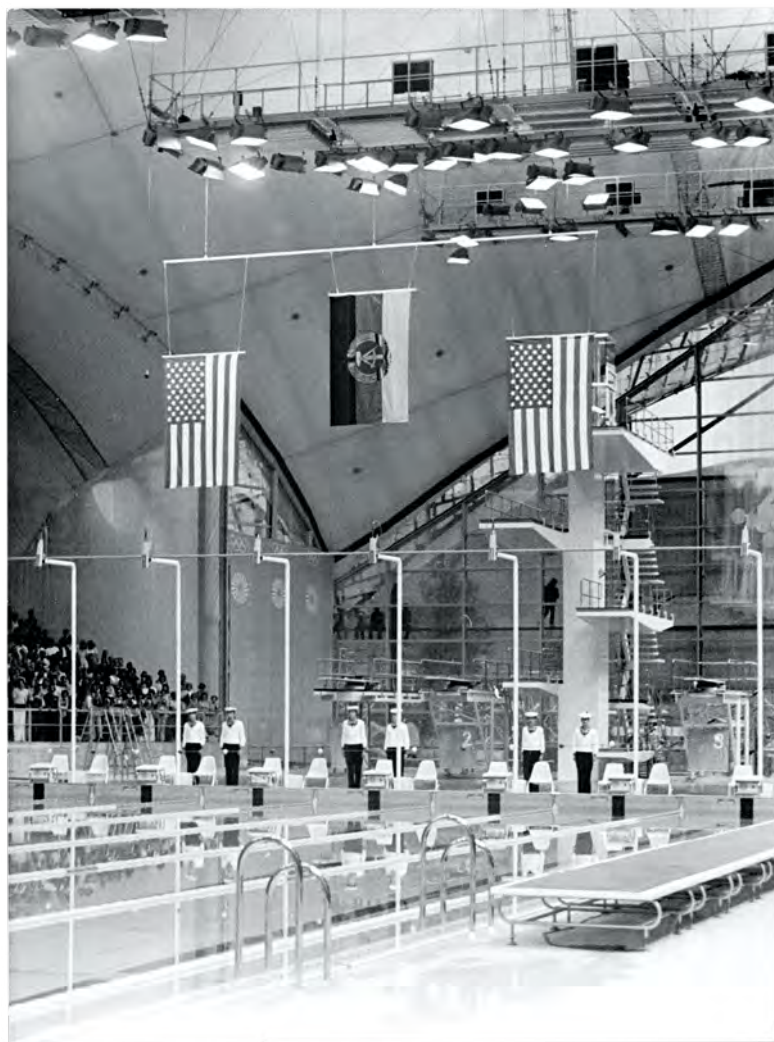
> An einem Luftballon in der Nähe von Wandlitz niedergegangene und von der Stasi beschlagnahmte Karte eines West-Berliner Schulkindes. Juni 1977
BArch, MfS, HA XX, Nr. 15063, Bl. 90

Eine Herausforderung für die Stasi stellten Olympische Spiele und besonders die Spiele in München und Kiel (Austragungsort der Segelsport-Wettkämpfe) im Jahr 1972 dar. Olympia bedeutete immer einen Großeinsatz für die Stasi, denn hier waren sämtliche Bereiche des Leistungssports vertreten und große Delegationen hielten sich über einen längeren Zeitraum am Austragungsort auf.

Hinzu kam die besondere Rolle der Spiele für die Außen-darstellung der DDR. Das DDR-Leistungssportsystem war auf Olympia ausgerichtet: Hier galt es, möglichst weit oben im Medaillenspiegel zu stehen, die internationale Aufmerksamkeit auf die DDR-Athletinnen und -Athleten zu lenken, die von der SED reklamierte Souveränität der DDR mit sportlichen Leistungen zu untermauern. Und das galt ganz besonders beim »Klassenfeind« Bundesrepublik, die wiederum selbst mit den »heiteren Spielen« von München internationale Anerkennung als

freiheitlich-demokratischer Staat suchte und sich vom dunklen Erbe des Nationalsozialismus zu distanzieren bestrebt war. Die Stasi bündelte daher Kräfte zahlreicher Abteilungen unter dem Decknamen »Aktion Flamme« und entsandte auch eine »Operativgruppe« von hauptamtlichen Mitarbeitern, die sich während der Spiele ständig in München aufhielt.

Die Überprüfungen der über 700 Olympia-Teilnehmenden und 2 000 »Touristen« waren eingetübte Routine, lediglich die Anzahl der Überprüfungen übertraf den üblichen Aufwand. Zusätzlich waren die Teilnehmenden der »Olympischen Jugendlager« in München und Kiel zu überprüfen. In den Jugendlagern trafen Nachwuchssportlerinnen und -sportler aus aller Welt zusammen, was für SED und Stasi grundsätzlich ein Risiko für ideologische und politische Konfrontationen und in dieser Hinsicht »falsches« Verhalten der DDR-



> Von der SED ersehntes Bild: Bei Olympischen Spielen konnte die kleine DDR mitunter sogar die USA übertreffen. Siegerehrung bei den Schwimmwettkämpfen (100 m Rücken der Herren) in München. 29.8.1972
BArch, Bild 183-L0830-216, Fotograf: Gahlbeck, Friedrich

Mannschaftsmitglieder darstellte. Darum verschickte Erich Mielke im Februar 1972 eigens ein Schreiben zur »Information und zur Kenntnisnahme« an die Stasi-BV-Leiter, das genaue Regelungen für die Auswahl der Teilnehmenden festlegte.⁷⁵

Die insgesamt 114 Olympia-IM⁷⁶ berichteten in gewohnter Weise vom Geschehen rund um die »Touristen«, die Mannschaft und die Wettkämpfe.⁷⁷ So auch der langjährige Volleyball-Funktionär Ernst Piater, der ab 1954 35 Jahre lang unter dem Decknamen IM »Möwe« der Stasi diente.⁷⁸ Im Vorfeld fertigte er drei »Einschätzungen« zu Volleyball-Funktionären an, verfasste nach den Spielen Berichte über weitere Funktionäre sowie einen Bericht über sich selbst – er hatte sich mit Verwandten getroffen, die in der Bundesrepublik lebten. Zudem schrieb er über einen, möglicherweise von der Stasi angeordneten, Einsatz als Reporter: Von der Presse-

tribüne aus verfolgte er mehrere Volleyballspiele und beobachtete dabei die Reporter des US-amerikanischen, antikommunistischen »Radio Free Europe«, die Spiele von Ostblock-Ländern in den jeweiligen Landessprachen kommentierten. Darüber hinaus berichtete er über den Volleyball-Schiedsrichterbetreuer des Olympia-Veranstaltungskomitees, seine wenigen Eindrücke vom Attentat auf die Olympiamannschaft Israels sowie vom westdeutschen Volleyballverband, dem er Gastfreundschaft gegenüber der DDR-Delegation bescheinigte.⁷⁹ Für seinen Einsatz erhielt er eine Prämie von 150 Mark.⁸⁰ Untergebracht war Piater mit der übrigen Leitung der DDR-Olympiadelegation im Münchner Hotel »Mark«, das ihr als Basis diente.

Im Zusammenhang mit diesem Hotel steht eine Besonderheit der Aktion »Flamme«, denn auch die Stasi selbst nutzte anscheinend das Hotel »Mark« als Basis:

Die HA Personenschutz (PS) betrieb während der Spiele einen Kurierdienst zwischen dem Hotel und Ost-Berlin.⁸¹ Die Kuriere pendelten täglich mit zwei Autos der Marke Volvo zwischen Ost-Berlin und München, versorgten die DDR-Delegation und -»Touristen« mit aktuellen DDR-Zeitungen und -Zeitschriften und transportierten Berichte des DDR-Sportdachverbands DTSB.

Sie spielten aber auch eine Rolle bei der anscheinend ausschließlich mündlichen Kommunikation der Stasi-Zentrale mit der im Hotel stationierten Operativgruppe. Der Leiter der Gruppe war mit Horst Machts ein Offizier des Stasi-Auslandsnachrichtendienstes HV A. Machts war 1972 im Referat HV A/III/9 für die Vorbereitung und Betreuung von Stasi-Offizieren im besonderen Einsatz zuständig, die in Auslandsvertretungen der DDR sogenannte Legalresidenturen bildeten. Diese Offiziere arbeiteten in den Botschaften getarnt »unter Legende« für die Stasi, beispielsweise als Militärattachés, und spionierten insgeheim im Gastland.⁸² Damit leitete also ein Experte für das verdeckte Agieren von Stasi-Offizieren im Ausland die Mission. Die Operativgruppe selbst setzte sich aus Offizieren mehrerer Stasi-Abteilungen zusammen und koordinierte direkt vor Ort die Einsätze von 88 IM.⁸³ Darüber hinaus sind bislang keine detaillierteren Unterlagen zur Operativgruppe aufgefunden worden, möglicherweise, weil sie von Machts' HV A aufbewahrt wurden, die sich 1990 selbst auflösen und ihre Unterlagen vernichten durfte.

Eine bemerkenswerte Episode bei den Kurierfahrten der HA PS ereignete sich auf der letzten Fahrt von München nach Ost-Berlin: Die Stasi hatte den Auftrag erhalten, einen Fußballer des BFC Dynamo nach Ost-Berlin zu bringen, da er von dort aus zu einer Europacup-Partie in Frankreich mitreisen sollte. 700 Meter vor dem Grenzübergang bemerkten die Reisenden jedoch, dass er keine Papiere bei sich hatte. Kurzerhand wurde er »konspirativ« in den Kofferraum des Autos verfrachtet und so von der Bundesrepublik in die DDR geschmuggelt.⁸⁴

Zusammenfassend lässt sich anhand der hier vorgestellten Beispiele zeigen, dass die Stasi bei der Überwachung des Sports im Ausland fast ausschließlich ihre »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«, die inoffiziellen Mitarbeiter, nutzte.⁸⁵ Das galt für alle Auslandsaufenthalte von Sportmannschaften und Touristen. Es machte dabei keinen Unterschied, ob die Reise in die Bundesrepublik führte oder in andere Staaten. Die Überwachung richtete sich im Wesentlichen gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger. So versuchte die Stasi, die politische Konformität im Land sicherzustellen, Schäden für das Ansehen der DDR zu verhindern und Fluchtversuche von Reisenden auszuschließen. Die Hauptarbeit der Stasi fand dabei in der DDR statt. Die im Sinne der Stasi und des SED-Regimes »erfolgreich« durchgeführte Reise, also das siegreiche Abschneiden der Mannschaften, gepaart mit konformem Verhalten der Teilnehmenden ohne verdächtige Kontaktaufnahmen oder gar Fluchtversuche, war das Ergebnis dieser ständigen Überwachung des Sports.

Ausnahmen waren die Olympischen Spiele, die sich durch eine längere Dauer und größere Anzahl der Reisenden auszeichneten, sodass die Stasi auch vor Ort in besonderem Maße gefordert war und daher auch hauptamtliche Mitarbeiter entsandte. Die Spiele in München nehmen dabei eine Sonderrolle ein, weil sie besonders prestigeträchtig waren, aber letztlich griff die Stasi auf die üblichen Maßnahmen zurück und setzte dafür lediglich mehr Ressourcen ein. Eine besondere Maßnahme waren die Kurierfahrten der HA PS, die sich aus der geografischen Nähe der DDR zu München ergaben, das mit dem Pkw aus Ost-Berlin gut erreichbar war.

MtSc

ausgegeben am 11.2.75

Bef. K 462/75 v. 8.8.

MA-Nr. _____

Vorschlag

Akte _____

100

zur Auszeichnung ~~zum~~ mit/der "Verdienstmedaille der NVA" in Bronze
(Ernennung/Beförderung/Herabsetzung im Dienstgrad/ Auszeichnung bzw. Aberkennung) (zu welchem Dienstgrad/mit welcher Auszeichnung)

des IMS "Möwe" Reg.-Nr. Lpz. 1510/60 geb. bzw. PKZ _____
(Dienstgrad, Name und Vorname)

BStU
000228

Dienstseinheit BV Leipzig, Abt. XX/ Sport
(konkrete Angaben - BV/Abt./KD - MfS HA/Abt./Ref.)

Dienststellung _____ seit _____

Tätigkeitsbezeichnung _____ Dienstgrad lt. Stellenplan _____

Zusammenarbeit 17.12.1954 bew. Organe von _____ bis _____
MfS seit

Zum jetzigen Dienstgrad befördert mit Wirkung vom _____ Parteizugehörigkeit seit _____

Alle bisher erhaltenen Auszeichnungen keine
(wann - welche)

Letzte Prämie _____
(wann - Höhe)

Die Richtigkeit der Angaben bestätigt _____

Begründung:

Der IMS "Möwe" arbeitet seit 1954 inoffiziell mit der MfS zusammen. Er wurde auf der Basis der Überzeugung angeworben. Im Laufe seiner inoffiziellen Tätigkeit war er vorwiegend zur Aufklärung von Leistungssportlern, Trainern und Funktionären des Volleyballverbandes der DDR eingesetzt. Bis zum 13.8.1961 wurde er mehrfach im Operationsgebiet zum Einsatz gebracht, wobei er gute Ergebnisse erzielte. Während seines Studiums half er bei der Sicherung studentischer Kreise der DHfK. Er arbeitete an Vorgängen, operativen Materialien, klärte Personen in der DDR und im Operationsgebiet auf, gab analytische Einschätzung und hielt Personen während Auslandsreisen (Sport) unter operativer Kontrolle.

Der IMS leistet eine wertvolle inoffizielle Tätigkeit auf dem Gebiet der Sicherung der Ergebnisse der Leistungssportforschung am Forschungsinstitut für Körperkultur Leipzig (FKS) sowie bei der operativen Abwehr- und Aufklärungsarbeit innerhalb des Volleyballverbandes der DDR und der Volleyballmannschaft des SC Leipzig.

In der bisherigen Zusammenarbeit hat der IMS mehrfach seine Zuverlässigkeit, Einsatzbereitschaft und Ehrlichkeit unter Beweis gestellt. Er ist ein überzeugter Genosse, der sich bedingungslos für unsere Partei und unseren Staat einsetzt.

Leipzig, den 12. Oktober 1974 Leiter: _____
(Dienststellung, Dienstgrad, Unterschrift)

262 473 100.0

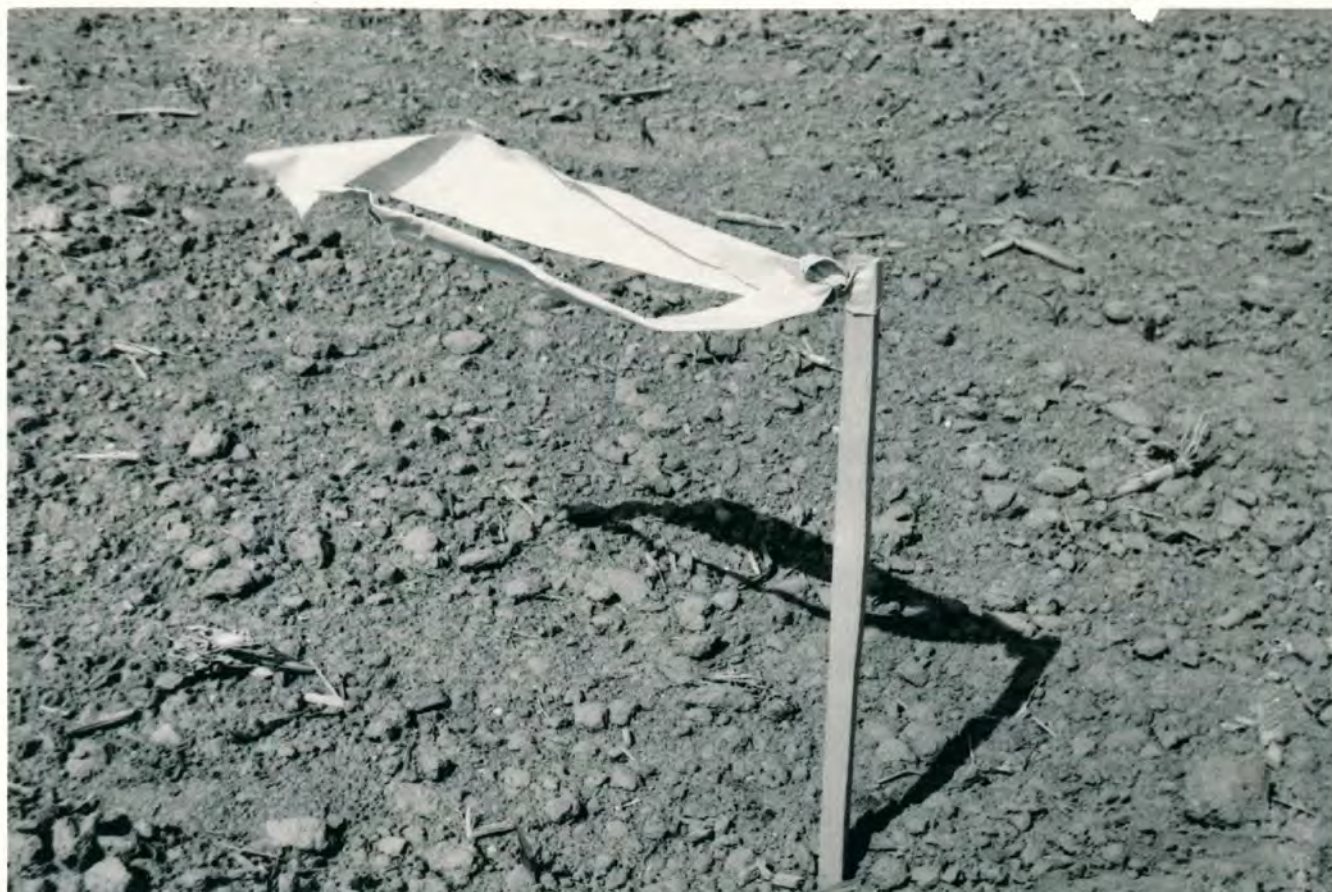
> Vorschlag zur Verleihung eines Ordens an Ernst Piater alias IM »Möwe«. Die Begründung des Vorschlags gibt Einblick in das Aufgabenspektrum des IM. »Möwe« wurde mehrfach in der Bundesrepublik, dem sogenannten Operationsgebiet, eingesetzt. 12.10.1974 BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 3439/92, Bd. 1, Bl. 228





Fluchthilfe

> Flüchtlinge nach geglückter Flucht an der Meldestelle Cuno-Fischer-Straße in West-Berlin. 1952
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-F005322-0002



> Foto aus dem Bildbericht der ungarischen Staatssicherheit über den Fluchtort. Mai 1982
BArch, MfS, AU, Nr. 3471/88, Bd. 6, Bl. 131, Bild 9

»Ihr seid frei!« – Fluchthilfe aus Saarbrücken

Am 22. Mai 1982 fertigten ungarische Sicherheitsorgane eine Fotodokumentation zu einem »Tatort«: Nur wenige Stunden zuvor hatte Rolf Schauss (geb. 1944), Pilot aus Saarbrücken und Besitzer einer Flugschule, einem Ehepaar aus der DDR mit zwei Kindern zur Flucht aus Ungarn verholfen. Er war in St. Michael im Lungau in Österreich gestartet, auf einem Acker in Ungarn unweit der österreichischen Grenze gelandet, hatte die vierköpfige Familie Arndtz einsteigen lassen und umgehend wieder abgehoben.

Familie Arndtz lebte bis zu ihrer Flucht in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz). Eleonore Arndtz stammte ursprünglich aus der Bundesrepublik und war der Liebe wegen in die DDR übergesiedelt, um ihren Mann zu heiraten. Anfang der 1980er-Jahre hatten sich die Arndtz' dann aber für ein Leben in der Bundesrepublik entschieden. Eleonores Eltern, das Ehepaar Fischer, suchten nach einer Möglichkeit, ihre Tochter mit ihrer Familie in die Bundesrepublik »zurückzuholen«. Laut Ermittlungen der DDR- Staatssicherheit begann die Vorgeschichte der Flucht 1981 mit einer Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in der der Saarbrücker Rolf Schauss seine Dienste als Pilot anbot: »Pilot mit Privatflugzeug transportiert Personen«.



> Mit Hilfe einer Toilettenpapierrolle wurde die Landestelle für das Sportflugzeug gekennzeichnet. Mai 1982
 BArch, MfS, AU, Nr. 3471/88, Bd. 6, Bl. 135, Bild 18

Schauss selbst schreibt in seinen Erinnerungen, dass die in der Bundesrepublik wohnenden Eltern über einen befreundeten Fluglehrer zu ihm Kontakt aufgenommen hatten. Er sollte gegen eine finanzielle Entschädigung die Flucht der Familie Arndtz ermöglichen.⁸⁶ Die Eltern selbst reisten auch nach Ungarn, um die Familie bei der Flucht zu unterstützen. Entscheidendes Element der Flucht war eine Rolle Toilettenpapier: Eleonores Vater hatte kurz vor der Landung auf Anweisung des Piloten damit die Landestelle markiert. So simpel und skurril dieses Detail erscheint, umso abenteuerlicher und riskanter war diese Fluchtgeschichte.⁸⁷

Die erfolgreiche Flucht löste höchsten Alarm bei den ungarischen Sicherheitsbehörden aus und hatte dramatische Folgen für die helfenden Eltern. Anwohner hatten die Landung des Sportflugzeuges beobachtet und die Grenztruppen verständigt. Die Eltern wurden noch an der Grenzübergangsstelle von Ungarn zu Österreich verhaftet.⁸⁸ Beide wurden im Juli 1982 von einem ungarischen Gericht wegen »Anstiftung zum illegalen Grenzübertritt und anderer verbrecherischer Handlungen« zu drei Jahren und sechs Monaten bzw. einem Jahr und sechs Monaten Haft verurteilt.⁸⁹

Das Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte

Aktenzeichen: Hs.C. 195/82

Berlin

den 15. Juli 1982

(Bei Eingaben stets anführen)

Fernruf

BStU
000008

Haftbefehl

Der **SCHAUSS**, Rolf Ewald; geb. am [REDACTED] in Bad Kreuznach, wohnhaft: Saarbrücken/BRD, [REDACTED]

ist in Untersuchungshaft zu nehmen.

Er wird beschuldigt, sich des staatsfeindlichen Menschenhandels strafbar gemacht zu haben.

Der Beschuldigte hat sich aus Gründen des kriminellen Gelderwerbs mit dem Ziel der Schädigung der DDR seit Anfang Mai 1982 mit anderen Personen gemeinschaftlich handelnd an der Vorbereitung einer Grenzprovokation beteiligt und im Zusammenhang damit am 22. 5. 1982 vier DDR-Bürger mittels eines von ihm gesteuerten Sportflugzeuges unter Mißbrauch des Territoriums der Ungarischen Volksrepublik diese nach Österreich ausgeschleust.

Vergehen/Verbrechen gem. **§ 105 (1) Ziff. 1 StGB**

Er/Sie ist dieser Straftat dringend verdächtig.

Die Anordnung der Untersuchungshaft ist gemäß **§ 122 (1) Ziff. 2 StPO**

gesetzlich begründet, weil ein Verbrechen den Gegenstand des Verfahrens bildet.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig (§ 127 StPO).

Sie ist binnen einer Woche nach Verkündung des Haftbefehls bei dem unterzeichneten Gericht zu Protokoll der Rechtsantragstelle oder schriftlich durch den Betroffenen oder einen in der DDR zugelassenen Rechtsanwalt einzulegen (§§ 305, 306 StPO).

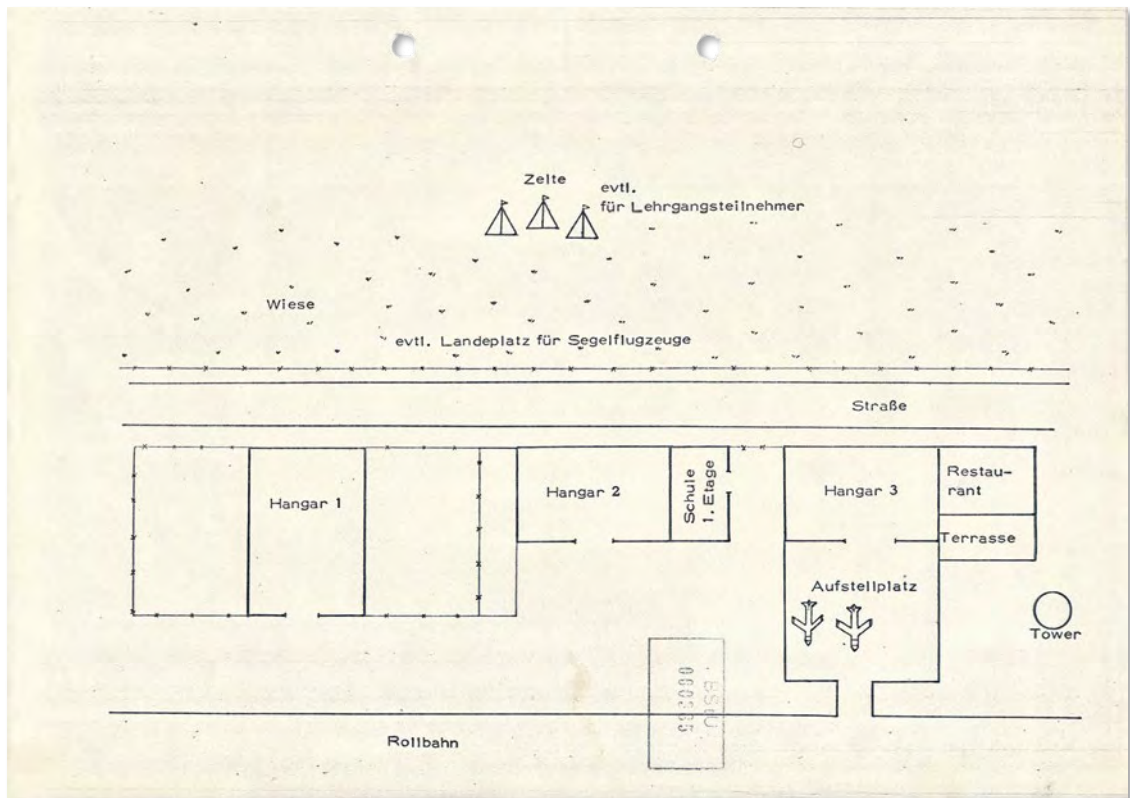


Frenzel
Richter

Best.-Nr. 220 16 Haftbefehl - §§ 124, 127, StPO

Vordruckbetrieb Demos Osterwieck

Ag 305/DDR/79/2483/120,0



> Skizze von IM »Thomas West« zu Schauss' Flugschule
 BArch, MfS, AIM, Nr. 15659/91, Bd. 1, Bl. 385

Diese Überwindung der Grenze mit dem Flugzeug bedeutete wie jede gelungene Flucht für das Ministerium für Staatssicherheit einen Rückschlag – in diesem Fall besonders, weil sie in den österreichischen und westdeutschen Medien große Resonanz fand. Die Stasi konnte einerseits nur noch den Tathergang rekonstruieren und die Berichterstattung über die Flucht dokumentieren. Andererseits leitete sie auch Ermittlungen gegen den Piloten Rolf Schauss ein. Durch den Einsatz des inoffiziellen Mitarbeiters »Thomas West« beschaffte sich die Stasi viele Informationen über ihn.

Die Hauptabteilung VI, die sich mit dem grenzüberschreitenden Verkehr befasste, hatte den West-Berliner Studenten 1977 als IM angeworben. »Thomas West« erklärte sich damals bereit, über Studierende in West-Berlin zu berichten, wollte aber »keine Geheimdienstkarriere« machen.

Er wurde jedoch als IMB eingestuft, war also »inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung«. Seine Aufgaben gingen damit weit über eine übliche oder alltägliche Berichterstattung hinaus, da er im Auftrag der Stasi in der Bundesrepublik gezielt zur Bekämpfung als feindlich angesehener Organisationen und Personen eingesetzt werden konnte.

»Thomas West« war mit einem Kommilitonen befreundet, der aus dem Wohnort des Piloten stammte. Diesen Umstand machte sich die Stasi zunutze: »Thomas West« besuchte seinen Kommilitonen in Saarbrücken, knüpfte dabei Kontakt zu Schauss und spionierte dessen Flug- und Fallschirmschule aus. Diesen Auftrag ließ sich die Staatssicherheit eine stattliche Geldsumme kosten.

Bereits im Juli 1982 übergab der IM erste Filme und eine Skizze der Flugschule an die Stasi. Schließlich absolvierte »Thomas West« im Auftrag und auf Kosten der Stasi sogar mehrere Fallschirmspringerlehrgänge an der Flugschule. Auf diesem Wege konnte er an weitere Informationen gelangen.

Seine Aufgabe bestand darin, sich über Schauss in dessen privatem Umfeld umzuhören und ein engeres Verhältnis zu ihm aufzubauen. Ziel der Stasi war es, bereits im Vorfeld von geplanten weiteren Fluchtaktionen zu erfahren. Das MfS ging davon aus, dass Rolf Schauss aufgrund finanzieller Schwierigkeiten im Zusammenhang mit seiner Flugschule zu solchen Fluchthilfen bereit war.

Hauptabteilung VI
Abteilung 1

Berlin, 15. Juli 1982
stb-pe

BStU
000381

B e r i c h t
über den Einsatz des IME "Thomas West" zur weiteren Auf-
klärung der Flugschule des Provokateurs *Schauss*, *Ralf*.....
in Wallerfangen-Düren/BRD

Auftragsgemäß hielt sich der IM "Thomas West" aus Anlaß der
im Zeitraum vom 25. 6. 1982 bis 27. 6. 1982 auf dem Flugplatz
in Wallerfangen-Düren durchgeführten Meisterschaften der BRD
im Fallschirmzielspringen in Saarbrücken und auf dem Gelände
des Flugplatzes in Wallerfangen-Düren auf.
Der Ort Wallerfangen-Düren ist von Saarbrücken aus mittels
Zug und Busfahrt über Saarlouis zu erreichen.
Im Ort, bei dem es sich um ein vom Territorium und der Ein-
wohnerzahl her kleines Dorf handelt, deutet nichts auf die
Existenz der Flugschule von *Schauss*... hin.
Der Flugplatz selbst ist im Tal gelegen. Von den umliegenden
Erhebungen bieten sich relativ gute Möglichkeiten einer gedeckten
Observation.

Am Sonnabend, dem 26. 6. 1982, hielten sich in den Nachmittags-
stunden ca. 700 Personen auf dem Gelände des Flugplatzes auf.
Am Start waren 20 Mannschaften, u. a. eine Vertretung der
Bundeswehr nebst zahlreichen Betreuern und Offiziellen.
Mehrere Prospekte warben für eine Ausbildung als Fallschirm-
springer an der Flugschule des Ausbilders *Schauss*
Zu dessen Person wird u. a. die Aussage getroffen, daß es sich
um einen ehemaligen Lehrer handelt.
Grundvoraussetzungen für eine Ausbildung als Fallschirmspringer
an der Flugschule von *Schauss* bilden:

- zur Verfügung stehende finanzielle Mittel in Höhe von 500,--
bis 2 000,-- DM;
- psychische und insbesondere physische Tauglichkeit für die
Ausübung des Fallschirmspringens;
- ein ärztliches Attest muß hierbei vorgelegt werden.

Die Flugschule befindet sich in dem mittleren der 3 Hangars in
der 1. Etage, zu erreichen über eine nach oben führende Treppe.
An der Tür das Hinweisschild

Fallschirmspringerschule
.. *Ralf* .. *Schauss* ..

Über fünf Jahre war IM »Thomas West« regelmäßig zu Besuch in Saarbrücken, worüber er dem MfS immer berichtete. Eine enge Beziehung zu Schauss entstand jedoch nicht. Der IM befürchtete, dass der Bespitzelte seine Zusammenarbeit mit der Stasi entdecken und ihn mit einem Fallschirm verunglücken lassen könnte. Mögliche – aus Sicht der Stasi – feindliche Aktivitäten bestätigten sich aber nicht. Wie der Einsatz von IM »Thomas West« im Fall Rolf Schauss ausgegangen ist, lässt sich nicht abschließend klären, da die Stasi-Unterlagen dazu größtenteils vernichtet wurden.⁹⁰

Die Federführung bei der »Bekämpfung« von Fluchten und Fluchthilfe hatte die Staatssicherheit. Sie arbeitete in Kooperation mit den Partnern des sogenannten politisch-operativen Zusammenwirkens: der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen, dem Zoll und der Volkspolizei. Ein Schwerpunkt der Stasi-Arbeit waren Ermittlungen zu potenziellen Fluchthelfenden mit dem Ziel einer Verhaftung. Unterschieden wurde zwischen nichtorganisierter und organisierter Fluchthilfe, was sich in der Höhe des Strafmaßes bemerkbar machte. Fluchthilfe-Organisationen bezeichnete die Stasi als »kriminelle Menschenhändlerbanden«. Die Fluchthelfenden sollten kriminalisiert und bei der eigenen DDR-Bevölkerung in Verruf gebracht werden.⁹¹

Um potenzielle Fluchthelfende zu identifizieren, zu lokalisieren und letztendlich zu verunsichern, setzte die Stasi ihre Hauptwaffe ein: ihr IM-Netz. Ein Teil der IM war auf dem Gebiet der Bundesrepublik im Einsatz und sollte möglichst umfassende Informationen zu Fluchthelfenden sammeln und übermitteln sowie deren Mittel und Methoden aufdecken.

Bekanntes Mittel der Fluchthilfe waren selbstgegrabene Tunnel unterhalb der Berliner Mauer und umgebaute Autos mit Verstecken für die Flüchtlinge. Fluchthilfe auf dem Luftweg war hingegen nicht alltäglich. Dabei handelte es sich um spektakuläre Fluchten, die eine hohe Risikobereitschaft erforderten. Solche Fluchten gab es nicht nur aus Ungarn, sondern auch aus der Tschechoslowakei und der DDR.⁹² Jedoch war das Organisieren einer Flugzeug-Flucht über die innerdeutsche Grenze nur schwer möglich: Ostdeutsche Piloten und Pilotinnen mit Flugscheinen wurden scharf kontrolliert und der Besitz eines privaten Fluggeräts war verboten.

Der Schwerpunkt dieser Form der Fluchthilfe verlagerte sich deshalb immer mehr nach Osteuropa. Um sie einzudämmen, bündelte die Staatssicherheit ihre Informationen in einem Zentralen Operativen Vorgang (ZOV). Diese Vorgangsart diente zur zentralisierten »Bearbeitung« von »Vorkommissen und Personen« mit einer erheblichen »gesellschaftsgefährlichen« Dimension. Der ZOV »Karussell« wurde im Juli 1982 angelegt. Es ist anzunehmen, dass der Fall Rolf Schauss ein Anlass dafür war. 16 Fälle sogenannter »Luftraumprovokationen« wurden insgesamt registriert und doch stellte das MfS zunächst seine Ineffizienz fest: »Obwohl sich bisher eine Vielzahl von Dienstleistungen des MfS und die Bruderorgane mit der Aufklärung und Bekämpfung dieser im hohen Grade gesellschaftsgefährlichen und spektakulären Verbrechen beschäftigte, konnten keine durchschlagenden Erfolge und Ergebnisse im Kampf gegen die eigentlichen Organisatoren und Hintermänner erzielt werden.«⁹³

Die Stasi strebte im Vorgang »Karussell« eine enge Koordination und Kooperation mit den osteuropäischen Geheimdiensten an. Das Augenmerk lag z. B. auf Meisterschaften von Flugsportarten und Motorflug, die in Ungarn und weiteren Ostblockstaaten stattfanden. 1988 schloss die Stasi die Akte »Karussell« da keine weiteren Fluchtaktionen stattgefunden hatten. Die Geheimpolizei verbuchte das als Erfolg ihrer Arbeit.

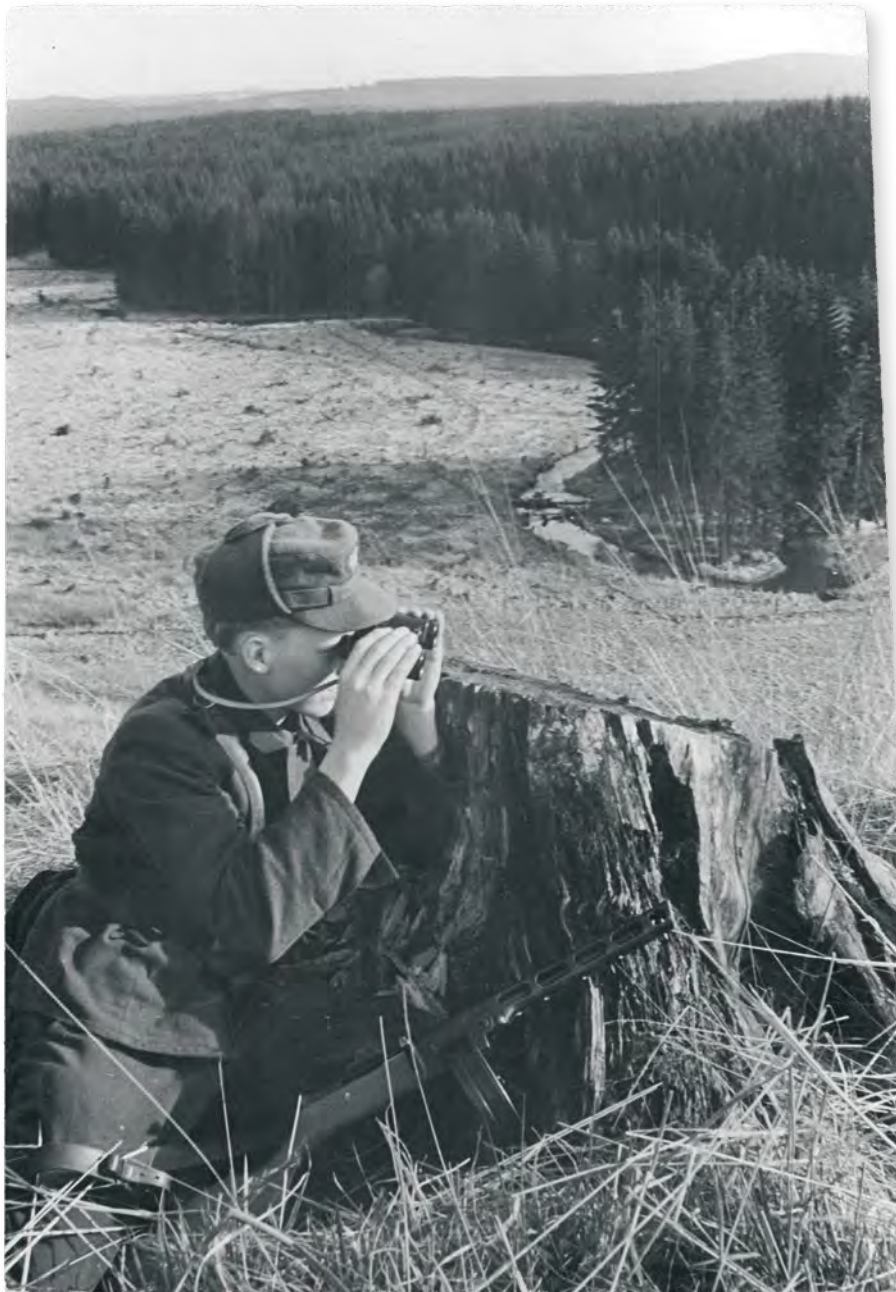
ECa



Flucht



> Beamte des Bundesgrenzschutzes auf Streife an der Grenze zur DDR (Nähe Fulda). 12.6.1958
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-00006067, Fotograf: Steiner, Egon



> Ein DDR-Grenzpolizist überwacht die Grenze, 4.5.1959.
BArch, Bild 183-63928-0010, Fotograf: Weiß, Günter

Flucht in die Freiheit? Wie die Stasi Deserteure im Westen verfolgte

Die Flucht Abertausender Bürgerinnen und Bürger aus der DDR in den Westen hatte insbesondere bis zur Abriegelung West-Berlins im Sommer 1961 den SED-Staat in seiner Existenz konkret bedroht. Die Verhinderung von Fluchten, u. a. durch den Auf- und Ausbau eines umfassenden und strikten Grenzregimes, war daher eine wesentliche Lebensversicherung für das

Bestehen der DDR und der SED-Vorherrschaft. Ab den 1950er-Jahren hatte die SED von der Ostsee bis zum Erzgebirge die innerdeutsche Grenze auf einer Länge von fast 1 400 Kilometern zu einer »Sperrzone« samt »Todesstreifen« ausbauen lassen. Stacheldrahtzäune, Minen und zeitweise auch Selbstschussanlagen sollten jeglichen Fluchtversuch verhindern.

Rückgrat des SED-Grenzregimes aber waren die zuletzt etwa 47 000 Grenzsoldaten, die bis weit in das Hinterland hinein dafür zu sorgen hatten, dass keine Unbefugten die Grenze übertraten.⁸ Die Grenzsoldaten

und der sogenannte Schießbefehl waren entscheidende Eckpfeiler des Grenzregimes, denn ihre abschreckende Wirkung unterband eine massenhafte Flucht der Bevölkerung.⁹⁵ Was aber, wenn nun gerade jene in den Westen flohen, die eigentlich Fluchten verhindern sollten?

Zwischen 1950 und 1987 desertierten knapp 11 000 Angehörige der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen, der weitaus größte Teil von ihnen vor dem Mauerbau. Nach 1961 sank die Zahl der Fahnenfluchten sukzessive auf unter 100 und ab Mitte der 1970er-Jahre auf unter 20 Soldaten pro Jahr.⁹⁶ Mit weit weniger als einem Prozent machten die Deserteure dabei nur einen Bruchteil aller Flüchtlinge aus. Die personelle Ausstattung der Grenztruppen war durch die Desertionen nie gefährdet.

Dennoch verfolgte die DDR, wie alle anderen Staaten auch, Fahnenflüchtige aus den eigenen Reihen. Aufgrund der spezifischen deutsch-deutschen Situation war die Flucht eines Soldaten in der Regel mit dem Überlaufen zum politischen und militärischen Gegner verbunden. Die Deserteure entzogen sich nicht nur ihrem Militärdienst und einer strafrechtlichen Verfolgung, sie stellten mit ihrer Flucht immer auch die Legitimität der DDR und ihrer Streitkräfte infrage – ganz unabhängig von ihren individuellen Motiven. In den Augen der SED fügten sie mit ihrem Handeln der DDR politischen Schaden zu. Deserteure galten deshalb innerhalb des Partei- und Staatsapparates, insbesondere aber in den Sicherheitsorganen, als Verräter und wurden mit erheblichem Aufwand verfolgt, auch über die eigenen Landesgrenzen hinweg.⁹⁷

Für die grenzüberschreitende Verfolgung von Deserteuren zeichnete die Staatssicherheit verantwortlich, konkret die Hauptabteilung I. Diese Diensteinheit war für die allseitige Absicherung und Überwachung der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen zuständig. In der Ära Ulbricht, also in den 1950er- und 1960er-Jahren, versuchte die Staatssicherheit »Deserteure wieder in die DDR zu bringen, um sie zur Abschreckung verurteilen zu können«.⁹⁸ In einigen Fällen plante sie Entführungen und in Einzelfällen schmiedete sie sogar Mordpläne.⁹⁹

Ernst Wollweber (1898–1967), Stasi-Chef ab 1953, sagte im Jahr des Volksaufstandes auf einer zentralen Dienstkonferenz über Deserteure, dass es ganz gleich sei, wo sich solche »Verräter« verstecken, sie würden »zurückgeholt und in jedem Fall ihrer verdienten Strafe zugeführt. Denn sie gehören zu den schlimmsten Feinden, mit denen wir es zu tun haben.«¹⁰⁰ Auch Erich Mielke, Stasi-Chef ab 1957, ließ 1960 keinen Zweifel daran, dass jeder »Verräter – ganz gleich, wo er sich auch befinden möge – [...] seiner gerechten Strafe nicht entgehen« werde.¹⁰¹ Kurz zuvor war der ehemalige Grenzpolizist Manfred Smolka (1930–1960), der nach seiner Dienstzeit in die Bundesrepublik geflohen war, in die DDR entführt, wegen Spionage angeklagt und letztlich hingerichtet worden.¹⁰²

Vermutlich spätestens seit den 1970er-Jahren, als sich die beiden deutschen Staaten einander annäherten, sich ihr Verhältnis entspannte und die DDR daraufhin von zahlreichen Ländern staatlich anerkannt wurde, beschränkten sich Pläne, Menschen gewaltsam in die DDR zu verbringen, dann auf wenige Fälle.¹⁰³ Stattdessen setzte das SED-Regime in den 1980er-Jahren auf (semi-)offizielle Kanäle, wie den DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, oder auch private Verbindungen, um Deserteure in die DDR zurückzuholen.¹⁰⁴ Immer wieder gelang es der Stasi, Geflohene und Deserteure durch die Einbindung von Familienangehörigen zu einer Rückkehr zu bewegen bzw. zu nötigen. Viele andere lehnten solche Gespräche und Angebote hingegen strikt ab und blieben in der Bundesrepublik, doch auch das schützte sie nicht vor dem langen Arm der Staatssicherheit, wie folgender Fall zeigt.

1981 floh ein NVA-Hauptmann, nennen wir ihn Jörg Falkenstein, in die Bundesrepublik. Für SED und Stasi wog diese Fahnenflucht besonders schwer, denn Falkenstein hatte 31 Dokumente über das DDR-Grenzregime mitgenommen, die der Geheimhaltung unterlagen.¹⁰⁵ Stasi-Minister Erich Mielke unterrichtete sogar den Partei- und Staatschef Erich Honecker persönlich über den Fall und die entwendeten Dokumente.¹⁰⁶ Auch westdeutsche Tageszeitungen brachten kurz nach der Flucht erste Berichte über den desertierten Hauptmann und dessen »Fluchtgepäck: Geheimes Material«. Sie meldeten auch, dass der NVA-Offizier Gespräche mit dem Bundesnachrichtendienst führe.¹⁰⁷ Wenige Monate später sorgte der Fall

erneut für Furore. Bekannte Wochen- und Tageszeitungen in der Bundesrepublik berichteten in groß aufgemachten Artikeln über die geheimen Dokumente, insbesondere über die »geheime Dienstvorschrift G 572 910«.¹⁰⁸

Aus dieser geheimen Vorschrift ging hervor, dass die DDR-Grenztruppen im Kriegsfall als militärische Vorhut bzw. »Stoßtrupp« den Auftrag hatten, wichtige Infrastrukturen wie Brücken, Kreuzungen, Funkanlagen usw. in der Bundesrepublik zu besetzen oder zu zerstören. Für die Stasi hatte Falkenstein durch die Übergabe der Dokumente »der DDR schwere politische und militärische Schäden zugefügt«.¹⁰⁹ Aus diesem Grund leitete die HA I unter dem Decknamen »Renegat« Maßnahmen ein, um Falkenstein in der Bundesrepublik auszuspionieren und zu überwachen. Bei sich bietender Möglichkeit sollte der »Abtrünnige« in die DDR »zurückgeführt« werden, um ihn »der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zuzuführen«.¹¹⁰

Dazu sammelte die Stasi sämtliche Informationen zu seinem neuen Aufenthaltsort und zu seinen neuen Lebensumständen. Wichtigste Quellen hierfür waren Telefonate und Briefkontakte, die Geflohene nach ihrer Flucht mit Familienangehörigen, Freunden und Bekannten unterhielten und die von der Stasi akribisch überwacht wurden. Falkenstein z. B. telefonierte sehr regelmäßig mit seiner Ehefrau, die zusammen mit den gemeinsamen Kindern in der DDR geblieben war. Jedoch gab er in diesen Gesprächen in dem Wissen, dass seine Familie von der Stasi überwacht wurde, nur wenig über sein neues Leben in der Bundesrepublik preis. Wie alle Deserteure wurde er in dieser Hinsicht von westdeutschen Geheimdiensten und der speziell für DDR-Deserteure gegründeten Deutschen Gesellschaft für Soziale Beziehungen e. V. beraten.¹¹¹

Trotz aller Konspiration gelang es der Stasi herauszufinden, dass sich Falkenstein in einer Stadt in Oberbayern aufhalten sollte. Um nähere Informationen zu erhalten, wurden speziell ausgebildete Stasi-Agenten und -Agentinnen in den Ort entsandt. Getarnt als Ehepaar im Wanderurlaub oder als vermeintlicher Bekannter auf der Suche nach einem alten Freund spionierten die Agentinnen und Agenten das Wohnhaus und die Nachbarschaft Falkensteins aus.¹¹² Sie beschrieben und dokumentierten detailliert das Wohnumfeld und achteten dabei besonders auf Möglichkeiten und Hindernisse für weitergehende Überwachungsmaßnahmen.

Dazu zählten beispielsweise folgende Aspekte: Ist eine Straße belebt oder unbelebt? Welche Versteckmöglichkeiten bieten sich? Wie kann eine Eingangstür am besten im Auge behalten werden, ohne dabei selbst entdeckt zu werden? Freilich spielten auch alle Fragen zur Lebenslage des Opfers eine Rolle, z. B.: Wo und für wen arbeitet er? Welchen Wagen fährt er? Wo und mit wem verbringt er seine Freizeit? Nicht regelmäßig, aber immer wieder entsandte die Stasi ihre Agentinnen und Agenten und so gelang es ihr im Laufe der Zeit, einen gewissen Einblick in die Lebensumstände Falkensteins zu gewinnen.¹¹³

Im April 1985, also dreieinhalb Jahre nach der Fahnenflucht, war die Stasi im Fall »Renegat« nur wenig weitergekommen: Falkenstein hatte sich eine Existenz in der Bundesrepublik aufbauen können, er hielt weiterhin intensiven Kontakt zu seiner Frau und seinen Kindern und es gab keinerlei Hinweise, dass er mit Rückkehrgedanken spielte. Im Gegenteil kämpfte seine Ehefrau entschlossen dafür, gemeinsam mit ihren Kindern zu ihrem Ehemann in die Bundesrepublik übersiedeln zu können. Allein bis Mitte des Jahres 1986 hatte sie über 40 Ausreiseanträge gestellt, die aber allesamt durch Einflussnahme der Stasi abgeschmettert wurden. Ob diese Hartnäckigkeit der Anlass dafür war, dass sich am 11. Juni 1985 drei hochrangige Stasi-Offiziere zum weiteren Vorgehen im Fall »Renegat« berieten, geht aus den Akten nicht eindeutig hervor. Doch die Offiziere, unter ihnen der stellvertretende Minister für Staatssicherheit Gerhard Neiber (1929–2008), wiesen die »Rückführung von »Renegat« in die DDR« an.¹¹⁴ Die Stasi sollte Falkenstein entführen.

Um diesen Plan umsetzen zu können, wurde das Auspähen von Falkensteins Alltag intensiviert. Speziell ausgebildete Agenten wurden nach Oberbayern und nach München geschickt mit dem Auftrag auszukundschaften, wann und wie Falkenstein zwischen seinem Wohnort und seiner Arbeitsstelle pendelte, welchen Freizeitaktivitäten er regelmäßig nachging und wer zu seinem Freundes- und Bekanntenkreis zählte.¹¹⁵ Parallel dazu wurde ein konkreter Entführungsplan entworfen. Dazu band die Stasi die Bundesbürgerin Edith Strauch ein. Strauch war 1956 aus der DDR in die Bundesrepublik gegangen und arbeitete seit 1971 als IM »Regina Berger« inoffiziell für die Staatssicherheit.

MfS/BV/Verw. HA I/Äuß. Abwehr
Diensteinheit Unterabteilung 1
Mitarbeiter Schindler

Berlin, den 08. April 1982

XVIII 3563/85

Reg.-Nr. XVIII 660/82

BSTU
014

Beschluß

über das Anlegen des TOV 1 zum ZOV "Verräter"

~~eines Operativen Vorganges~~

- 1. Deckname "Renegat"
- 2. Tatbestand §§ 97, 110, 254 u.a. des StGB

eines Ermittlungsverfahrens

(nur bei Ermittlungsverfahren ohne Haft / gegen Unbekannt / bei Übernahme von anderen Organen)

- 1. Tatbestand

eines Vorganges über Feindobjekt

- 1. Bezeichnung des Objektes

eines Sicherungsvorganges

Gründe für das Anlegen:

Gegenstand des TOV 1 "Renegat" ist die operative Bearbeitung des ehemaligen Hptm. der GT der DDR Falkenstein, Jörg, geboren am [redacted], welcher am [redacted] 1981 in die BRD fahnenflüchtig wurde. Nach der erfolgten Fahnenflucht übte der Falkenstein gegenüber imperialistischen Geheimdiensten umfangreichen Verrat und lieferte diesen gegnerischen Stellen geheimzuhaltende Dokumente aus, die er sich zum Zwecke der Auslieferung angeeignet hatte. Durch die schwerwiegenden und umfangreichen Verratshandlungen des Falkenstein wurden der DDR schwere politische und militärische Schäden zugefügt.

Schindler *Schindler* - Major -
Mitarbeiter *

Lemke *Lemke* -Obstltn.-
Leiter der Abteilung (k)

Bestätigt am: 10.4.82

vom Dieter *Dieter* -Oberst-
Stellv. Leiter der HA I

Anmerkung: * Zusätzlich Name und Dienstgrad mit Maschine bzw. Druckschrift angeben.



BSTU
323

265
6

- Nr. 30 u. 28
- Zwei etagen Doppelhaus
- Sozialbau
- Haus einseitig Hofseite



267
8

BSTU
325



Hof



4 Briefkästen
der Mieta Nr. 30

IM »Regina Berger« kundschaftete eine Strecke zwischen dem oberbayerischen Wohnort Falkensteins und einer geheimen Grenzschleuse bei Mödlareuth (Thüringen) aus, auf welcher Falkenstein in die DDR gebracht werden sollte. Dazu fuhr sie die Strecke mehrmals ab und dokumentierte u. a. zulässige Höchstgeschwindigkeiten, Verkehrseinschränkungen, Umleitungen, Baumaßnahmen sowie Fahrzeiten und Verkehrsdichte zu verschiedenen Zeiten.¹¹⁶

Der Entführte sollte mithilfe sogenannter »Containerfahrzeuge« transportiert werden. In diesem Fall war das ein Pkw von westdeutschen Besitzern, dem »IM-Ehepaar Emmerich«. Ihr Auto wurde in Ost-Berlin von Stasi-Technikern mit Verstecken für Personen ausgestattet. Außerdem wurde auch der Stasi-Agent »Achim Helbig«, der Falkensteins Wohnort und Lebensumstände schon mehrfach im Auftrag der HAI ausspioniert hatte, nach Bayern geschickt zur »Auswahl eines geeigneten Ortes zum Habhaftwerden von »Renegat«.«¹¹⁷

Ein Jahr später, im Juni 1986, waren die Vorbereitungen weitgehend abgeschlossen und ein konkreter Plan lag vor: Ein Stasi-Offizier, vier Stasi-Agenten und -Agentinnen sowie IM »Regina Berger« sollten als Pärchen getarnt auf einem Zeltplatz für »etwa 1 Woche stationiert« werden. In dieser Zeit sollten Falkensteins tägliche Wege überwacht werden, um ihn »zu einem günstigen Zeitpunkt aufzugreifen«. Das Entführungsoffer sollte betäubt und dann mit dem präparierten Pkw über die zuvor erkundete Strecke in die DDR gebracht werden.¹¹⁸

Trotz der aufwändigen Planungen und Vorbereitungen landeten die Entführungspläne letztlich aber in der Schublade. Mitte Juli 1986 entschied Gerhard Neiber, dass eine »Holung des »Renegat« in die DDR« aufgrund der »politischen und operativen Lage nicht möglich und vertretbar« sei. Es sei aber weiterhin richtig, dass »Renegat« zur Verantwortung gezogen werden müsse und dafür seien »Vorraussetzungen zu schaffen, diese Zielstellung im Operationsgebiet zu realisieren«.¹¹⁹ Welches Ziel der stellvertretende Stasi-Minister damit konkret meinte, geht aus den eingesehenen Akten nicht hervor.

Unklar bleibt auch, warum genau die Staatssicherheit den Entführungsplan verworfen hat. Jedoch könnte der geplante Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik 1987 hinter der Chiffre »politische Lage« stehen. Die



Stasi wollte möglicherweise nicht riskieren, durch eine derart spektakuläre Geheimdienstaktion die deutsch-deutschen Beziehungen zu belasten. Im vorliegenden Fall kam womöglich erschwerend hinzu, dass Falkensteins Alltag und Lebensumstände trotz des immensen Überwachungsaufwands letztlich nur unvollständig ausgekundschaftet werden konnten.

Wer aber waren die Agentinnen und Agenten, die von der Stasi in die Bundesrepublik geschickt wurden, um Fahnenflüchtige auszuspionieren, zu entführen oder gar zu ermorden?¹²⁰ Am Beispiel des hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeiters im besonderen Einsatz »Achim Helbig«, der u. a. auf Jörg Falkenstein angesetzt und in die Entführungspläne involviert war, soll ein Blick auf die Agenten der Stasi geworfen werden, die vor allem Deserteuren in der Bundesrepublik nachstellten.



> Von IM »Regina Berger« im Auftrag der Stasi angemietete konspirative Wohnung in Eltingen.
Ohne Datum (Ausschnitt)
BArch, MfS, AIM 24892/91, Beifügung, Bd. 1, Bl. 55 (bearbeitet)

»Achim Helbig«, mit bürgerlichem Namen Andreas Hartleb, kam 1959 zur Welt, erlernte nach der Schule einen landwirtschaftlichen Beruf und leistete ab Mai 1978 als Unteroffizier einen dreijährigen Wehrdienst bei den Grenztruppen. An der Unteroffizierschule in Perleberg wurde er zum Diensthundeführer ausgebildet und fiel den dort stationierten Offizieren der HA I wegen seiner körperlichen und psychischen Eignung und seiner politischen Haltung positiv ins Auge. Diese Stasi-Offiziere waren in der Unteroffizierschule Perleberg stets auf der Suche nach besonders geeigneten Kandidaten für das MfS.

Im August wurde »Helbig« von einem als Grenzsoldat getarnten Stasi-Offizier angeboten, zum Grenzaufklärer ausgebildet zu werden.¹²¹ Grenzaufklärer waren besonders zuverlässige Grenzsoldaten, die das außerhalb der Grenzsicherungsanlagen liegende Gelände allein betreten und aufklären durften. Helbig schloss diese

Schulung erfolgreich ab und wurde anschließend in eine Spezialeinheit der HA I versetzt, in die Einsatzkompanie. Diese Einsatzkompanie war eigens zur Bekämpfung von Gewalt- und Terrorverbrechen sowie Fahnenfluchten gegründet worden. Getarnt als Grenzkompanie des Grenzregimentes 42 war sie in Schulendorf am südöstlichen Stadtrand von Berlin stationiert. Gegenüber Außenstehenden wie der Familie musste »Achim Helbig« behaupten, dass er Gruppenführer bei den Grenztruppen in Schulendorf sei. Im Geheimdienst-Jargon wurde eine solche Tarnung »Legende« genannt. Niemand durfte erfahren, dass er für die Stasi tätig war.¹²²

Ab diesem Zeitpunkt wurde er für Einsätze im sogenannten Operationsgebiet, also der Bundesrepublik, ausgebildet und dazu in geheimdienstlichen Methoden geschult. Dazu zählten die Funkausbildung, der Umgang mit Geheimschriften und das Dechiffrieren. Er erlernte die Arbeit mit Toten Briefkästen, also gut

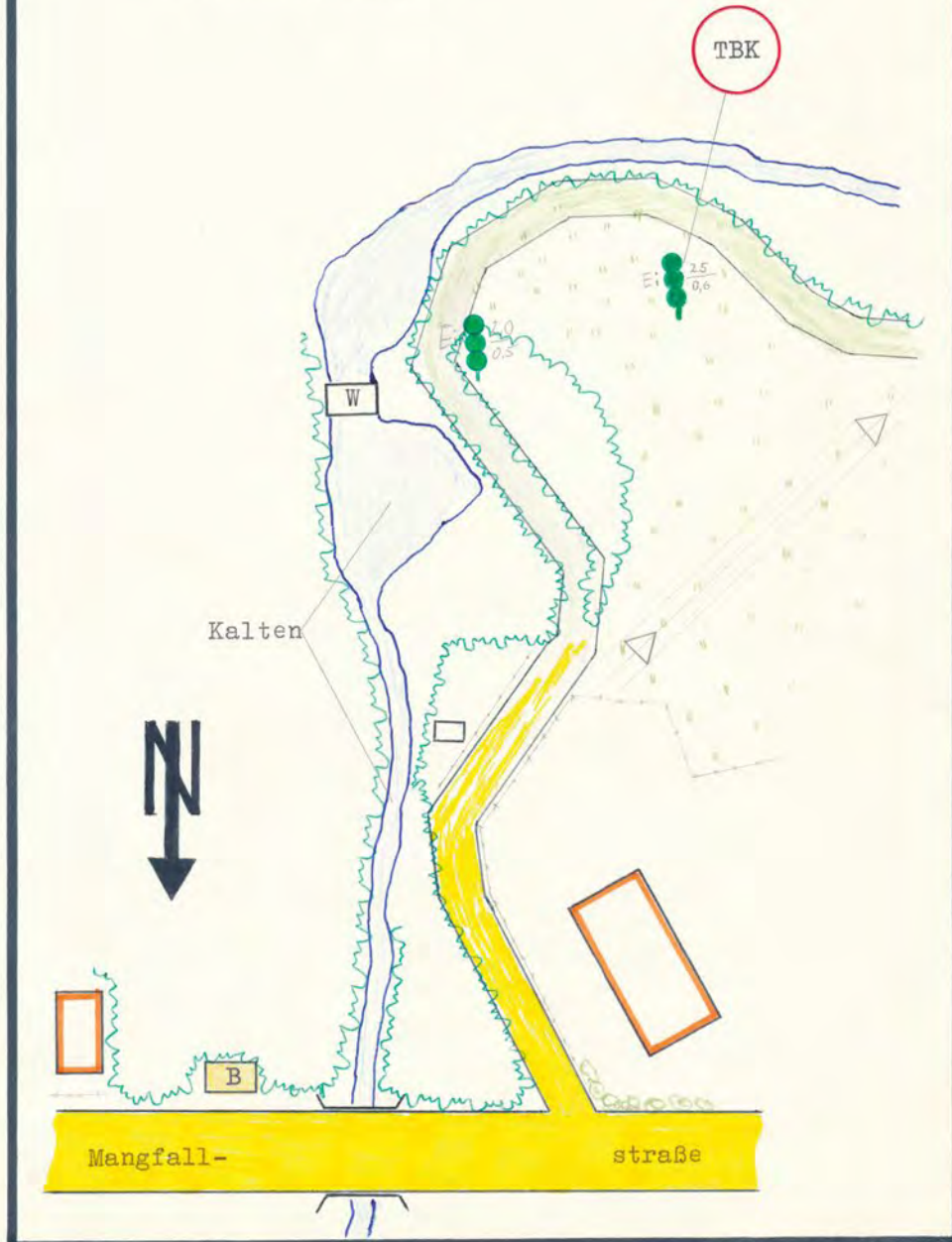
176

BStU
000041

allgemeine Lage und Umgebung

ohne Maßstab

Rosenheim; Bayern



> Von »Achim Helbig« in Rosenheim angelegter Toter Briefkasten (TBK). Auf der Skizze vermerkte er wichtige Wegmarken, wie ein Wehrhäuschen (W) und eine Haltestelle der Stadtbuslinie (B), o. D. um 1987/88
BArch, MfS, AIM 24892/91, Beifügung, Bd. 1, Bl. 41

BStU
000045

ABO

ESP: unmittelbar an der Kalten



Blick zum Wehrhäuschen (Orientierungspunkt)

ESP: teilweise befestigter Feldweg



Blick zur einzelnstehenden Eiche / TBK

Hauptabteilung I
Abt. Äußere Abwehr

Berlin, 13.10.1988

BStU

000034

bestätigt:

1. Stellv. d. Ltr. der HA I

G
Dietel
Generalmajor

Plan
der Maßnahmen zur Entsendung des IM-Paares "Achim Helbig",
XVIII 3095/79 und "Franziska Roth", XVIII 1994/80, in
das Operationsgebiet BRD vom 27.10.88 bis 04.11.88

Es handelt sich um einen planmäßigen Einsatz im OPG BRD
im Rahmen der Bearbeitung des TV "Renegat", Reg.-Nr.
XVIII 3536/83.

Beim IM "Achim Helbig" handelt es sich um den ehrlichen,
zuverlässigen und erfahrenen Leiter der HIM-Gruppe OPG der
eigenen Dienst Einheit.
Beide IM wurden bereits mehrfach erfolgreich zusammen im
OPG zum Einsatz gebracht, dabei insbesondere im TV "Renegat".

Die IM sind in der Lage und bereit, die mit diesem Einsatz
verbundene operative Aufgabenstellung zu realisieren.

Der Einsatz erfolgt mittels operativer Reisedokumentationen
auf Doppelgängerbasis, die von den IM beherrscht werden.
Die Reise wird durch die Reisestelle der Dienst Einheit
HVA/VI-Reisestelle beraten.
Beratungstermin: 18.10.1988

Als Leiter der Einsatzgruppe wird der IM "Achim Helbig"
eingesetzt.
Die in dem OPG BRD vorgesehenen Übernachtungen werden im
operativen Quartier - KW "Pension", XVIII 1015/88 - realisiert.

Der IM "Achim Helbig" war selbst im Rahmen der Schaffung
der KW "Pension" eingesetzt, kennt diese genau sowie die im
Umfeld zu beachtenden Erfordernisse.

Zur Zielstellung des Einsatzes

- a) Aufklärung von im Prozeß der Vorgangsbearbeitung bekannt-
gewordenen neuen Anschriften und Anlaufpunkten im Frei-
zeitbereich von "Renegat"

getarnten Verstecken zur Übermittlung geheimer Nachrichten, und die Verwendung gefälschter bzw. gestohlener Identitäten, aber auch, wie man verdeckt und offen fotografiert. Eine Kampfsportausbildung, die Fähigkeit Orte und Personen unbemerkt auszukundschaften und sich den gesellschaftlichen, regionalen und sozialen Gegebenheiten des Einsatzgebietes anzupassen, um möglichst nicht aufzufallen, gehörten ebenfalls zu der umfassenden Ausbildung.

Bereits ab dem Jahr 1980 führte er erste Beobachtungs- und Ermittlungsaufträge in der Bundesrepublik durch. Ab Sommer 1981 wurde er speziell für die »Bearbeitung von Fahnenflüchtigen« ausgebildet und ihm wurde bescheinigt, er sei »willens, auch mit Mitteln der Gewalt gegen Verbrecher vorzugehen«.¹²³

»Achim Helbig« reiste in der Regel getarnt als westdeutscher Tourist, der in der DDR zu Besuch gewesen war, mit von der Stasi gefälschten Ausweispapieren in die Bundesrepublik ein. Auch dort gab er sich zumeist als Tourist aus, der z. B. zum Wandern in Oberbayern unterwegs sei.

Häufig reisten die Agentinnen und Agenten auch zu zweit, »Achim Helbig« z. B. mit IM »Franziska Roth« getarnt als Ehepaar, das gemeinsam nicht nur Falkenstein bis mindestens ins Jahr 1988 mehrfach ausspionierte, sondern auch den Deserteur Werner Weinhold, den die Stasi ermorden wollte. Im Hinblick auf das Auskundschaften Falkensteins hatte er ab dem Jahr 1984 auch häufig Unterstützung von der bereits erwähnten Bundesbürgerin Edith Strauch. Diese hatte, sehr wahrscheinlich im Auftrag der Stasi, in Eltingen (in der Nähe von Stuttgart) sowie in Rosenheim jeweils eine Wohnung erworben, in welchen die Stasi-Agenten und -Agentinnen während ihrer Spionage-Einsätze untergebracht waren, zuletzt im November 1989. Edith Strauch war aber nicht nur eine, wie es im Stasi-Jargon hieß, »Materialhinterlegungs- und Anlaufstelle«, sondern auch direkt in die Überwachungsmaßnahmen involviert: So fuhr sie die Agenten und Agentinnen in ihrem Pkw zu den Orten, die ausspioniert werden sollten, sie gab sich auch als »Tante« oder »Ehepartnerin« der Agenten aus, um deren Legenden zu stützen, oder aber sie kundschaftete selbstständig aus, wie im Fall der geplanten Entführung Falkensteins.¹²⁴

Edith Strauchs fast 20-jährige Tätigkeit für die Staatssicherheit hat nur wenige Spuren in den Stasi-Unterlagen hinterlassen. Ihre IM-Akte wurde sehr wahrscheinlich vernichtet, nur einzelne unzusammenhängende Dokumente sowie ein paar rekonstruierte Seiten sind erhalten geblieben.¹²⁵ Jedoch lassen sich in den Akten der Opfer Dokumente finden, die eindeutig Edith Strauch alias »Regina Berger« zugeordnet werden können und die ihre Verstrickungen in die Verfolgung von Fahnenflüchtigen belegen.

Nachdem die Planung zu einer Entführung Falkensteins abgebrochen worden war, konzentrierte sich die Stasi in den Jahren danach auf die Überwachung der Ehefrau, die weiterhin versuchte, mit ihren Kindern in die Bundesrepublik auszureisen. Auch Falkenstein wurde weiterhin beobachtet und verschiedene Agenten in seinen Wohnort und nach München entsandt, um über sein Leben und seinen Werdegang informiert zu bleiben. So wurde u. a. ein als Klempner tätiger Bundesbürger, der als inoffizieller Mitarbeiter für die Stasi arbeitete, noch mehrfach in die oberbayerische Gemeinde geschickt, um mit Falkenstein Kontakt zu knüpfen. Doch dieser Versuch scheiterte ebenso wie der von der Stasi eingefädelt Besuch von Falkensteins Schwiegervater Anfang des Jahres 1989, der den Deserteur überzeugen sollte, doch noch in die DDR zurückzukehren.¹²⁶ Erst am 27. November 1989 legte die Stasi den Fall endgültig zu den Akten mit der lapidaren Begründung »Klärungsmöglichkeiten erschöpft«. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Akte auf 14 Bände mit mehr als 4 200 Seiten Papier angewachsen.

MSt





»Sportverräter«

> Fußball-Europapokal der Landesmeister: BFC Dynamo gegen den Hamburger SV. 15.9.1982
BArch, Bild 183-1982-0915-037, Fotograf: Mittelstädt, Rainer



> Gründungskonferenz der SV Dynamo am 27.3.1953 im Gesellschaftshaus Berlin-Grünau mit Erich Mielke als 1. Vorsitzenden.
BArch, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2300, Bild 6

Der ZOV »Sportverräter« – Sportlerfluchten aus der DDR

Für die noch junge DDR nahm der Sport bereits zu Beginn der 1950er-Jahre eine wichtige Funktion ein. Das SED-Regime war davon überzeugt, durch sportliche Erfolge eine Identifikation mit dem neuen Staat und dem sozialistischen System herstellen zu können. Besonders bei Jugendlichen würde, so die Überzeugung der SED, jeder Sieg einer DDR-Sportlerin und eines -Sportlers zur »Festigung des Klassenbewusstseins« beitragen. Entscheidend dabei war,

dass die sportlichen Leistungen nicht als individuelles Verdienst, sondern als ein gemeinsamer, planbarer sozialistischer Erfolg betrachtet wurden.¹²⁷ Sport hatte deshalb eine große politische Bedeutung in der DDR.

Der Wunsch nach nationaler und internationaler Anerkennung stellte das SED-Regime vor sportliche und ideologische Herausforderungen. Denn für die gewünschten Erfolge mussten die Sportlerinnen und Sportler an Wettkämpfen im kapitalistischen Ausland teilnehmen. Die bei dortigen Wettkämpfen entstehenden westlichen Kontakte galten für SED und Stasi als »geistige Gefahrenquelle«, stets eng verbunden mit

der Furcht vor einer steigenden Anzahl von Fluchten in den Westen. Der Prestigeverlust, der durch Fluchten entstand, wog in den Augen der SED oft schwerer als der Verlust der erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler und ihrer Medaillen.

Die Stasi wollte deshalb genau über die Ansichten und Überzeugungen der Sportlerinnen und Sportler informiert sein. Dazu nutzte sie typische geheimdienstliche Mittel wie die Observation, die Überwachung des persönlichen Umfelds – meist durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern –, die Kontrolle der Post oder das Abhören von Telefonaten. Zuständig für die Überwachung von Sportlerinnen und Sportlern war in der Berliner Stasi-Zentrale die Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«) sowie in den einzelnen Regionen die Stasi-Bezirksverwaltungen mit der jeweils nachgeordneten Abteilung XX. Durch die umfassende Überwachung der Athletinnen und Athleten sollten bereits im Vorfeld vermeintliche oder tatsächliche Abwerbungen durch das westliche Ausland und die Bundesrepublik verhindert werden. Die Stasi wollte diese Art der Kontakte auch deshalb unterbinden, damit Trainingsmethoden geheim blieben und bei geglückter Flucht eventuelle sportmedizinische Untersuchungen durch westliche Sportmediziner keinen Dopingverdacht belegen konnten.¹²⁸

Im November 1961, einige Monate nach dem Bau der Mauer, erteilte Generalleutnant Bruno Beater (1914–1982), der 1. Stellvertreter des Stasi-Ministers Erich Mielke (1907–2000), die Weisung, DDR-Sportlerinnen und -Sportler systematisch zu erfassen und zu überwachen. Hierfür legte die Stasi einen ZOV, einen sogenannten Zentralen Operativen Vorgang, mit dem Namen »Sportverräter« an, denn als solche betrachtete die Stasi flüchtige Sportlerinnen und Sportler, als Verräter des sozialistischen Staats. Das Besondere: In einem ZOV wurden mehrere »Teilvorgänge« zu unterschiedlichen Personen angelegt und nicht wie sonst üblich pro Person ein separater Stasi-Überwachungsvorgang.

Im ZOV »Sportverräter« wurden bis Mai 1987 in 50 Teilvorgängen insgesamt 63 Sportlerinnen und Sportler »bearbeitet«. Das oberste Ziel des ZOV bestand

darin, den politischen und gesellschaftlichen Schaden der Fluchten für die DDR zu minimieren. Dazu zählte der Versuch der »Rückgewinnung«, d. h., dass die Stasi die Geflüchteten bis zu ihren neuen Wohnorten in der Bundesrepublik verfolgte, um sie zu einer Rückkehr zu bewegen. Ebenso wichtig war es, den konkreten Ablauf der Flucht zu rekonstruieren und Helfende zu identifizieren, um ähnliche Fluchten zu verhindern. Zudem wurden die sogenannten Rückverbindungen, also die Kontakte zu den Familienmitgliedern in der DDR, systematisch überwacht.

Es wäre naheliegend, dass die Fluchtgründe der Sportlerinnen und Sportler die gleichen waren, die auch die drei Millionen DDR-Bürgerinnen und -Bürger dazu bewegen hatten, ihren Staat während seiner 40-jährigen Existenz zu verlassen: die politische Bevormundung und Gängelung durch das SED-Regime, die mangelnden individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, die verweigernde Meinungs- und Reisefreiheit sowie die wirtschaftlichen Mangelverhältnisse und das Modernisierungsdefizit.

Tatsächlich traf nur ein Teil dieser Fluchtgründe auf sie zu, denn die Mauer stand für die Sportlerinnen und Sportler einen kleinen Spaltbreit offen. Sie konnten bei internationalen Wettkämpfen durchaus auch ins nicht-sozialistische Ausland reisen. Dennoch gab es auch innerhalb des Leistungssportsystems unterschiedliche Gründe, sich nach einem Leben im Westen zu sehnen.¹²⁹

Seit den späten 1960er-Jahren wurde in der DDR streng darauf geachtet, den Sportnachwuchs ideologisch zu formen. An den dafür vorgesehenen Kinder- und Jugendsportschulen erfolgte eine systematische Auslese der Talente, nicht nur aufgrund von sportlichem Können, sondern auch nach politischen Kriterien, die die Familie und das unmittelbare Umfeld mit einbezogen. Dadurch sollte jedweder oppositionelle Geist von den angehenden Spitzensportlerinnen und -sportlern ferngehalten werden. Ein wichtiger Baustein in der Sportförderung bestand aus diesem Grund auch in der privilegierten Behandlung bei der materiellen Versorgung und den späteren Ausbildungschancen.

BStU
000007

Hauptabteilung XX/3

Berlin, 9. 4. 1974
juS a c h s t a n d s b e r i c h tzum Zentralen Op.-Vorgang "Sportverräter - Reg. Nr. 11673/61"

Auf Weisung des 1. Stellvertreters des Ministers, Genossen Generalleutnant BEATER wurde am 29. 12. 1961 der Zentrale Op.-Vorgang "Sportverräter" angelegt, um alle abgeworbenen und republikflüchtigen Sportler, Sportfunktionäre, Ärzte und Masseure in einem einheitlichen Vorgang planmäßig und zielstrebig zu bearbeiten.

Das Ziel der operativen Bearbeitung bestand von Anfang an darin,

- Gründe, Motive und Umstände der Republikfluchten
- Abwerber und deren Hintermänner
- Rückverbindungen der flüchtigen Personen in die DDR
- gegen die DDR feindlich gerichtete Handlungen der Personen

und den weiteren Entwicklungsweg der abgeworbenen und republikflüchtigen Sportler, Funktionäre u. a. im kapitalistischen Ausland, insbesondere in der BRD und in Westberlin

aufzuklären.

Der operativen Bearbeitung wurden die §§ 105, 106 und 213 StGB (neu) zugrunde gelegt.

Grundlage für den Beginn der zielgerichteten operativen Bearbeitung war der Sachstandsbericht vom 9. 12. 1961 und der entsprechende Maßnahmeplan vom 11. 12. 1961.

Hinweise auf der Rückseite beachten!

Teil I

BSTU
0177
A 475226

Passierschein

zum vorübergehenden Aufenthalt in der Sperrzone

Herr / Frau / Fr. G ün t h e r Max
(Name) (Vorname)

ist berechtigt, sich vom 19.12. bis 20.12. 1966

zum Zwecke der Rückführung des Spfr. Klaus Günther
in geb. 12.1.41 in Wartha, Krs. Eisenach
aufzuhalten.
(Ort und Kreis)

Zum Erreichen des Reisezieles ist innerhalb der Sperrzone der kürzeste Weg zu benutzen.

Der Passierschein ist nur in Verbindung mit dem Personalausweis
Nr. XIII 1109123 gültig.

Mitgeführtes Kfz., pol. Kennz.: SV 03 - 55

Leipzig den 19.12. 1966


(Unterschrift)

PM 108 (87/11) 12. 63 Ag 464/2124/63

> Passierschein für Max Günther, um seinen Sohn, den Sportfreund (Spfr.) Klaus Günther, zurückzuholen.

BArch, MfS, AOP 14309/85, Bd. 1, Bl. 177

Für Klaus Günther (Jg. 1941) war es ein Traum, in der Bundesliga zu spielen.¹³⁰ Er war Torwart der 1. Fußballmannschaft der Betriebssportgemeinschaft (BSG) Chemie Leipzig. Nach einem Cupspiel am 16. Dezember 1966 gegen Standard Lüttich in Belgien floh er auf dem Rückflug aus dem Transitbereich des Amsterdamer Flughafens. Er fuhr mit dem Zug zu seinem Onkel nach Selbach in Baden-Württemberg. Bereits am späten Abend desselben Tages zeigte ein verantwortlicher Genosse der Clubspitze, der eng mit der Stasi zusammenarbeitete und die Mannschaft auf ihrer Reise begleitet hatte, die Flucht beim zuständigen Volkspolizeiamt in Leipzig an.¹³¹

Die Nachricht über die Flucht verbreitete sich innerhalb kürzester Zeit wie ein Lauffeuer. In den folgenden Nachtstunden informierte die Volkspolizei die Stasi-Bezirksverwaltung in Leipzig, die die Flucht schließlich in einem Blitztelefonat am Morgen des 17. Dezember 1966 an die MfS-Zentrale in Berlin zum Leiter der HA XX Paul Kienberg (1926–2013) weitergab. Zu dieser Zeit ergriff die Abt. XX der BV Leipzig bereits erste Maßnahmen wegen der »Republikflucht« des Torwarts: Die Flucht sollte rekonstruiert, Rücksprachen mit Trainer und Spielern gehalten sowie eine »Aussprache« mit den Eltern geführt werden.¹³²

Das Ziel bestand darin, den Torwart zu einer »Rückkehr« in die DDR zu bewegen. Aus diesem Grund rief im Auftrag der Stasi bereits einen Tag später der verantwortliche Genosse der BSG in Selbach an. Onkel und Tante gaben jedoch vor, nicht zu wissen, wo ihr Nefte sei. Sie wussten nicht, dass das MfS über ihr wenige Stunden zuvor an die Eltern in die DDR geschicktes Telegramm mit den Worten »Junge angekommen«¹³³ informiert war.

In den folgenden Tagen konnte die Stasi erreichen, dass der Vater – in Anwesenheit des Trainers und des verantwortlichen Genossen der Clubspitze – mit seinem Sohn telefonierte, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Er sollte seinem Sohn versichern, dass er bis zum 24. Dezember 1966 straffrei wieder in die DDR einreisen könne. Doch sein Onkel war skeptisch und glaubte diesen Versprechungen nicht. Er vermutete, dass die Eltern von der Stasi unter Druck gesetzt würden und der »Rückholung« ihres Sohns nur deshalb zustimmen würden.¹³⁴

Klaus Günther schien unsicher zu sein, ob er bleiben und auf die Warnungen seines Onkels hören oder in die DDR zurückkehren sollte. So fuhr er zwar mit seinem Onkel zur Grenzübergangsstelle Wartha, doch Vater und Sohn verpassten sich. Die Stasi organisierte einen

zweiten Rückhol-Versuch: Der Vater durfte direkt nach Selbach reisen, um den Sohn vor Ort von einer Rückkehr zu überzeugen. Dafür organisierte das MfS kurzfristig für ihn und seinen Sohn Passierscheine, die der Vater bei sich hatte.

Die Stasi wusste durch ihre Überwachung viele private Details über die Sportlerinnen und Sportler und nutzte dieses Wissen aus. So ließ sie über den Vater den Torhüter wissen, dass er bei einer Rückkehr nach Leipzig sofort ein eigenes Zimmer und zusätzlich 14 Tage Erholungsurlaub erhalten würde – Wünsche, die Klaus Günther, wie die Stasi zu wissen glaubte, schon länger hatte. Obwohl Klaus Günther laut Stasi-Akten ernsthaft erwog, in die DDR zurückzukommen, blieb er letztendlich im Westen. Am 24. Dezember 1966 kehrte sein Vater ohne den Sohn in die DDR zurück.

Das MfS war mit diesem Ergebnis natürlich höchst unzufrieden. Sie überwachte die Post der Familie, insbesondere den Kontakt nach Selbach. Ab Januar 1967 legte die BV Leipzig zusätzlich einen Suchauftrag zu Klaus Günthers Onkel an – damit wäre ihr seine Einreise in die DDR sofort gemeldet worden. Die BV versprach sich, falls er, wie in den Jahren zuvor, zur Leipziger Messe kommen würde, weitere Informationen über ihn und Klaus Günther.

In den 1970er- und 1980er-Jahren hatte sich das Vorgehen von Stasi und SED bei »Sportverrätern« weiter professionalisiert. So waren bei vielen Sportveranstaltungen im westlichen Ausland nun inoffizielle Mitarbeiter der Stasi vor Ort. Sie konnten Teil der DDR-Sportdelegation sein, die u. a. aus Trainern und Trainerinnen und medizinischem Personal bestand, oder waren selbst Mitglied der Mannschaft. Die Stasi gelangte durch die begleitenden IM schnell und direkt an Informationen über die Wettkämpfe und die Sportler und Sportlerinnen.

So auch bei der Flucht der drei Handballer Henry Blatter, Fred Radig und Mario Wille des SC Empor Rostock am 9. November 1986. Vor Ort konnte sich die Stasi auf IM »Klaus« verlassen. Er war seit 1975 im Dienst der Stasi und wurde speziell als Delegationsmitglied für die Überwachung im Westen Deutschlands und im europäischen Ausland eingesetzt.¹³⁵

Unmittelbar nach der Rückkehr berichtete »Klaus« in der BV Rostock umfassend vom Ablauf der Reise und dem Abend der Flucht. Der IM resümierte am Ende des Gesprächs mit seinem Führungsoffizier, dass die Flucht für alle überraschend gekommen sei und es keinerlei Anzeichen oder Kontakte zu Fluchthelfenden gegeben habe.¹³⁶

Zum professionalisierten Vorgehen der Stasi in jener Zeit zählte, dass bei den aktiven »Rückholungen« durch Eltern oder Ehepartner und -partnerinnen die Reisen in die Bundesrepublik Deutschland nun nicht später als drei Tage nach der Flucht erfolgten. So reisten bereits am 12. November die Mütter der geflohenen Handballer nach München.¹³⁷ Die Rückholungsaktionen wurden schneller und auch organisierter angegangen, indem die Begleitung durch einen systemtreuen DDR-Rechtsanwalt erfolgte. Einerseits sollte er dem »Besuch« mehr Nachdruck verleihen und so die Zahl der Rückkehrerinnen und Rückkehrer erhöhen. Andererseits sollte er verhindert werden, dass die Angehörigen ebenfalls im Westen blieben.

Da die drei Handballer nicht mit ihren Müttern zurückkehrten, wurde Ende Januar gegen sie Haftbefehl wegen »ungesetzlichem Grenzübertritt« (§ 213 StGB der DDR) erlassen und ein offizielles Ermittlungsverfahren eingeleitet. Nach einem Monat kam es zur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, da keiner der Handballer zurückkehrte. Kaum ein halbes Jahr später wurden auch der Haftbefehl und der Fahndungsauftrag im Rahmen eines Amnestiebeschlusses aufgehoben.¹³⁸

Um die »abtrünnigen« Spielerinnen und Spieler von einer Rückkehr in die DDR zu überzeugen, instrumentalisierte das MfS oft Familienangehörige, Eltern und Verlobte. Sie wurden unter Druck gesetzt, die Geflohenen zu einer Rückkehr zu nötigen, entweder über eine Kontaktaufnahme per Brief oder Telefon. Oder die Stasi organisierte den Angehörigen kurzfristig einen Besuch am neuen Wohnort in der Annahme, dass ein persönliches Gespräch bessere Chancen für eine »Rückholung« bot. Nicht selten saßen die Angehörigen zwischen den Stühlen, aus Loyalität dem Geflohenen gegenüber und aus Angst vor den Konsequenzen in der DDR, wo die Stasi die Familien nur allzu schnell mit einer »Sippenhaft« die Konsequenzen spüren ließ.¹³⁹



Fenster der Wohnung
des GÖTZ durch
Kreise gekennzeichnet



> Der Stasi war es gelungen, die neue Adresse von Falko Götz in der Bundesrepublik herauszufinden.
20.7.1984
BArch, MfS, ZKG, Nr. 3271, Bl. 44

In einigen Fällen setzte die Stasi auf die geflohenen Sportlerinnen und Sportler im Westen auch noch im Nachhinein inoffizielle Mitarbeiter an. Diese Erfahrung machten u. a. die Fußballer Falko Götz (Jg. 1962) und Dirk Schlegel (Jg. 1961). Am 3. November 1983 flohen die Teamkameraden, die mit dem Berliner Fußball Club (BFC) Dynamo seit 1971 bereits dreimal DDR-Meister geworden waren, in den Westen. Vor dem Europapokalspiel gegen Partizan Belgrad in Jugoslawien nutzen die beiden einen Einkaufsbummel, um sich zur nahegelegenen Botschaft der Bundesrepublik in Belgrad abzusetzen und dort um diplomatische Unterstützung zu bitten. Beide konnten daraufhin in einem Nachtzug nach München ausreisen.

Die Flucht dieser beiden Spieler wog besonders schwer, weil der BFC Dynamo einerseits die »Hauptstadt der DDR« prestigeträchtig vertreten und andererseits

die Popularität des MfS bei der Bevölkerung fördern sollte.¹⁴⁰ Erich Mielke selbst war großer Fußball-Fan und 1. Vorsitzender des Clubs. Der BFC Dynamo erhielt aufgrund der politischen Erwartungen an ihn eine umfangreiche finanzielle Förderung, stand aber gleichzeitig besonders im Fokus der Stasi-Überwachung. Die Flucht der Fußballer stellte in den Augen des MfS deshalb einen gravierenden Verrat und Ansehensverlust für die DDR und die Stasi dar. Der Stasi war schnell klar, dass »durch die Massenmedien der BRD [...] der Verrat von Götz und Schlegel dazu genutzt [würde], eine Kampagne gegen das MfS [...] und die SV Dynamo im Besonderen zu führen.«¹⁴¹

Dirk Schlegel und Falko Götz war bewusst, dass das westdeutsche Medienecho auf ihre Flucht – wie bei anderen geflohenen DDR-Spitzensportlerinnen und -sportlern – groß sein würde. Auf ihre eigene

"General-Anzeiger", Bonn vom 4. 11. 1983, Seite 3

5

BStU

000008

Wieder setzten sich zwei DDR-Spitzen-Fußballer ab

Nach Stadtbummel in Belgrad kamen sie nicht zum Treff

Belgrad. (dpa) Vier Jahre nach der letzten spektakulären Flucht eines DDR-Stars haben sich wieder zwei erstklassige Fußballer aus dem anderen Teil Deutschlands abgesetzt. Die beiden Nachwuchsspieler des DDR-Meisters Dynamo Ost-Berlin, Falko Götz und Dirk Schlegel, nutzten vorgestern das Europacup-Rückspiel gegen Partizan Belgrad, um sich von ihrer Mannschaft zu entfernen und bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland um Pässe zu bitten.

Dies wurde gestern in der jugoslawischen Hauptstadt aus zuverlässiger Quelle bekannt.

Als letzter prominenter DDR-Fußballer hatte Lutz Eigendorf 1979 ein Gastspiel seines Vereins beim 1. FC Kaiserslautern zur Flucht genutzt. Auch Eigendorf, der über den 1. FC Kaiserslautern zu Eintracht Braunschweig kam und im März dieses Jahres bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückte, gehörte dem Polizei-Klub Dynamo Ost-Berlin an. Dessen Ehrenvorsitzender ist Erich Mielke, Chef des Staatssicherheitsdienstes.

auf das Fehlen seiner beiden Spieler bei der Europacup-Begegnung angesprochen, erklärte einem Reporter der jugoslawischen Zeitung „Politika“: „Über solche Spieler spreche ich nicht.“

Schlegel, ein 22jähriger Elektromechaniker, bestritt bisher zwei Länderspiele für die DDR. Götz, bei dem als Beruf ebenfalls Elektromechaniker angegeben wird, absolvierte zehn Länderspiele und wurde 23mal in der Jugendauswahl der DDR eingesetzt.

In der Vergangenheit hatten immer wieder Spitzenfußballer aus der DDR Gastspiele im Ausland zur Flucht genutzt. Vor Eigendorf waren 1975 Jürgen Nachtweih und Jürgen Pahl (beide Chemie Halle) nach einem Nachwuchs-Länderspiel der DDR im türkischen Bursa in die Bundesrepublik gewechselt.

Beide traten nach einer einjährigen automatischen Sperre in die Dienste von Eintracht Frankfurt, ehe Nachtweih 1982 für eine Ablösesumme von 1,7 Millionen Mark zu Bayern München wechselte. 1979 nutzte mit Jörg Berger ein Auswahl-Trainer der DDR ein Gastspiel der „U 21“ in Jugoslawien zur Flucht. Berger trainiert gegenwärtig die Zweitliga-Mannschaft Hessen Kassel.

Mit zwei Reisepässen Jugoslawien verlassen

Falko Götz und Dirk Schlegel setzten sich am Mittwochvormittag bei einem Stadtbummel ihrer Mannschaft im Zentrum von Belgrad ab. Als die Dynamo-Führung bei einem um 11 Uhr vereinbarten Treffpunkt das Fehlen zweier Spieler feststellte, waren Götz und Schlegel offenbar schon auf dem Weg zur Botschaft der Bundesrepublik. Nach dem Erhalt zweier Reisepässe verließen sie Jugoslawien mit unbekanntem Ziel.

Beide Spieler fehlten dann am Abend auf dem Spielerbogen des Europacup-Rückspiels, obwohl ihr Einsatz noch in den Vorschau-Berichten der Ost-Berliner Zeitungen vom Mittwoch angekündigt worden war. So wurde Götz vom „Deutschen Sportecho“ noch so zitiert: „Falko Götz, der in Berlin vom Anstoß weg die Führung erzielte, zuversichtlich: Bei aller Stärke der Partizan-Abwehr müßte das zu schaffen sein.“

Götz, ein 21jähriger talentierter Stürmer, hatte im Hinspiel gegen die Belgrader einen Treffer zum 2:0 beigesteuert, das Dynamo den Vorstoß in das Europacup-Viertelfinale sicherte. Die Ost-Berliner verloren am Mittwoch in Belgrad lediglich mit 0:1. Schlegel war als linker Verteidiger vorgesehen.

Gerüchte über eine Flucht von Götz und Schlegel waren bereits vorgestern in Belgrad umgelaufen. Dynamo-Trainer Jürgen Bogs,

1981 scheiterte Fußballer-Fluchtversuch

Aufsehen erregte im Januar 1981 ein offenbar gescheiterter Fluchtversuch von Gerd Weber. Der Auswahlspieler von Dynamo Dresden wurde vor dem Start zu einer Nationalmannschaftsreise nach Argentinien aus dem Flugzeug in Ost-Berlin heraus verhaftet und später wegen „versuchter Republikflucht“ zu einer Gefängnisstrafe von sieben Jahren und sieben Monaten verurteilt. Wegen angeblicher „Mitwisserschaft“ wurden die Nationalspieler Peter Kotte und Matthias Müller in unterklassige Mannschaften „zur Bewährung“ strafversetzt.

Sicherheit bedacht war es ihnen wichtig, die sportlichen Aspekte für ihren Schritt zu betonen. Nur allzu präsent war der Unfalltod des ebenfalls aus der DDR geflohenen Fußballspielers Lutz Eigendorf 1983, bei dem die westdeutsche Berichterstattung eine Verstrickung der Stasi vermutete, die aber nie bewiesen werden konnte. Eigendorf war auch Spieler des BFC Dynamo gewesen und hatte in der Bundesrepublik Deutschland regimekritische Interviews gegeben.

Bereits einen Tag nach der geglückten Flucht von Falko Götz und Dirk Schlegel berichtete der General-Anzeiger Bonn unter der Überschrift »Wieder setzten sich zwei DDR-Spitzen-Fußballer ab« über die beiden Sportler und stellte gleich zu Beginn des Artikels die Flucht der beiden in eine Reihe mit der von Eigendorf.

Die Stasi sammelte akribisch alle westdeutschen Zeitungsartikel über die beiden Fußballer. Das MfS wollte möglichst umfassend über ihren Neustart im Westen informiert sein. Es galt herauszufinden, ob sich eventuelle Anknüpfungspunkte für eine Rückkehr ergaben oder ob die Geflüchteten politische Gründe für die Flucht nannten.

Zeitungsartikel stellten für die Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) die Materialgrundlage für ihre konkrete Bespitzelung in Leverkusen – dem neuen Wohn- und Trainingsort der beiden Fußballer – dar. So wurden das Training bei Bayer Leverkusen, der Weg zum Verein durch die Stadt, die privaten Wohnungen und die neuen Arbeitsplätze genauestens ausgekundschaftet. Durch eigene umfangreiche Fotodokumentationen verfügte die Stasi über umfassende Informationen zur neuen Wahlheimat der Spieler in Leverkusen. Erst im Juli 1988 hörte die Stasi auf, westdeutsche Zeitungsartikel über die jungen Athleten auszuwerten.¹⁴²

Die DDR-Presse hingegen berichtete meist nur in kurzen Artikeln oder Randnotizen über die Fluchtgeschichten. Zudem setzte sie auf zwei staatlich angewiesene Gegenstrategien: Soweit es möglich war, wurden die Geflohenen zu hilflosen Opfern, die gewissenlosen Menschenhändlern zum Opfer gefallen

waren, stilisiert. Zumeist wurden sie jedoch diffamiert, geächtet und als Verräter beschrieben. So auch im Fall der beiden Fußballer, die angeblich von »Profimanagern der BRD mit hohen Geldsummen abgeworben« sein sollten und damit »ihre Mannschaft verlassen und verraten« hätten.¹⁴³

Der Systemwettkampf zwischen Ost und West führte dazu, dass der Leistungssport im innerdeutschen Konflikt nicht mehr als Verständigungsmittel diente, sondern zunehmend ein Politikum wurde. In den 1970er-Jahren fürchtete die Bundesrepublik immer mehr, dass die geflohenen Sportlerinnen und Sportler die gerade begonnene Entspannungspolitik zur DDR belasten würden. Die »Sportverräter« wurde daher nicht immer mit offenen Armen empfangen. Vielmehr wurden die Seitenwechsler in Ost und West nicht selten als Unruhestiftende gesehen.¹⁴⁴

Unmittelbar war dies im Fußball an den sogenannten Kalenderspielen zwischen der Bundesrepublik und der DDR ablesbar. Nach deren Aussetzung infolge des Mauerbaus 1961 wurden sie 1974 wieder aufgenommen. Diese bilateralen Freundschaftsspiele blieben aber ein Zankapfel.¹⁴⁵ So sagte die DDR lange im Voraus geplante Spiele kurzfristig ab – als unmittelbare Reaktion auf die Fluchten von »Sportverrättern«. Der Verständigung mit der DDR räumte die bundesdeutsche Politik dabei durchaus eine höhere Priorität ein als den individuellen Schicksalen der Sportlerinnen und Sportler.

Die intensive Stasi-Überwachung der Athletinnen und Athleten nicht nur im Training und im Wettkampfalltag, sondern auch und besonders im Privaten hinterließ viele Verletzungen und persönliche Enttäuschungen, die bis heute noch spürbar sind – etwa wenn die ehemaligen sportlichen Leistungsträger und -trägerinnen ihre Betroffenen-Akten im Stasi-Unterlagen-Archiv einsehen und erfahren, welche IM sie überwacht haben und welche »Klarnamen« dahinter stehen.

KSo





Ausreise

> Ankunft von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern im Notaufnahmelager Vilshofen (Bayern). Die Öffnung der Grenze nach Österreich durch die ungarische Regierung Anfang Mai 1989 ermöglichte DDR-Flüchtlingen die Ausreise nach Bayern. 12.9.1989
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-00012399, Fotografin: Karow, Karin

Ausreise in den Westen – Spionage für die DDR

Die Errichtung der Berliner Mauer ab dem 13. August 1961 und der massive Ausbau der Sperranlagen entlang der innerdeutschen Grenze waren für die Fluchtbe-
wegung von Ost nach West ein Wendepunkt. Rund drei Millionen Bürgerinnen und Bürger hatten bis zu diesem Zeitpunkt die DDR Richtung Westen verlassen.¹⁴⁶ Nach dem Bau der Berliner Mauer brach die Zahl der Flüchtlinge ein. Trotzdem versuchten immer wieder DDR-Bürgerinnen und -Bürger, über die stark gesicherte Grenze in den Westen zu fliehen.

Die Fluchten stellten dabei nur einen verhältnismäßig geringen Teil der Ost-West-Migration dar. Der Großteil der Menschen, die nach 1961 die DDR in Richtung Westdeutschland verließen, reisten mittels eines genehmigten Ausreiseantrags aus.¹⁴⁷ Doch was nach einem bürokratisch geregelten Weg klingen mag, bedeutete für viele Antragstellerinnen und Antragsteller häufig jahrelange Demütigung, den Verlust ihrer bisherigen Arbeitsstellen, Ausgrenzung im persönlichen Umfeld und Repression durch die Stasi bis hin zu mehrjährigen Haftstrafen.

Ab Mitte der 1970er-Jahre entwickelte sich das Stellen von Ausreiseanträgen zu einer Massenbewegung. Im Streben nach internationaler Anerkennung hatte die DDR u. a. 1975 die Schlussakte der »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE) in Helsinki unterzeichnet und damit der DDR-Bevölkerung die Grundfreiheiten zuerkannt, darunter das Recht auf Freizügigkeit. Dies und weitere internationale Verträge führten dazu, dass immer mehr DDR-Bürgerinnen und -Bürger das Recht einforderten, die DDR verlassen zu dürfen.

Die DDR schuf jedoch bis 1988 keine gesetzliche Grundlage für solche Übersiedlungen. Anträge galten mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragstellenden stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Als Reaktion auf die Zunahme der Ausreiseanträge gründete die Stasi 1976 die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) und die Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG). Ihr Hauptziel bestand in der Zurückdrängung von Ausreisebestrebungen.¹⁴⁸

Um auch über die Ausgereisten weiter informiert zu sein, suchte die Stasi in deren Kreis nach potenziellen inoffiziellen Mitarbeitern. Diese Suche gestaltete sich jedoch sehr schwierig. Einige dieser IM sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Zur Zusammenarbeit mit dem MfS bereit war z. B. Dieter Uhlmann (Jg. 1941)¹⁴⁹ bzw. IM »Feith«. Seine Eltern hatten die DDR wenige Tage vor dem Bau der Berliner Mauer verlassen, er selbst blieb dort. Anfang 1980 stellte Uhlmann einen Antrag auf Familienzusammenführung in der Bundesrepublik. Seine pflegebedürftigen Eltern hatten ihn gebeten, zu ihnen nach Bayern zu ziehen. Sein Ersuchen wurde von der DDR abgelehnt und hatte für Uhlmann persönliche Konsequenzen: Er wurde wegen »parteischädigenden Verhaltens« aus der SED ausgeschlossen und verlor seine Arbeit. Nach einer Vielzahl weiterer erfolgloser Ausreiseanträge beim Rat des Kreises Weißenfels und dem Staatsrat der DDR drohte Uhlmann, er werde sich an die UNO-Menschenrechtskommission wenden. Obwohl die Stasi an der Pflegebedürftigkeit von Uhlmanns Eltern zweifelte, befürwortete sie dann im März 1981 die Übersiedlung Uhlmanns. Wahrscheinlich weil die zuständige Kreisdienststelle zugleich den Plan entwickelte, Uhlmann als IM zu gewinnen.

Am 28. Oktober 1981 wurde er aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen und zog zu seiner Familie nach Franken. Aufgrund persönlicher Bindungen entstand bei Uhlmann jedoch schnell das Bedürfnis, für Besuche in die DDR zu reisen. Im Herbst 1982 erhielt er die Erlaubnis und die Stasi nutzte dies, um Kontakt zu ihm herzustellen. In einem ersten Gespräch zeigte Uhlmann sich einverstanden, für die Stasi Informationen über eine West-Berliner Pizzeria zu sammeln. Nach einem zweiten Treffen registrierte das MfS ihn in einem IM-Vorlauf mit dem Decknamen »Feith«. Im Juni 1983 erklärte sich Uhlmann schließlich bereit, als IM für die Stasi tätig zu werden.

In seiner Rolle als IM »Feith« war Uhlmann umtriebig. Zunächst sollte er bei seinen zahlreichen Reisen in die DDR Informationen über dort lebende Übersiedlungsersuchende sammeln. Die Stasi weitete das Aufgabengebiet Uhlmanns aber bald aus. In den Fokus rückte nun die Informationsbeschaffung zu Strukturen und Methoden von Fluchthelfenden in Westdeutschland.

102 31

BStU

000002

40177

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Der Minister

Berlin, den 18.3.1977

Vertrauliche Verschlusssache

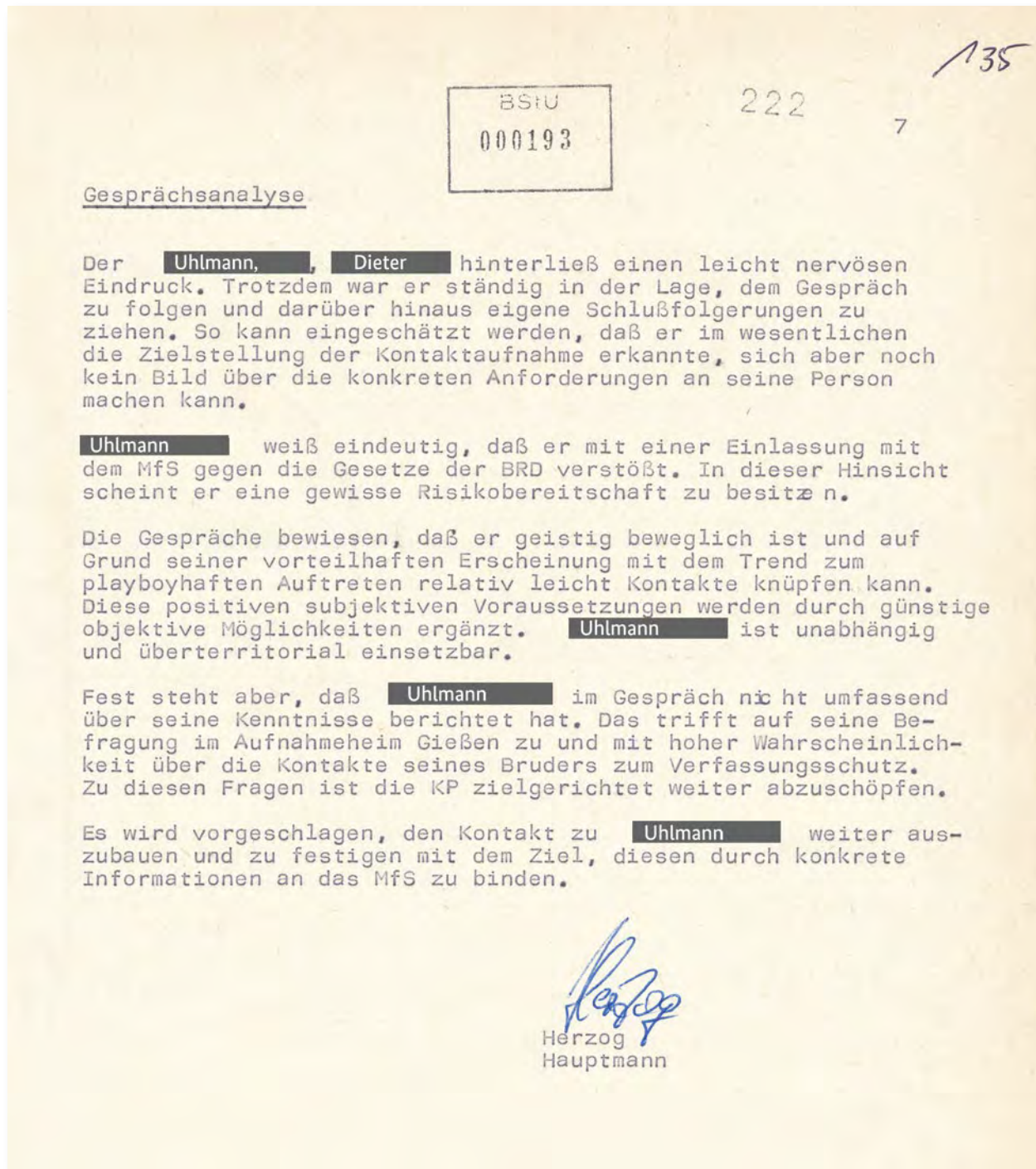
MfS 008 Nr.: 7/77

749 Ausf. 52 Blatt

B e f e h l Nr. 6 /77

zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie zur Unterbindung dieser rechtswidrigen Versuche

Der Gegner verstärkt ständig seine Bemühungen, die Lage im Zusammenhang mit der Übersiedlung von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten, insbesondere nach der BRD, sowie nach Westberlin zur Diskreditierung der DDR anzuheizen, zielgerichtet zur Organisierung der subversiven Tätigkeit auszunutzen und sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Vor allem entspannungsfeindliche, revanchistische Kreise in der BRD versuchen, unter Verdrehung der tatsächlichen Rechtslage, unter Verwendung tendenziöser, verfälschter und teilweise frei erfundener Darstellungen die DDR der Nichteinhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen und innerstaatlicher Rechtsvorschriften zu bezichtigen.



> »Gesprächsanalyse« der BV Halle nach Treffen mit der »Kontaktperson« (KP), dem Übersiedler Dieter Uhlmann. Ohne Datum
 BArch, MfS, BV Halle, AIM, Nr. 1388/88, Bd. 1, Bl. 193 (Ausschnitt)

»Feith« knüpfte aktiv Kontakte zu Personen aus der Politik und vermeintlichen »Schleuserbanden«. Er suchte die Adressen von Fluchthelfenden auf und dokumentierte ihr privates Wohnumfeld. Die Hinweise von »Feith« schätzte die Stasi als wertvoll ein, so z. B. seine Informationen über einen vermeintlichen Stützpunkt der »Lampl-Bande«, einer Fluchthilfeorganisation: »Feith« habe den »Auftrag in einer guten Qualität realisiert«.¹⁵⁰

Darüber hinaus besuchte, fotografierte und bespitzelte »Feith« im Auftrag der Stasi mehrere Flughäfen in der Bundesrepublik. Außerdem übergab er dem MfS auch technische Unterlagen aus der Bauwirtschaft und wurde zusätzlich auf rumänische Auswandererkreise angesetzt.

»Feith« handelte aber nicht nur auf Anweisung, sondern zeigte auch Eigeninitiative: 1985 stieß er in einer Zeitung auf die Annonce einer Organisation namens »Ost – West Familienzusammenführung« und schlug der Stasi vor, Kontakt aufzunehmen. Die Stasi befürwortete das Vorhaben und beauftragte ihn, weitere Informationen zu der im Raum Nürnberg–Fürth aktiven Gruppe zu beschaffen. »Feith« stellte Kontakt mit der Organisation her und fotografierte heimlich ihr Hauptquartier.¹⁵¹

Der IM behauptete gegenüber der Gruppe, er wolle eine DDR-Bürgerin heiraten, deren Übersiedlungsersuchen jedoch abgelehnt worden sei. »Feith« traf sich im Mai 1986 schließlich mit einer Kontaktperson, die ihm Unterstützung anbot. Für 15 000 DM könne sie »Feith« bei seinem Problem helfen. Tatsächlich handelte es sich bei der »Ost – West Familienzusammenführung« um eine Fluchhilfeorganisation.

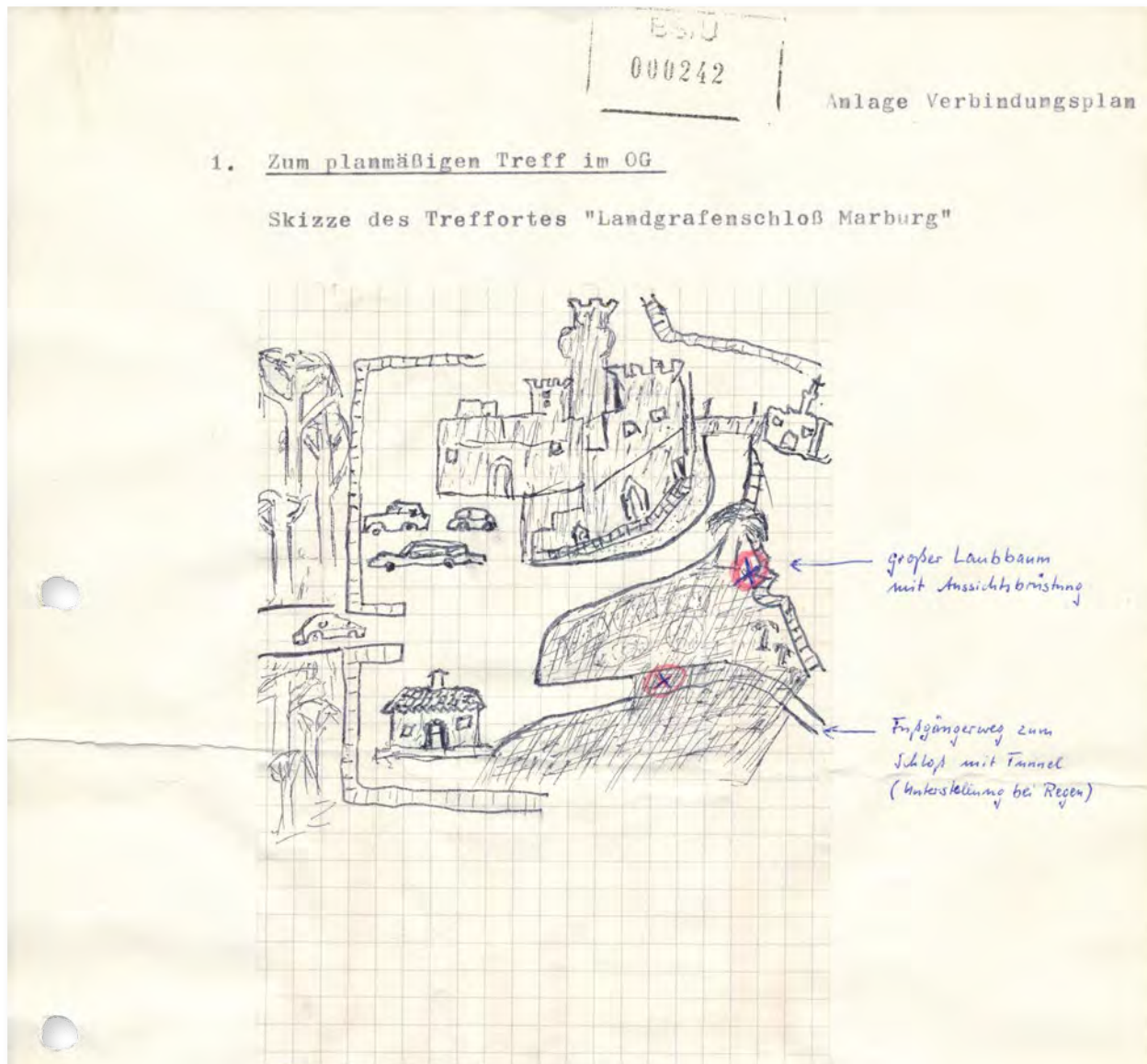
Das Verhältnis zwischen Stasi und »Feith« war jedoch nicht ungetrübt. Er bewahrte nicht immer Stillschweigen über seine geheimpolizeiliche Tätigkeit und nutzte seine Reisen zum Schmuggel schwer beschaffbarer Gegenstände in die DDR. Trotz dieser Fehltritte hielt die Stasi zunächst an ihm fest. Persönliche und finanzielle Probleme des IM nährten aber Befürchtungen, er sei für gegnerische Geheimdienste leicht ansprechbar. Tatsächlich trat das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) auch an ihn heran. Obwohl »Feith« der Stasi bereitwillig von den Treffen mit dem LfV berichtete, leitete sie Überprüfungen ein, kontrollierte seine Post und beriet 1987 darüber, einen IM auf ihn anzusetzen.

Die Überwachung des eigenen Spitzels ging so weit, dass die Stasi »Feith« abhörte: Bei einer DDR-Reise im November 1987 brachte das MfS ihn in einem entsprechend präparierten Hotelzimmer unter. Das Interesse westdeutscher Sicherheitsbehörden führte schließlich dazu, dass die Stasi die mehrjährige Zusammenarbeit mit »Feith« beendete. Als Grund nannte sie in der Entpflichtungserklärung von 20. November 1987 eine Gefährdung der »persönlichen Sicherheit«¹⁵² des IM »Feith«.

Die steigende Anzahl genehmigter Übersiedlungen Anfang der 1980er-Jahre eröffnete der Stasi die Möglichkeit, unauffällig Informanten in die Bundesrepublik zu schleusen. Ein Beispiel dafür war das Ehepaar Kanyarukiga: Samuel Kanyarukiga (Jg. 1952), tansanischer Staatsbürger, musste die DDR 1980 nach dem Abschluss seines Studiums an der Karl-Marx-Universität Leipzig verlassen. Er zog zunächst nach West-Berlin und im September 1981 nach Gießen, wo er eine Anstellung am Institut für Bodenkunde der Justus-Liebig-Universität Gießen fand. Im Dezember 1981 folgte ihm seine Ehefrau, die Pädagogin Dr. Christina Kanyarukiga (Jg. 1950), getarnt als Übersiedlerin. Dass eine hochqualifizierte Fachkraft wie sie die DDR auf legalem Wege verlassen durfte, war äußerst ungewöhnlich und wäre ohne Unterstützung der Stasi undenkbar gewesen. Bei Kanyarukiga handelte es sich um eine Anhängerin des SED-Regimes. Sie war Parteimitglied und seit 1977 aus Überzeugung als IM »Swantje« tätig. 1980 entwickelte die Stasi den Plan, »Swantjes« Partner Samuel Kanyarukiga zu werben. »Swantje« unterstützte die Stasi dabei: mit Erfolg. Er arbeitete fortan unter dem Decknamen »Sala« für die Stasi. Ein Jahr später heiratete das Paar.

Die Übersiedlung »Swantjes« erfolgte in enger Abstimmung mit der Stasi. Die Abt. XV der BV Leipzig ließ sich vom Auslandsgeheimdienst HV A beraten, wann »Swantje« den Antrag auf Ausreise stellen und wie sie diesen begründen sollte.¹⁵³ Nichts sollte dem Zufall überlassen werden. »Swantje« und »Sala« bekamen den Auftrag, an der Universität Gießen »Stützpunktarbeit« zu betreiben: Sie sollten zum einen Informationen aus ihren Fachbereichen sammeln, zum anderen aber unter Mitarbeitenden und Studierenden Kontakte knüpfen, um potenzielle »Hinweispersonen« zu finden, die dann selber als IM angeworben werden konnten. Neben der Suche nach solchen »Spitzenquellen« bestand das Ziel darin, selber wichtige Positionen in ihren Fachbereichen zu übernehmen.

»Swantje« und »Sala« profitierten auf verschiedene Arten von der Stasi. Anfangs half das MfS dem Paar bei bürokratischen Hürden, beispielsweise kümmerte es sich um eine kurzfristige Verlängerung von »Salas« Aufenthaltstitel in der DDR bis zur Ausreise nach West-Berlin. Es beschaffte auch die für die Hochzeit notwendigen Unterlagen über die Botschaft der DDR in Daresalam. Die beiden IM erhielten nach der Übersiedlung



> Skizze des Treffortes von IM »Swantje« und IM »Sala« mit einer Verbindungsperson des MfS auf dem Gelände des Landgrafenschlosses im hessischen Marburg (Ausschnitt)
BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 1849/91, Bd. 2, Bl. 242 (Ausschnitt)

finanzielle Zuwendungen in Form von Geldzahlungen, der Übernahme von Reisekosten oder der Finanzierung des Führerscheins.¹⁵⁴

Diese großzügigen Unterstützungen dienten dazu, »Swantje« und »Sala« den Start bzw. Aufenthalt in der Bundesrepublik zu erleichtern. Denn vielen Übergesiedelten fiel es schwer, dort Fuß zu fassen und eine passende Arbeit zu finden, weshalb sie häufig finanzielle Probleme hatten. So auch »Swantje« und »Sala«, denen beiden nicht die erhoffte Karriere gelang. Die Unterstützung der Stasi war keinesfalls selbstlos, denn sie hatte großes Interesse, die IM im »Operationsgebiet« zu halten. Als »Sala« aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten wiederholt mit dem Gedanken spielte, nach

Tansania zurückzukehren, bezeichnete die Stasi diese Überlegungen als »Unsinnigkeit«,¹⁵⁵ die es ihm auszutreiben gelte. Der MfS-Verbindungsoffizier der Eheleute sollte gewährleisten, dass das Paar seinen Aufenthalt im »Operationsgebiet« möglichst lange fortsetzte.

In Gießen sammelte »Sala« Informationen über sein akademisches Umfeld. Er erzählte der Stasi von Forschungs- und Exkursionsgruppen, übergab ihr Studienberichte und Protokolle wissenschaftlicher Veranstaltungen. »Swantje« berichtete anfangs über ihre Erfahrungen im Notaufnahmelager Gießen und später von ihrer Arbeit als Journalistin. Sie baute Kontakte in die Geschichtswissenschaft und die Medienlandschaft auf und lernte dabei auch Guido Knopp kennen.¹⁵⁶ Ausgehend von den



> Fotos des Treffortes.
Ca. Mitte der 1980er-Jahre
BArch, MfS, BV Leipzig, AIM,
Nr. 1849/91, Bd. 2, Bl. 243

Berichten, die »Swantje« und »Sala« an das MfS lieferten, fertigte die Stasi umfangreiche Personendossiers an, in denen sie auch die »Brauchbarkeit« von Personen als zukünftige Informationsquellen einschätzte.

Die Informationen, die das Paar lieferte, waren aus Sicht der Stasi letztlich jedoch enttäuschend. Beide konnten keine potenziellen IM präsentieren und selbst auch keine aus Stasi-Perspektive wichtigen Funktionen oder Ämter einnehmen. Im Juli 1988 kam es schließlich zum Ende der Zusammenarbeit. Da »Sala« mangels Perspektiven nach Tansania zurückkehren wollte, trennte sich das Paar. Zugleich fand zwischen »Swantje« und der Stasi ein Bruch statt. Das ihr unterbreitete Angebot, zurück in die DDR zu ziehen, wollte sie nicht annehmen. Darüber hinaus lehnte sie auch die Aufgabe, Kontakte

zu rechten Kräften in der Bundesrepublik zu suchen, aus politischer Überzeugung ab. Die Stasi beendete wegen fehlender gemeinsamer Grundlage daraufhin die Arbeit mit »Swantje«. Anfängliche Pläne, »Sala« in Tansania einzusetzen, wurden nicht realisiert, weil die Stasi bei »Sala« einen »starken Motivationsverlust«¹⁵⁷ feststellte. So scheiterte die Zusammenarbeit der Stasi mit den einst überzeugten Anhängern des SED-Regimes schließlich an deren zunehmender Entfremdung von den politischen Verhältnissen in der DDR.

RHo





Notaufnahmela- ger

> Flüchtlinge vor den Baracken des Notaufnahmela-
gers Gießen. 19.3.1950
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, B 145 Bild-F000062-3104,
Fotograf: Arntz, Helmut

Feindobjekt Flüchtlingslager – die Stasi in Uelzen und Gießen

Die Notaufnahmelager in Uelzen (Niedersachsen) und Gießen (Hessen) zählten zu den größten Überwachungsprojekten der Stasi in der Bundesrepublik. Flüchtlinge, die illegal die DDR verließen, und Übersiedelnde, die offiziell über einen Ausreiseantrag ausreisten, mussten hier eine Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik beantragen. Beide Aufnahmeeinrichtungen galten für die Staatssicherheit als feindliche Objekte – die Stasi-Offiziere nannten sie »Filterorgane des Adenauerregimes«, »Instrumente der psychologischen Kriegsführung« oder »Werkzeuge zur Herbeiführung einer Massenflucht«.

Doch was genau störte die Geheimpolizei der SED an diesen Einrichtungen? Warum beschäftigte sie sich fast obsessiv mit ihnen? Drei Aspekte machten die Lager in Gießen und Uelzen für Stasi-Offiziere interessant: Einmal kamen hier Menschen zusammen, die der DDR den Rücken gekehrt hatten. Aus Sicht der SED und der Staatssicherheit handelte es sich um »Republikflüchtige« – und damit um Straffällige, die – so die Unterstellung – von diesen Lagern aus gezielt in den Westen gelockt wurden. Zum anderen waren in den Notaufnahmelagern vor allem in den 1950er-Jahren antikommunistische Widerstandsgruppen präsent – etwa die sogenannte »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU), die mit Sabotageakten und Streikaufrufen in DDR-Betrieben von sich reden machte. Im Gießener Notaufnahmelager leitete z. B. Rudolf Kuschminder (Jg. 1922) ein Büro der KgU. Ende der 1940er-Jahre hatte er in Zwickau mit Flugblättern zum Sturz der SED-Führung aufgerufen und »Störaktionen« in Textilbetrieben organisiert. Nach seiner Flucht 1951 betrieb er in Gießen eine Betreuungsstelle für geflohene Widerständler.¹⁵⁸

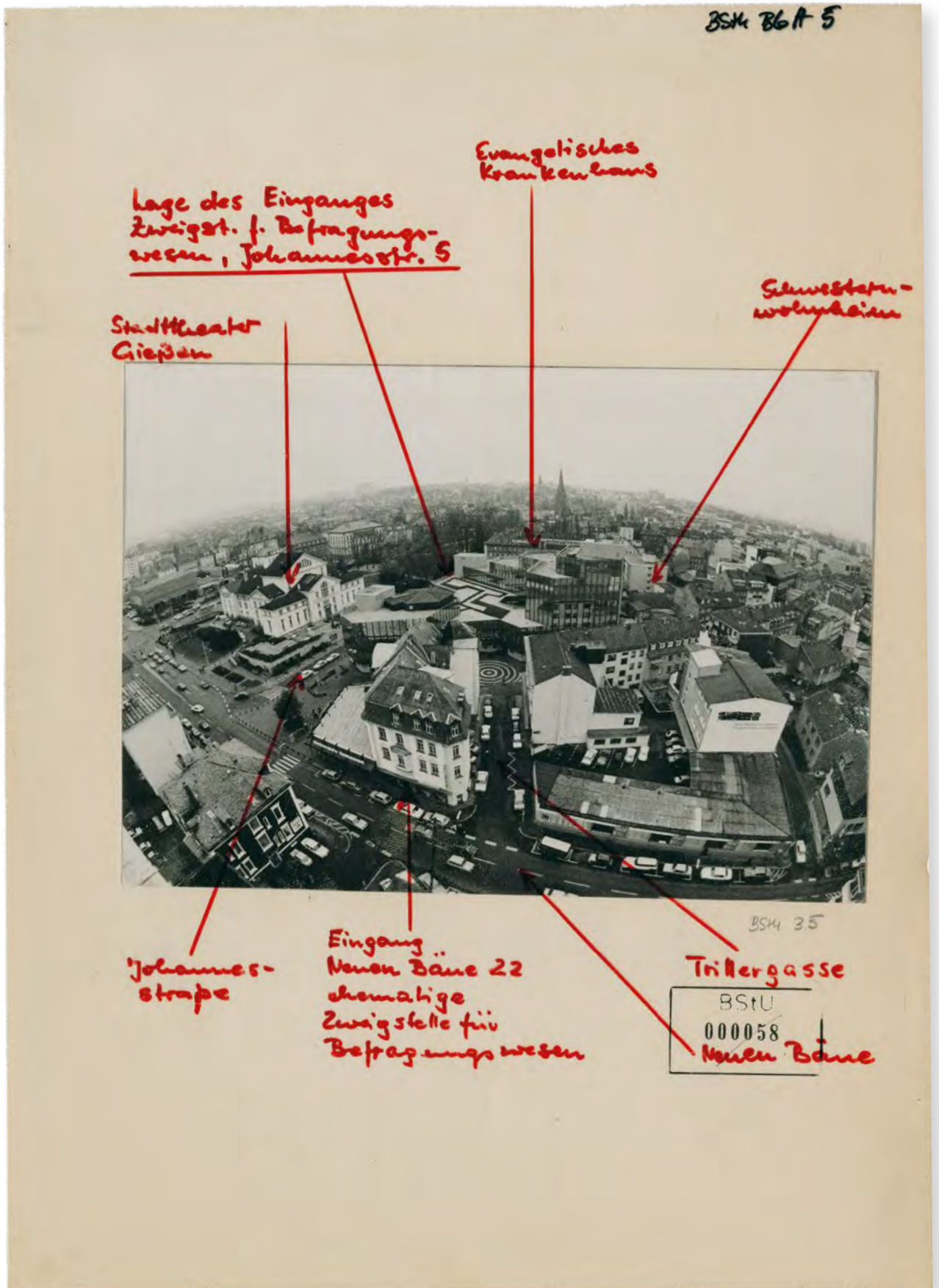
Schließlich wusste die Stasi sehr genau, dass in den beiden Notaufnahmelagern auch westliche Geheimdienste aktiv waren. Die Befragung der Geflüchteten galt für den Westen als wichtigste Quelle für die Beschaffung von internen Informationen über die DDR. Systematisch wurden die Lagerbewohnerinnen und Lagerbewohner nach Truppenstandorten, Grenzanlagen, Stimmungen in den Betrieben, Bauprojekten oder dem Zustand von Brücken und Straßen in der »Ostzone« ausgehorcht. Erste Vorgespräche fanden

meist direkt im Lager statt. Personen, die mehr wissen konnten – wie Geheimnisträger, Grenzsoldaten, Leitungskader aus Industriebetrieben oder höhere SED-Funktionäre – brachte man in sogenannte Zweigstellen für Befragungswesen. Solche geheimen Befragungsbüros der westlichen Dienste entstanden ab 1958 in allen größeren Städten der Bundesrepublik, auch in Gießen und Uelzen. Das in der westdeutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekanntes Netzwerk genoss bei Stasi-Offizieren höchste Aufmerksamkeit.

Der eigentliche Grund aber, warum sich das MfS besonders mit den Lagern Gießen und Uelzen befasste – obwohl es in der Bundesrepublik bis zum Mauerbau eine Vielzahl von Flüchtlingslagern und Geheimdienstzentren gab – war die sogenannte Notaufnahme, ein 1950 etabliertes Überprüfungsverfahren für Flüchtlinge und Übersiedelnde aus der DDR.

Ausgangspunkt dieses Verfahrens war die Entscheidung der ersten Bundesregierung im Sommer 1950, dass Ostdeutsche in der Bundesrepublik keine sofortige Freizügigkeit besaßen. Sie wurden verpflichtet, zunächst eine ständige Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. Eine solche Genehmigung zur Übersiedlung sollte ursprünglich nur Personen gewährt werden, die überzeugend darlegen konnten, dass für sie in ihrer Heimat eine nicht selbst verschuldete, politisch verursachte Zwangslage oder gar eine »Gefahr für Leib und Leben« bestand. Alle übrigen Zugezogenen wurden Anfang der 1950er-Jahre aufgefordert, möglichst rasch in ihre Heimat zurückzukehren.

Als Durchgangslager für die Notaufnahme bestimmte das Bundesvertriebenenministerium die bereits bestehenden Flüchtlingslager in Gießen und Uelzen. Sämtliche Bürgerinnen und Bürger aus der »Ostzone« mussten sich hier melden, um einen Antrag auf Notaufnahme zu stellen. In Uelzen standen dafür 3 000 Plätze in 40 Baracken zur Verfügung. Das Lager in Gießen war deutlich kleiner, hier gab es Anfang der 1950er-Jahre 14 Baracken für 740 Personen. Nach dem Mauerbau, als die Flüchtlingszahlen schlagartig zurückgingen, entschied die Bundesregierung, das Uelzener Lager zu schließen und Gießen zum alleinigen Sitz des Aufnahmeverfahrens zu machen. Das Lager besaß für diese Aufgabe die angemessene Größe und war mittlerweile modern ausgestattet. Schrittweise hatte die hessische Landesregierung seit 1955 alle



> Eines der wichtigsten Überwachungsobjekte der Stasi in Gießen: Die Zweigstelle für Befragungswesen, ein Geheimbüro westlicher Geheimdienste in der Johannesstraße
BArch, MfS, ZKG, Fo, Nr. 180, Bl. 58



Der restriktive Umgang mit Flüchtlingen aus der DDR hielt allerdings nicht lange an. Bereits Mitte der 1950er-Jahre ordneten Gerichte eine großzügigere Anwendung der Notaufnahme an. Zur besonderen Zwangslage zählten die Richter bald auch Angst und Gewissensnot. Bleiben durfte ebenfalls, wer eine »ausreichende Lebensgrundlage« vorweisen konnte. Die Aufnahmequote erhöhte sich durch diese Neuauslegungen des Notaufnahmegesetzes rasant. Im Jahr 1956 erhielten bereits 84 Prozent aller Antragstellenden eine Aufenthaltserlaubnis.

Ob enge oder erweiterte Anwendung der Notaufnahme – die Stasi interessierte sich von Beginn an für jedes Detail des Verfahrens und der dazugehörigen Verwaltung. Inoffizielle Mitarbeiter fotografierten Gebäude und Mitarbeitende der Lagerverwaltung. Sie fertigten Lagepläne an und skizzierten die Einrichtung der Büros. Die Stasi-Offiziere schickten auch Vertrauensleute als Flüchtlinge getarnt nach Gießen und Uelzen, um das Verfahren auszukundschaften. Nach ihrer Rückkehr sollten sie über jede Station im Lager Auskunft geben – von der Anmeldung, über das Gespräch vor dem Notaufnahmeausschuss bis zur Zuweisung zum neuen Wohnort. Wie erfolgte die Begrüßung? Wie war das Lager abgesichert? Welche Funktion hatten die einzelnen Gebäude? Sogar das Freizeitprogramm erschien den Offizieren relevant.



> Das Gelände des Notaufnahmelagers Gießen, von Stasi-Spitzeln fotografiert. 1960er-Jahre
BArch, MfS, HA VI, Nr. 8740, Bl. 2



> Mitarbeiter der Anmeldung im Notaufnahmelager Gießen. Die Stasi-Fotos gehören zum umfangreichen Material der Geheimpolizei über die Notaufnahmelager. Ca. 1983.
BArch, MfS, ZKG, Nr. 3407, Bl. 39

Aus den Angaben ihrer Zuträgerinnen und Zuträger rekonstruierten die Stasi-Mitarbeiter den Aufbau der Lagerverwaltung und den Ablauf des Notaufnahmeverfahrens mit Organigrammen und Schaubildern. In kurzen Steckbriefen versuchten sie, das Personal der Lagerverwaltung zu charakterisieren. »Raucht Filterzigaretten, meist grauer Anzug«, heißt es z. B. über den langjährigen Gießener Lagerleiter Heinz Dörr (1928–2020).¹⁶²

In den Blick der Geheimpolizei gerieten auch jüngere Flüchtlinge ohne Eltern, die in den 1950er-Jahren in eigenen Heimen auf dem Land untergebracht waren, etwa in Sandbostel (Niedersachsen) oder Krofdorf (Hessen). Personen, die in die DDR zurückkehrten, berichteten der Stasi über das Tagesprogramm und die Personen in diesen Jugendlagern.

Mehr als alles andere standen allerdings die westlichen Geheimdienste im Fokus. Grundrisse und Möblierung ihrer Büros in Gießen und Uelzen hielt die Stasi in zahlreichen Zeichnungen fest. Rückkehrende sollten Namen und Adressen von Geheimdienstmitarbeitern

nennen und über ihre Erlebnisse in den Zweigstellen für Befragungswesen Auskunft geben. In Gießen notierte eine Zuträgerin mehrere Tage lang, welcher Fahrer in welchem Auto wie viele Personen zu den geheimen Befragungsbüros fuhr. Als die Zweigstelle 1979 in einen Neubau der Sparkasse umzog, wurde darüber sogar der ranghohe Offizier Gerhard Neiber, ein enger Vertrauter Erich Mielkes, informiert.

Die vielen Berichte und Skizzen fanden ab 1959 Eingang in einen gemeinsamen Objektvorgang für Gießen und Uelzen, der Mitte der 1960er-Jahre bereits sieben Bände umfasste. Federführend verantwortlich war die Hauptabteilung VII/3 (ab 1983 Abteilung 4 der Zentralen Koordinierungsgruppe). Die praktische Überwachungsarbeit übernahmen die Offiziere der Bezirksverwaltungen in Suhl, Gera, Magdeburg, Halle, Schwerin und Rostock.

Da die Staatssicherheit in der Bundesrepublik nur schwer Telefonate abhören und Wohnungen konspirativ durchsuchen konnte, war sie – mehr noch als in der DDR – auf die Unterstützung von sogenannten inoffiziellen Mitarbeitern angewiesen. Diese verdeckt arbeitenden

BSTU
0044

37

Hauptabteilung VII
Abteilung 3/Ref. 1Berlin, den 30. 1. 1978
Se/PiB e r i c h tüber die Aufklärung des Hauses "Berlin-Brandenburg" im
Notaufnahmelager Gießen

Betritt man das Haus "Berlin-Brandenburg", stößt man auf den Fahrstuhlschacht. Rechts vom Fahrstuhl führt eine Treppe in den Keller und links vom Fahrstuhl geht die Treppe zum 1. Geschos. Links an dieser Treppe befindet sich ein größeres Schild, auf dem die im Haus befindlichen Dienststellen und Einrichtungen verzeichnet sind. U. a. sind angeführt:

Verfassungsschutz	Zi-Nr.	205 - 216
Befragungswesen	"	114 / 115
Selbstschutz	"	306
Verteidigung	"	312
Ostbüro SPD	"	32
Ostbüro FDP	"	7
Ostbüro CDU	"	31

Gegenüber den Eingängen zum Fahrstuhl befinden sich in allen Etagen des Hauses Warteräume für die rechts und links liegenden Dienstzimmer.

Von der Mitte des Hauses gehen rechts und links Gänge ab, wo die Dienstzimmer sind (siehe beiliegende Skizze). Das Zimmer, das vom IM unter dem Vorwand, die Möglichkeit festzustellen, über ein Konto in der DDR, das vom Vater des IM vor vielen Jahren eingerichtet wurde, zu verfügen, aufgesucht wurde, befindet sich im Haus "Berlin-Brandenburg" auf der linken Seite, im Gang links. Es handelt sich dabei um das 3. Zimmer. Insgesamt befinden sich auf jeder Seite des Ganges 5 Zimmer, die teilweise miteinander verbunden sind.

Personenbeschreibung des im genannten Zimmer tätigen Angestellten:

Geschlecht	männlich
Größe	ca. 175 cm
Figur	schlank, sportlich
Alter	ca. 38 Jahre
Haar	dunkel, Scheitel links
Sprache	hochdeutsch
Kennzeichen	Oberlippenbart
Kleidung	Korrekt, konservativ

- 2 -

Personen waren keine Angestellten des Ministeriums für Staatssicherheit, sondern freiwillige Spione. Sie erklärten sich schriftlich bereit, der Stasi regelmäßig über Personen und Ereignisse in ihrem Umfeld zu berichten. Für die Überwachung der Notaufnahmelager bevorzugte die Geheimpolizei dabei Personen, die in Uelzen und Gießen lebten, in der Lagerverwaltung arbeiteten und regelmäßig zu Verwandten oder Freunden in die DDR reisten.

Dass diese in den Augen der Stasi ideale Form der Zusammenarbeit gar nicht so einfach zu verwirklichen war, zeigt das Beispiel Uelzen. Hier forderte die Bezirksverwaltung Magdeburg von ihren Offizieren im Oktober 1959, innerhalb der Notaufnahmelager in den Abteilungen Vorprüfung, Registratur und im Vorzimmer des Leiters der Dienststelle des Notaufnahmeverfahrens gezielt nach IM zu suchen. Doch trotz eines großangelegten Maßnahmenplans war es den Offizieren bis zur Schließung des Lagers 1963 nicht möglich, IM in diesen Bereichen zu platzieren.¹⁶³

Einen kleinen Erfolg hatten die Spione aber im Februar 1958, als ein ehemaliger Mitarbeiter des Aufnahme- und Beschwerdeausschusses in Uelzen als »Geheimer Informator« gewonnen werden konnte. Als »Geheime Informatoren« bezeichnete die Staatssicherheit bis 1968 Personen, die mit der Geheimpolizei konspirativ zusammenarbeiteten und Informationen über Personen oder Organisationen zusammentrug. Hans Stoklossa, 1949 von Suhl nach Uelzen geflüchtet, erklärte sich 1958 bereit, mit der Stasi zu kooperieren. Verärgert über seine Entlassung aus dem Uelzener Lagerdienst war er 1957 in die DDR zurückgekehrt und hatte der Stasi ausführlich über seine Zeit als Gutachter und Befragter in Uelzen berichtet.¹⁶⁴

Einer seiner ersten Stasi-Aufträge bestand darin, nach Uelzen zurückzukehren, um mit seinen ehemaligen Kollegen ins Gespräch zu kommen. »Ich ging dann los, um einige Angehörige des Lagers zu treffen, ich habe mich in der Nähe des Lagers aufgehalten. Dort traf ich dann auch den Lagerleiter Paul Köhler«, so Stoklossa in seinem Reisebericht vom Februar 1958.¹⁶⁵ »Trotz zahlreicher Versuche vor dem Lager, in Lokalen und auch vor den Häusern, um dort auf Menschen aus dem Lager zu stoßen, misslang das immer wieder.«¹⁶⁶

Was so vielversprechend begonnen hatte – eine Zusammenarbeit mit einem ehemaligen Lagermitarbeiter – scheiterte schon nach zwanzig Tagen. Zwar konnten die Offiziere Stoklossa überreden, sich dauerhaft in Uelzen niederzulassen. Am 25. Februar 1958 kehrte er ganz formal nach Niedersachsen zurück. »Seit dieser Zeit«, heißt es dann aber im Abschlussbericht, »hat sich der GM (Gemeiner Mitarbeiter) nicht wieder gemeldet«.¹⁶⁷ Vergeblich versuchte die Stasi mehrere Monate lang, ihren Spion im Raum Uelzen ausfindig zu machen. Sie bat sogar seinen Bruder in Thüringen, mit ihm Kontakt aufzunehmen – alles ohne Erfolg. Einer der wenigen IM-Vorgänge für das Notaufnahmelager Uelzen musste im Oktober 1961 endgültig zu den Akten gelegt werden.

Um auch ohne Unterstützung vor Ort Einfluss auf das Lagerleben zu nehmen, blieb der Stasi nichts anderes übrig, als auf Briefe und Flugblätter zurückgreifen, die sie an einzelne Mitarbeitende der Uelzener Lagerverwaltung sendete. Ihr Ziel: Misstrauen säen und den Ruf des Notaufnahmeverfahrens schädigen. Ein von der Bezirksverwaltung Magdeburg verfasstes Flugblatt vom 8. April 1957 sollte z. B. den Eindruck erwecken, Mitarbeitende des Uelzener Lagers würden sich anonym an ihre Kolleginnen und Kollegen wenden.¹⁶⁸ Die Verfasser warfen die Frage auf, welches Ansehen die Angestellten des Notaufnahmeverfahrens haben würden, wenn sich herumspräche, dass einige leitende Mitarbeitende »eine Politik ausländischer Geheimdienste« verfolgten: »Kommen wir damit nicht alle in ein schlechtes Licht?« Diese von Geheimdiensten gesteuerten Führungskräfte hätten zudem recht häufig eine zweifelhafte Vergangenheit, behauptete das Flugblatt weiter. Sie hätten vor ihrer Flucht » »Andersdenkende« beim SSD [Staatssicherheitsdienst] denunziert«. Einer von ihnen sollte angeblich »innerhalb von drei Jahren zwei Menschen zum Selbstmord« getrieben haben, »nur damit sie ihn nicht als Schweinehund entlarven«. Leider müsse man noch anonym bleiben, heißt es am Ende des Schreibens. »Doch wir werden wieder von uns hören lassen und »dunkle Dinge« im Notaufnahmeverfahren ans Tageslicht zerren.«¹⁶⁹

Ob solche Schriften die Arbeitsabläufe im Notaufnahmelager Uelzen tatsächlich spürbar beeinträchtigen konnten, kann im Rückblick nur schwer beurteilt werden. Richtig zufrieden schien die BV Magdeburg mit dieser Aktion nicht gewesen zu sein. In ihrem Aktenvermerk vom 21. Oktober 1959 heißt es:

STUA
0159

71 AUTS
0010

Abteilung VII/2

Berlin, den 28. Januar 1958

Für den GM "....."
gefertigt:

(N ü c h t e r)
Unterleutnant

Bestätigt:

Berlin, den 1958

Abteilungsleiter

H. Köhler

(B ö h m)
Oberstltn.

1. A u f t r a g

Sie erhalten den Auftrag, am 1. Februar 1958 mit dem D - 64 um 9.57 Uhr ab Berlin in Richtung Hamburg zu fahren. Dieser Zug trifft planmäßig um 14,15 Uhr in Büchen ein. Hier verlassen Sie den Zug und fahren mit dem Anschlußzug 14.28 Uhr nach Lüneburg, wo Sie planmäßig 14.58 Uhr ankommen, hier haben Sie um 15.12 Uhr Anschluß nach Uelzen, wo Sie 15.41 Uhr fahrplanmäßig eintreffen. Sie haben folgendes in Uelzen zu erledigen:

1. Sie suchen den M ü l l e r , [REDACTED], Uelzen, [REDACTED] [REDACTED] auf und führen mit ihm ein belangloses freundschaftliches Gespräch mit dem Ziel, folgendes in Erfahrung zu bringen:
 - a) Ist Ihre Rückkehr in die DDR in Uelzen bekannt?
 - b) Hat der M. Verbindungen in die DDR ?
 - c) Was ist über andere Angestellte des Notaufnahmeverfahrens Neues bekannt ?
 - d) Gleichzeitig stellen Sie fest, wer noch in der [REDACTED] [REDACTED] wohnhaft ist und was über diese bekannt ist ?

> Die Stasi beauftragte Hans Stoklossa damit, nach Uelzen zurückzukehren. Januar 1958
BArch, MFS, AIM, Nr. 6882/61, Bd. 1, Bl. 159 (Ausschnitt)

Bonn, den 8. April 1957

BStU

000330

Seit Jahren stehen das Notaufnahmeverfahren und die aus diesem Gesetz geschaffenen Einrichtungen in Uelzen, Giessen und Berlin=Mariefelde im Mittelpunkt des Interesses vieler Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Entstanden ist das Notaufnahmeverfahren aus der Spaltung unseres Vaterlandes, und wir - seine Angestellten - verdanken ihr unsere Existenz.

Da aber die Vereinigung unseres deutschen Vaterlandes so bestimmt kommen wird, wie der Tag auf die Nacht folgt - und zwar ganz anders, als es sich einige hochgestellte Persönlichkeiten in unserer Bundesrepublik heute noch vorstellen - müssen wir also schlußfolgern, daß das Notaufnahmeverfahren sich eines Tages erübrigt, aber übrig bleiben wir. Und was wird dann aus uns? Auf diese peinliche Frage wurden nicht wenige unserer Angestellten im NAV erst in den letzten Märztagen vorbereitet, als ihnen die Kündigungen auf den Schreibtisch flatterten. Wer von uns möchte dann nicht gern seine Erfahrungen, sein Wissen unserem neuen deutschen Staat zur Verfügung stellen?

Ob nun der einzelne von uns oder die Gesamtheit der Angestellten des Notaufnahmeverfahrens die Möglichkeit haben werden, unserem gesamtdeutschen Staat einmal zu dienen, hängt im entscheidenden Maße davon ab, wie unser Volk im gesamtdeutschen Rahmen unsere Tätigkeit im NAV dann einschätzen wird. Es - unser Volk - wird doch die Frage stellen, diene die Tätigkeit der Angestellten des NAV der Einheit unseres Vaterlandes oder seiner Spaltung? - Wer möchte dann noch als Spalter eingeschätzt werden?

Obwohl wir mit Befriedigung feststellen können, daß der größte Teil der Angestellten des NAV rechtschaffene Menschen sind und ihre Probe auch in einem einheitlichen deutschen Staat bestehen würden, gibt es doch eine Reihe Angestellter - leider vielfach in den leitenden Stellen - die ihre Vertrauensstellung dazu ausnutzen, alle Entscheidungen, die sie täglich zu treffen haben, von der Stellungnahme ausländischer oder sogenannter deutscher Geheimdienste, die wiederum eng mit den ausländischen zusammenarbeiten, abhängig zu machen. Sie treiben als Deutsche keine deutsche Politik, sondern die Politik ausländischer Geheimdienste.

Kommen wir damit nicht alle in ein schlechtes Licht? Ist es nicht an der Zeit, daß wir uns von solchen Menschen, die den Namen „Deutschland“ ihrer eigensüchtigen Interessen wegen mit Füßen treten, beginnen abzugrenzen?

Es ist kein Zufall, daß diese Menschen, die ihr Deutschtum für ein Butterbrot verkaufen, auch von der allgemeinen Moral nicht viel halten. Da gibt es unter ihnen Menschen, die nach außen hin den guten Familienvater spielen, aber nur solche Angestellten zu Sekretärinnen machen, die ihnen gefügig sind. Ihre Zügellosigkeit geht sogar soweit, daß sie sich nicht scheuen, es gleich im Dienstzimmer zu tun.

»Die in Zukunft durchzuführenden Zersetzungsaktionen haben weitaus wirksamere Maßnahmen zu beinhalten, die das Lagerleben entschieden lähmen und den normalen Geschäftsablauf hemmen müssen, um das weitere Existieren dieser Lager unmöglich zu machen.«¹⁷⁰

Ihre Hauptmethode – den Einsatz inoffizieller Mitarbeiter – wandte die Stasi im Notaufnahmehager Gießen weitaus erfolgreicher an. Hier gelang es den Offizieren in den 1950er-Jahren, Informanten und Informantinnen direkt in der Dienststelle des Notaufnahmeverfahrens zu gewinnen. So versorgte der Geschäftsstellenleiter des Gutachter- und Beschwerdeausschusses, Kurt Schieck (Jg. 1912), den ostdeutschen Nachrichtendienst von 1951 bis 1956 mit Urkunden, Originalakten und Angaben aus den Aufnahmeausschüssen.¹⁷¹ Schiecks Vater, ein angesehenes SED-Mitglied aus Kittelsthal in Thüringen, hatte ihm den Stasi-Kontakt vermittelt. Der IM leitete auch persönliche Briefe von Flüchtlingen weiter. Im Januar 1957 allerdings wurde Schieck von der Lagerpolizei verhaftet, nachdem sich Hinweise auf eine Spionagetätigkeit verdichtet hatten. Wegen landesverräterischer Beziehungen verurteilte ihn das Oberlandesgericht Frankfurt am Main im Juli 1958 zu einer Haftstrafe von drei Jahren und einem Monat.¹⁷²

Seit den 1970er-Jahren gelang es der Stasi aber auch in Gießen immer seltener, Zuträger und Zuträgerinnen direkt in der Lagerverwaltung zu installieren. Grund dafür waren verschärfte Sicherheitsvorkehrungen: Die Leitung des Lagers stellte kaum noch ehemalige Flüchtlinge ein und verlangte von allen Mitarbeitenden eine Verschwiegenheitserklärung. Wer in die DDR reisen wollte, brauchte eine Genehmigung. Regelmäßig überprüfte der Verfassungsschutz das Personal. Auf dem gesamten Lagergelände galt nun ein Fotografierverbot.¹⁷³

Unter diesen Bedingungen sah sich die Stasi gezwungen, Informanten und Informantinnen außerhalb des Lagergeländes zu werben. Nach längerem Suchen war sie bei einem Gießener Ehepaar erfolgreich: Tankred und Elke Dietzel. Tankred (Jg. 1940) war ein Mediengestalter bei der Brühlschen Universitätsdruckerei, seine Frau Elke (Jg. 1943) verkaufte Mode in der Gießener Innenstadt. 1977 erklärten sich beide bereit, das Notaufnahmehager regelmäßig von außen zu beobachten.

Vor allem in den ersten Jahren erwies sich diese Werbung als Glücksgriff: Das Ehepaar fotografierte die Verwaltungs- und Unterkunftsgebäude des Lagers, überprüfte Adressen von Lagermitarbeitenden, entwarf Lagepläne der Zweigstelle für Befragungswesen, notierte Nummernschilder von Fahrzeugen und besuchte auftragsgemäß die Feier zum Tag der deutschen Einheit im Innenhof des Lagers.¹⁷⁴

Für die Stasi besonders vorteilhaft: Elke und Tankred Dietzel fuhren auch regelmäßig in die DDR, zur Mutter von Elke Dietzel nach Gotha oder zu den Eltern von Tankred Dietzel nach Erfurt. Ihre Besuche kündigten sie vorher mit einer Postkarte an eine Deckadresse in Ost-Berlin an. Dann machten sich ihre beiden Führungsoffiziere Eberhard Reinhold und Hans Schierz nach Thüringen auf und erteilten in einer konspirativen Wohnung in Erfurt oder in einem abgelegenen Jagdhaus bei Worbis weitere Aufträge.

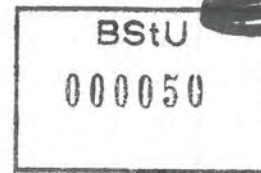
Warum Elke und Tankred Dietzel so eifrig mit der Stasi kooperierten, bleibt allerdings rätselhaft. Ihr DDR-Bild war keinesfalls positiv. Anfang August 1961 waren sie selbst von Thüringen nach West-Berlin geflohen, weil sie die angespannte Atmosphäre in ihren Betrieben nicht mehr ausgehalten hatten. In Berlin-Marienfelde absolvierte das Paar das Notaufnahmeverfahren und baute sich in Gießen ein neues Leben auf.¹⁷⁵

Nach Einschätzung der Stasi waren es vor allem materielle Zuwendungen, die ihre Spitzeltätigkeit beförderten. Bei jedem Treffen gab es bis zu 1 500 DM Agentenlohn. Insgesamt erhielt das Ehepaar von 1977 bis 1987 gut 10 000 DM. Darüber hinaus versprachen die Führungsoffiziere Schierz und Reinhold eine bessere Wohnung für die Mutter von Elke Dietzel in Gotha.¹⁷⁶

Doch Tankred Dietzel wird später vor Gericht schildern, dass sie von den Offizieren auch ziemlich offensiv unter Druck gesetzt wurden. »Denk an deine Eltern! Achte auf deine Familie!«, hätten die Offiziere immer wieder gesagt. Nach dem ersten Treffen habe er nicht mehr den Mut gefunden, die Kontakte zur Stasi abzubrechen, so Dietzel vor Gericht. Sobald sie mit dem Berichteschreiben etwas nachgelassen hätten, sei der Ton schärfer geworden: »Man könnte die Kinder ja auch mit der Gießener Drogenszene in Verbindung bringen«, so die Drohungen der Offiziere laut Dietzel.¹⁷⁷ Dass ein solcher Druck tatsächlich existiert haben

Kauptabteilung VII
Abteilung 3

Blu., den 30.5.78²⁸



Aktenvermerk

Handschriftliche Aufzeichnungen
des KIM „Erika“ über Fahrzeuge
am Feridobjekt Zweigstelle für
Befragungswesen Gießen, Neuen
Bäume 22.

13. Febr. 78 9⁰⁰ Uhr

JS- (grünes Nr.-Schild)
weißer VW-Variant

L-KR roter Audi 80

14. Febr. 78 8⁴² Uhr

G1-V metallic-blauer BMW 525

17²⁵ Uhr

G1-MS roter Ford Granada
m. schwarzem Dach

JS- (grünes Nr.-Schild)
weißer VW-Variant

22. Febr. 78 11⁵⁰ Uhr

L-K dunkelgrüner R4

G1-V metallic-blauer BMW 525

23. März 78 12⁵⁰ Uhr

G1-U hell-gelb bis beiger
Ford Taunus 16

G1- hell gelber VW-Bus

JS- (grünes Nr.-Schild)
weißer VW-Variant

G1-X Ford

BRU-LC VW

Schürz,
alt.

muss, kann im Rückblick auch seine Tochter bestätigen. Ihr Vater habe eine ungewöhnliche, ihr völlig überzogen erscheinende Angst bekommen, sobald sie in den 1980er-Jahren einen Jugendclub oder eine Diskothek aufsuchen wollte. Ihre gesamte Jugend sei von dieser unerklärlichen Furcht geprägt gewesen.¹⁷⁸

Während Elke Dietzel die Zusammenarbeit bereits 1987 abbrach, traf Tankred Dietzel seine Führungsoffiziere noch bis zum September 1989. Zwei Jahre später mussten sich beide vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main verantworten. Ein Ermittlungsverfahren gegen einen der Führungsoffiziere hatte zu ihrer Enttarnung geführt. »Ohne besondere Not« hätten die Angeklagten Informationen an das MfS weitergegeben und damit »andere der Gefahr von Überwachung und Verstrickung durch das MfS ausgesetzt«, so das Gericht in seinem Urteil vom Januar 1992.¹⁷⁹ Wegen »geheimdienstlicher Agententätigkeit« wurden Tankred Dietzel zu 12 Monaten und Elke Dietzel zu 8 Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von jeweils 5 000 DM verurteilt.

Hans Schierz, einer der Führungsoffiziere von Tankred und Elke Dietzel, scheint insgesamt zufrieden mit der Überwachung der Notaufnahmelager Uelzen und Gießen gewesen zu sein. Seine Erfahrungen fasste er in einer Dissertation zusammen, die er 1982 an der Juristischen Hochschule, der Forschungs- und Ausbildungsstätte für Stasi-Offiziere in Potsdam, einreichte. Darin heißt es, dass Übersiedler und Mitarbeiter zwar nur selten als IM geworben werden könnten, da vor Ort eine »regelrechte ›Agentenpsychose‹« herrsche. Dennoch sei es durch »kluge operative Arbeit« gelungen, zumindest Ansatzpunkte für ein »inoffizielles Eindringen« in die Notaufnahmelager zu schaffen. Das sei auch nötig, so Schierz abschließend, da die Notaufnahmelager das »Flüchtlingsproblem systematisch missbrauchen« würden, um an Informationen zu gelangen, die für »subversive Angriffe gegen den Sozialismus« genutzt würden.¹⁸⁰

MSc





Hilfs- organisationen

> Hochbetrieb auf dem Bahnpostamt in Ost-Berlin während der Bearbeitung der weihnachtlichen Geschenksendungen. 3.12.1966
BArch, Bild 183-E1203-1171, Fotograf: Spremberg, Joachim

Wenn Helfende zu Verdächtigen werden – wie die Stasi westdeutsche Hilfsorganisationen ausspähte

Obwohl die DDR im Jahr 1975 die KSZE-Schlussakte in Helsinki unterzeichnet und damit die Gewährung von Grundfreiheiten, darunter auch die Reisefreiheit, anerkannt hatte, lehnten SED und MfS die Reismöglichkeiten für Ostdeutsche in den Westen ab und wollten auch private Kontakte zwischen West- und Ostdeutschen auf ein Mindestmaß begrenzen. Andererseits wusste der SED-Chef und Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, wie wichtig die deutsch-deutsche Annäherung und damit liberalere Reiseregungen für Westdeutsche waren, insbesondere wenn die DDR wirtschafts- und finanzpolitisch von der Annäherung an die Bundesrepublik profitieren wollte. Schon im Jahr 1972 hatten sich die Grenzen für Westdeutsche, West-Berliner und -Berlinerinnen geöffnet, seitdem besuchten in jedem Jahr mehrere Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger die DDR.

Leonid Breschnew (1906–1982), der sowjetische Generalsekretär, war der Überzeugung, dass unter den vielen Besuchsreisenden, die in die DDR kamen, viele westliche Spione seien. Er forderte Erich Honecker deshalb mit Nachdruck dazu auf, die Besucherzahlen zu senken. Aber Honecker widersprach ihm und verwies auf den drohenden internationalen Ansehensverlust, den die DDR bei einer Grenzschließung erleiden würde. Er argumentierte, dass die DDR dank des Ministeriums für Staatssicherheit bestens gegen Spione gewappnet sei.¹⁸¹ Honecker konnte der Aufforderung Breschnews deshalb so entschieden entgegenreten, weil er wusste, dass die Staatssicherheit seit Beginn der Entspannungspolitik personell ständig gewachsen war und dieses Wachstum gerade nach dem Inkrafttreten der KSZE-Verträge weiter anhalten würde.

Dass es nicht die westlichen Spione waren, die sich zum Problem für SED und Stasi entwickelten, sondern eine sich ausweitende Ausreisebewegung aus der DDR, zeigte sich spätestens im Dezember 1975, als innerhalb des MfS die Zentrale Koordinierungsgruppe und die zugehörigen Bezirkskoordinierungsgruppen gegründet wurden.

Diese neuen Dienstseinheiten waren dafür zuständig, Fluchtversuche zu verhindern und Anträge auf ständige Ausreise zurückzudrängen. Mit der Zahl der Ausreiseanträge stieg gleichzeitig auch die Anzahl der Mitarbeitenden dieser Dienstseinheiten stetig an. Obwohl SED und Stasi mit mehr Anträgen gerechnet hatten, waren sie vom tatsächlichen Ausmaß der Steigerung und der Standhaftigkeit vieler Ausreisewilliger überrascht.

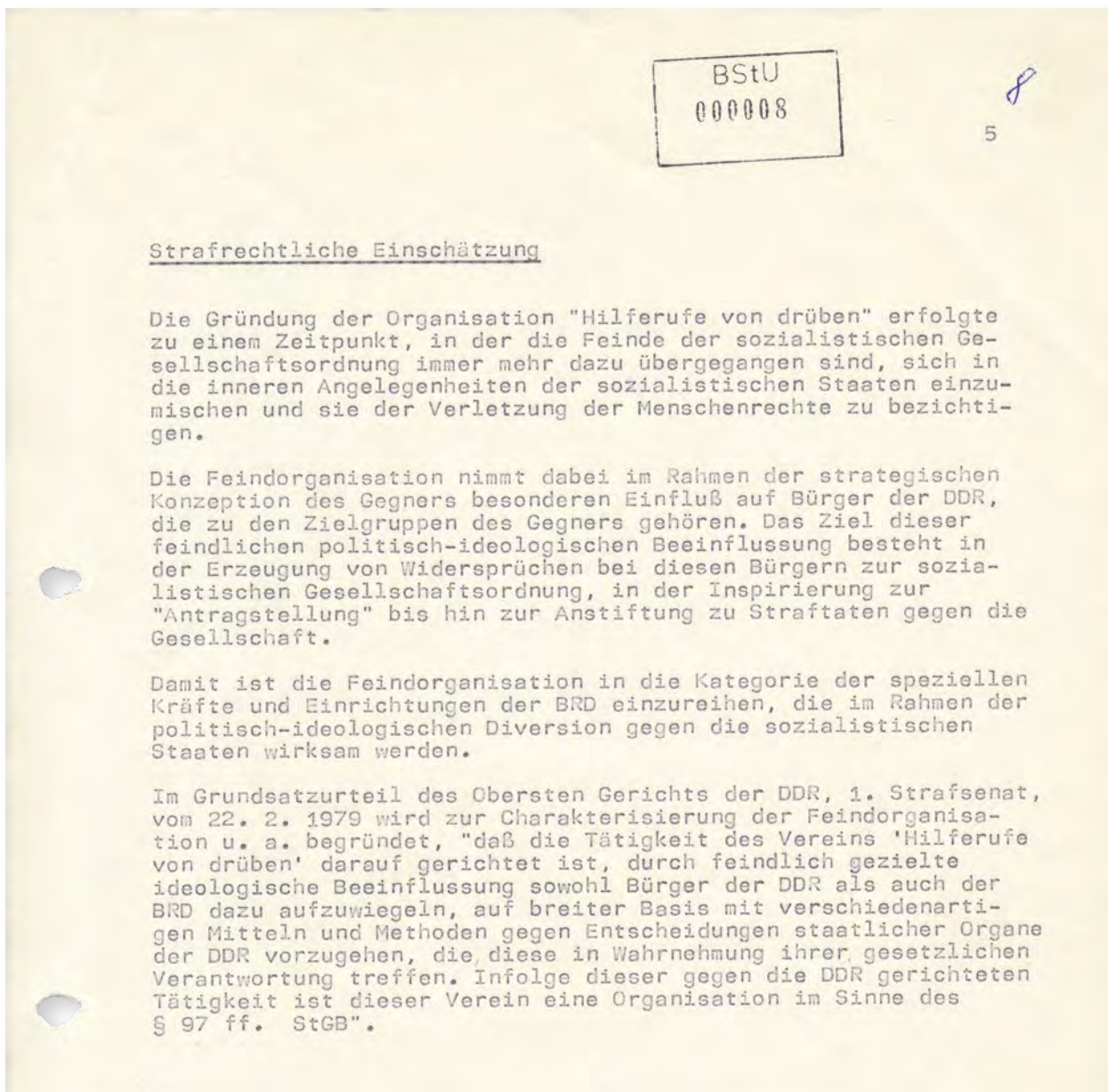
Anfang 1976 ging die Stasi zunehmend dazu über, für den Anstieg der Antragszahlen westliche Personen und Gruppen verantwortlich zu machen. Vor allem durch die Unterstützung seitens westdeutscher Politikerinnen und Politiker, Nichtregierungsorganisationen und Vereine und deren umfassende Information der Antragstellenden gäbe es die »hartnäckigen Antragsteller auf Ausreise«, die die DDR international diskreditieren würden. Bis zum Ende der DDR bekämpften Partei und MfS diese Personen und Organisationen im Westen auf das Schärfste.¹⁸²

Grund für das offensive Vorgehen gegen die Hilfsorganisationen war der am 10. Dezember 1975 ausgestrahlte TV-Beitrag »Hilferufe von drüben« von Gerhard Löwenthal (1922–2002) in der Sendung »ZDF-Magazin«. In diesem Beitrag nannte Löwenthal die Namen und Adressen von 65 Ostdeutschen, deren Ausreiseantrag abgelehnt worden war. Sie alle hatten sich mit der Bitte um Unterstützung an den Moderator gewandt.

Das »ZDF-Magazin« hatte zuvor mehrfach den genauen Wortlaut der wichtigsten Abschnitte aus der KSZE-Schlussakte präsentiert. Denn die SED hatte die Schlussakte zwar veröffentlicht, aber die wohlweiblich geringe Auflage war schnell vergriffen. Damit hatte die Sendung unmittelbar dazu beigetragen, dass sich die Menschen in der DDR in ihren Ausreiseanträgen konkret auf die KSZE-Bestimmungen beziehen konnten.¹⁸³

Von nun an stieg die Anzahl der »Hilferufenden«, die sich an das ZDF wandten, sprunghaft an. Alle hofften, dass ihre Ausreiseanträge nach der TV-Veröffentlichung positiv beschieden würden – auch wenn die Antragstellenden dadurch ein erhöhtes Risiko eingingen und Repressionen durch Partei und Stasi drohten.

Die »Hilferufe von drüben« wurden nicht nur zum Ärgernis für SED und Stasi, sondern auch für die Bundesrepublik. Denn diese Rubrik des ZDF-Magazins



> Strafrechtliche Begründung der Stasi für das Anlegen des ZOV »Kontra« und den Verein »Hilferufe von drüben«. 22.6.1979
BArch, MfS, AOP 6071/91, Bd. 1, Bl. 8 (Auszug)

dokumentierte die Menschenrechtsverletzungen der DDR, was der Bundesregierung, die unter dem Motto »Wandel durch Annäherung« eine Politik ohne offene Konfrontation verfolgte, nicht recht sein konnte. Die damalige SPD-geführte Bundesregierung übte massiven Druck auf den ZDF-Intendanten aus, die »Hilferufe« einzustellen, damit die Beziehungen zur DDR keinen Schaden nähmen. Aus diesem Grund gründeten Hans Löwenthal und Claus Peter Clausen am 1. Januar 1978 der Verein »Hilferufe von drüben« (HvD) in Lippstadt. Den Ausreisewilligen konnte somit über die konkrete Arbeit der Vereinshilfe weiterhin geholfen werden.¹⁸⁴

Anderthalb Jahre später stuft die Stasi den Verein als »Feindorganisation«¹⁸⁵ ein und überwachte ihn im Zentralen Operativen Vorgang »Kontra«. Im Eröffnungsbericht vom Juni 1979 hieß es, dass der Verein die Interpretation »völkerrechtlicher Verträge aus dem Zusammenhang reiße« und sich »in innerstaatliche Normen der DDR einmische«.¹⁸⁶ Dadurch würden die Bürgerinnen und Bürger der DDR direkt dazu aufgefordert, einen Antrag auf »rechtswidriges« Verlassen des eigenen Landes zu stellen. Dem Ansehen der DDR werde damit international massiv geschadet.¹⁸⁷

Fotodokumentation zum Büro der Feindorganisation
 "Hilferufe von drüben" Lippstadt

BS+U
 006023



Gesamtübersicht in die Langestraße. Büro von "Hvd" befindet sich links der Blickrichtung.



Blick auf die linke Straßenseite der Langenstraße. Das 3. Haus von links ist die Nr. 30 A -Sitz der Feindorganisation-

> Die Stasi überwachte den Verein »Hilferufe von drüben« besonders intensiv. Nachdem der Verein umgezogen war, fotografierte sie auch an der neuen Adresse. 1980
 BArch, MfS, AOP 6071/91, Bd. 10, Bl. 23 (Ausschnitt)

Dem Verein wurde nach § 97 (Spionage) des DDR-Strafgesetzbuches vorgeworfen, »geheim zu haltende Nachrichten zum Nachteil der Interessen der DDR gesammelt« und weitergeben zu haben. Zusätzlich sei der Verein als »Übermittler DDR-spezifischer Nachrichten an feindliche Organisationen« im Sinne der »landesverräterischen Nachrichtenübermittlung« gemäß § 99 StGB der DDR schuldig.¹⁸⁸

In besonderem Maße war der Stasi die vierteljährlich erscheinende Vereinszeitschrift ein Dorn im Auge. Hier wurde auf die Schicksale von Ausreisewilligen aufmerksam gemacht und Bundesbürger und -bürgerinnen zur Unterstützung aufgerufen. Deshalb wollte die Stasi den Verein auf allen Ebenen überwachen, infiltrieren und dessen Auflösung erreichen.¹⁸⁹ Dies bedeutete konkret, dass das MfS herauszufinden bestrebt war, wie der Verein mit Institutionen und Behörden in der Bundesrepublik zusammenarbeitete und ob staatliche Stellen den Verein finanziell unterstützten. Der Vorstand sollte ausspioniert werden, ebenso die aktivsten Helfenden. Die Stasi hoffte, auf Unregelmäßigkeiten im Spendenbereich zu stoßen, um den Verein öffentlich diskreditieren zu können.

Hierzu versuchte sie wiederholt, inoffizielle Mitarbeiter in den Verein einzuschleusen. Die IM sollten nicht nur spionieren, sondern auch die Vereinsmitglieder verunsichern und Misstrauen säen. Darüber hinaus sollten sie Unterstützungsaktionen für Ausreisewillige sabotieren und wenn möglich ganz verhindern.¹⁹⁰

Die Stasi overservierte die Vereinsräume in Lippstadt intensiv und kundschaftete darüber hinaus die Nachbarschaft aus. In einem gesonderten Auftrag kontrollierte die Abteilung M der Stasi in der DDR die Post aus und nach Lippstadt, um Kontakte von Ausreisewilligen zum Verein frühzeitig zu verhindern.¹⁹¹

Anfang der 1980er-Jahre blieben dem Verein die Aktivitäten des MfS in und um Lippstadt nicht mehr verborgen. Der Verfassungsschutz ging davon aus, dass das Büro des Vereins in der Langen Straße überwacht wurde und konnte insgesamt acht gegen den Verein gerichtete Stasi-Aktionen aufdecken.¹⁹²

Zu einem der aktiven Unterstützer des Vereins zählte der Ordensbruder Theo Koenig (1926–2010).¹⁹³ Nachdem Koenig 1978 von seinem zweiten DDR-Besuch zurückgekehrt war, wusste er, dass er etwas für die Menschen im Osten Deutschland tun wollte. Nach seiner Rückkehr fand er auf seinem Schreibtisch im Kloster die zweite Ausgabe der Zeitschrift »Hilferufe von drüben«. Darin wurden die Lesenden dazu aufgefordert, ihre Solidarität durch Briefe an verfolgte und inhaftierte DDR-Bürger und -Bürgerinnen zum Ausdruck zu bringen. Theo Koenig fühlte sich angesprochen und schrieb drei Betroffene an. Schnell ergab sich daraus ein reger Briefwechsel. Unter dem Eindruck dieser Korrespondenz entschloss sich der Ordensbruder, alle Personen, die in den bisher erschienen zwei Ausgaben vorgestellt worden waren, anzuschreiben.¹⁹⁴

Das bedeutete einerseits einen hohen zeitlichen Aufwand, Koenig geriet aber auch schnell an seine finanziellen Grenzen. Die 40 DM Taschengeld des Ordens reichten bei Weitem nicht, um auch nur das Porto der Briefe und Pakete zu decken. In kurzer Zeit wurde die Hilfsbereitschaft des Ordensbruders bekannt und er erhielt eine Vielzahl an Sachspenden und finanziellen Zuwendungen. Ab 1980 unterstützte ihn der Verein »Hilferufe von drüben« durch Übernahme der Portokosten, die im Quartal schnell auf mehrere Tausend DM anwuchsen.¹⁹⁵

Im gleichen Jahr geriet Theo Koenig ins Visier der Stasi. Die KD Grevesmühlen stieß bei der Überwachung von Ausreiseantragstellenden auf den Kontakt zum Ordensbruder und erfuhr, dass dieser mit dem HvD sympathisierte. Ende September 1980 eröffnete die Stasi deshalb den Operativen Vorgang »Gast« als einen Teilvorgang des ZOV »Kontra«.¹⁹⁶ Auch Koenig wurden Verstöße gegen §§ 97 (Spionage) und 99 (landesverräterische Nachrichtenübermittlung) vorgeworfen.

Bearbeitete zunächst noch die KD Grevesmühlen den Vorgang, maß das MfS dem Fall im Laufe der Zeit immer größere Bedeutung bei, sodass schon im Dezember 1981 die BKG Cottbus und drei Jahre später die ZKG in Berlin die Bearbeitung übernahm.¹⁹⁷ Da die Stasi Theo Koenigs Brief- und Paketverkehr in die DDR intensiv überwachte, war sie über die große Anzahl der Sendungen und seine genauen persönlichen

So erlaubte die Stasi beispielsweise Bernd Beier¹⁹⁹ eine Reise nach Bremen, um dort den 80. Geburtstag seiner Mutter zu feiern. Er sollte einen Zwischenstopp in Münster einlegen und seinen Brieffreund Koenig besuchen. Bernd Beier hatte sich zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet, um einer Gefängnisstrafe zu entgehen. Seine Aufgabe bestand darin, Kontakt zu Koenig aufzubauen. Zunächst schien der Plan aufzugehen. Es gelang Beier, einen Besuch im Kloster Hilstrup zu verabreden. Doch dann vertraute sich Beier bei dem Treffen dem Ordensbruder an und gab zu, IM zu sein. Anschließend reiste er weiter zu seiner Mutter, blieb im Westen und beendete die Zusammenarbeit.²⁰⁰

Im Gegensatz dazu war der Besuch von Koenings langjährigster Brieffreundin aus der DDR sehr ergiebig für die Stasi. Sie selbst fertigte einen ausführlichen Bericht über ihre Eindrücke zu Theo Koenig an.²⁰¹

Mit viel Aufwand versuchte die Stasi bis zum Ende der DDR 1989, eine Vielzahl an Informationen über Theo Koenig zu sammeln. Vergleicht man jedoch den ersten Auskunftsbericht der Stasi mit den über die Jahre gesammelten Informationen, lässt sich feststellen, dass das Bild lediglich verfeinert und um Details ergänzt wurde.²⁰² Wirklich neue Erkenntnisse konnte die Stasi nicht vorweisen.

Neben der ZKG war u. a. auch die Hauptabteilung XX in die Überwachung westdeutscher Hilfsorganisationen, Vereine und Verbände involviert. Zu den Aufgaben der HA XX und der regionalen Einheiten der Linie XX (Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«) gehörte die Bekämpfung oppositioneller Handlungen.

Im April 1984 wurde die HA XX/8 durch den IM »Martin« auf die West-Berlinerin Margret Kühl (Jg. 1952) als Initiatorin einer »feindlichen Organisation im Operationsgebiet« aufmerksam.²⁰³ Bei dieser »feindlichen Organisation« handelte es sich um die West-Berliner »Initiative 100 000 Partnerschaften Ost-West«,²⁰⁴ welche sich für Frieden, Freiheit und Demokratie einsetzte. Ganz besonders wollte sie durch den Kontaktaufbau zu kirchlichen und studentischen Kreisen in der DDR die dortige unabhängige Friedensbewegung unterstützen.

IM »Martin«, selbst ausländischer Student der Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität in West-Berlin, erfuhr von der Initiative bei einem Treffen der Partei »Alternative Liste«. Seine Zusammenarbeit mit der HA XX/8, die für die Überwachung des Bildungs- und Hochschulwesens, inklusive der Überwachung ausländischer Studierender in der DDR, zuständig war, hatte gerade begonnen.²⁰⁵ Regelmäßig berichtete er seinem Führungsoffizier über die Gruppe und reiste aus diesem Grund nach Ost-Berlin. Sein Auftrag war es, die Mitglieder der »Initiative« zu identifizieren und vor allem »öffentlichkeitswirksame Aktionen«, die gegen die DDR gerichtet waren, zu verhindern. Auch Rainer Klebba (1943–2012), der seit 1981 als SPD-Fraktionsvorsitzender der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Kreuzberg vorstand, bespitzelte die Gruppe als IM »Kleinert« immer, wenn sich die Gruppe in den Räumen der SPD in der Weimarer Straße in Berlin-Charlottenburg traf.²⁰⁶

Die Stasi war vor allem daran interessiert herauszufinden, ob die Initiative »100 000 Partnerschaften Ost-West« unabhängig oder im Auftrag agierte. Gleichzeitig war es der Stasi äußerst wichtig zu verhindern, dass die Gruppe Einfluss auf DDR-Bürgerinnen und -Bürger ausübte bzw. die Aktivitäten der unabhängigen Friedens-, Frauen- und Umweltgruppen in der DDR aus dem Westen Deutschlands heraus unterstützte.²⁰⁷ Dass es zur Vernetzung der verschiedenen Vereine und Initiativen kommen könnte, war eine der größten Sorgen von SED und Stasi.

Aus diesem Grund eröffnete die Stasi im April 1985 die operative Personenkontrolle »Initiator« zu Margret Kühl. Bereits im Juli 1985 wurde die OPK zu einem operativen Vorgang hochgestuft, also umfassender überwacht. Dies lag daran, dass die Stasi von nun an zusätzlich auch Margret Kühls Mitstreiterinnen und Mitstreiter ins Visier nahm.²⁰⁸ Eine gemeinsame Erklärung von Jugendlichen aus Ost und West zum UNO-Jahr der Jugend 1985 nahm die Stasi zum Anlass, gegen Margret Kühl eine Einreisesperre zu verhängen, später auch gegen ihre Mitstreitenden.²⁰⁹

Die Initiative verfügte, anders als andere Hilfsvereine, über keine feste Struktur, sondern organisierte mehr oder weniger spontane Aktionen. Dabei versuchte sie, Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschland in unterschiedlichen Bereichen herzustellen und zu intensivieren. Diesen Aktionen schlossen sich politisch aktive junge Menschen an – sie kamen beispiels-

weise aus den Reihen der SPD, der Jungsozialisten, der Gewerkschaftsjugend, der Alternativen Liste oder der Internationalen Sozialistischen Arbeiterorganisation.

Bei einigen Protestaktionen, wie beispielsweise am Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 1985, bei denen die Initiative am West-Berliner Grenzübergang Checkpoint Charlie gegen die von der DDR verhängten Einreiseverbote demonstrierte, waren auch Vertreter und Vertreterinnen des Verbandes ehemaliger DDR-Bürger anwesend. Auch dieser wurde von der Stasi intensiv überwacht. Die von der Stasi befürchtete Vernetzung der verschiedenen Hilfsorganisationen schien real zu werden.

Der Gründungstag des Verbandes ehemaliger DDR-Bürger e. V. war mit Bedacht auf den 17. Juni 1985 gelegt worden. Mit der Wahl des geschichtsträchtigen Datums sollte bewusst an den Volksaufstand im

Jahr 1953 erinnert werden.²¹⁰ Die Gründungsmitglieder waren selbst ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger und hatten es sich zur Aufgabe gemacht, für die übersiedelten Landsleute einfache und unkomplizierte Integrationshilfe zu leisten. Zudem forderte der Verein die Aufhebung von Einreiseverboten in die DDR für ausgereiste DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Diese Verbote stellten im Sinne der KSZE-Beschlüsse eine Menschenrechtsverletzung seitens der DDR dar.

Bereits einige Monate später, im Sommer 1985, legte die ZKG den OV »Polyp« zur Überwachung des Vereins an. Die Stasi war davon überzeugt, dass der Verein im Auftrag eines westlichen Geheimdienstes bzw. anderer westdeutscher Stellen gegründet worden sei. Auch in diesem Fall argumentierte die Stasi, dass die Vereinsarbeit unmittelbar einen nationalen und internationalen Imageverlust bedeuten und bei DDR-Bürgerinnen und -Bürgern zu einer Steigerung der Zahl der Ausreisearchträge führen würde.²¹¹



> Logo der Initiative »100 000 Partnerschaften Ost-West«. 1987
BArch, MFS, AOP 7931/89, Bd. 2, Bl. 99 (Ausschnitt)

Aus diesem Grund arbeitete die Stasi konsequent an der Auflösung des Vereins bzw. daran, eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der Organisation zu verhindern. Dazu sollte z. B. der 1. Vorsitzende öffentlich diskreditiert und in seiner Glaubwürdigkeit in Frage gestellt werden. Die Stasi lancierte deshalb in der westdeutschen Presse entsprechende Zeitungsartikel, die dem 1. Vorsitzenden Veruntreuung von Geldern und persönliche Bereicherung vorwarfen.²¹² In den Augen der Stasi mit Erfolg, denn sowohl innerhalb des Vereins als auch in den Reihen der Politikerinnen und Politiker, die den Verein unterstützt hatten, entwickelte sich Misstrauen gegen den Vereinsvorsitzenden.

Der »Erfolg« dieses zerstörerischen Plans ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass es der Stasi gelang, vier IM in den Verband einzuschleusen, zeitweise davon sogar zwei im fünfköpfigen Vorstand. Einem dieser IM, dem IM »Steiger«, gelang es sogar, von Herbst 1987 bis zu seinem Ausschluss aus dem Verband Ende 1988, die Funktion des 1. Vorsitzenden auszuüben.

Die Bedeutung der ZKG bzw. der BKG bei der »Bekämpfung« der Ausreise- und Fluchtbewegung nahm von Sommer 1983 bis Oktober 1989 stetig zu. Den wachsenden Ausreisetenden versuchten SED und MfS mit neuen Grundsatzregelungen entgegenzutreten. Im Laufe der Zeit wurde dabei die Zusammenarbeit mit der HA XX immer wichtiger, da sich die Ausreisewilligen zunehmend unter dem Dach der Kirche zu organisieren begannen.²¹³

Mit dem Anstieg der Zahl der Übersiedlungersuchen auf zuletzt über 160 000 Anträge und der gestiegenen Zahl der Ausgereisten nahm auch die Bedeutung der Hilfsorganisationen, Vereine und Verbände in der Bundesrepublik zu. Sie leisteten nach den Aufnahme-lagern einen wichtigen Beitrag, um das Ankommen im anderen Deutschland leichter und schneller bewerkstelligen zu können. Aus diesem Grund wurde die Bearbeitung dieser »Feindorganisationen« immer wichtiger für die Stasi. Denn die breite Unterstützung bei einer schnellen Integration der Ausgereisten konkretisierte die seit Mitte der 1980er-Jahre intensivierten Bemühungen der Stasi, die Ausgereisten innerhalb eines kurzen Zeitfensters zur freiwilligen Rückkehr in die DDR zu bewegen.

KSo



STÄDTE-
PARTNERSCHAFT

EISENHÜTTENSTADT - SAARLOU...





Städte- partnerschaften

> Unterzeichnung des städtepartnerschaftlichen Kooperationsvertrags zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis im Haus der Gewerkschaften in Eisenhüttenstadt. 6.10.1986
F. Peukert/Stadtarchiv Eisenhüttenstadt



> Empfang für den Volkschor Eisenhüttenstadt auf der Saarlouiser Woche. 1986
Stadtarchiv/Städtisches Museum Saarlouis

Dialog mit Einschränkungen – Städtepartnerschaften als Sicherheitsrisiko für die Stasi

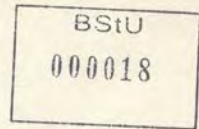
Als am 19. September 1986 die Städtepartnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt in der DDR und Saarlouis in der Bundesrepublik geschlossen wurde, stellte dies ein Novum in den innerdeutschen Beziehungen dar.²¹⁴ Zum ersten Mal wurde eine grenzübergreifende deutsch-deutsche Partnerschaft zwischen zwei Städten besiegelt, noch im gleichen Jahr folgten Schwerin und Wuppertal sowie Lübben und Neunkirchen (Saar).

Das Ministerium für Staatsicherheit betrachtete diese Entwicklung von Beginn an mit Sorge. Es fürchtete, die Städtepartnerschaften könnten als Einfallstor für westdeutsche Spionage dienen und der DDR schaden. Bis zur friedlichen Revolution 1989 stieg die Zahl der Städtepartnerschaften auf 58; weitere befanden sich in Planung.²¹⁵ Dass es nicht noch mehr waren, lag vor allem daran, dass der Weg zum Abschluss einer Partnerschaft lang war. In der DDR gab es keine kommunale Selbstverwaltung wie in der Bundesrepublik.

Es lag nicht im Kompetenzbereich der ostdeutschen Städte und Gemeinden, Beziehungen in den Westen aufzunehmen und vertraglich zu beschließen.

Städtepartnerschaften waren in der DDR Chefsache; dem mussten sich die Städte, aber auch die Stasi unterordnen. In der Hoffnung auf internationale Anerkennung befürwortete das ZK der SED in den 1960er-Jahren zunächst die Städtepartnerschaften mit dem deutschen Nachbarn, aber die Bundesrepublik lehnte diese kategorisch ab. Doch die Positionen veränderten sich. Zu Beginn der 1980er-Jahre unternahm die bundesdeutsche Seite nun mehrere Versuche, Partnerschaften zwischen Kommunen in Westdeutschland und Städten in der DDR zu begründen. Jetzt aber sprach sich die DDR-Regierung gegen derartige Abkommen aus, solange die Bundesrepublik sie nicht völkerrechtlich anerkenne.

Erst ein Treffen zwischen dem saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (Jg. 1943) und Erich Honecker (1912–1994) im November 1985 in Ost-Berlin brachte eine erneute Wende. Im Rahmen des Besuchs erklärte das ZK der SED nun offiziell seine



GVS JHS 0001 - 92/88

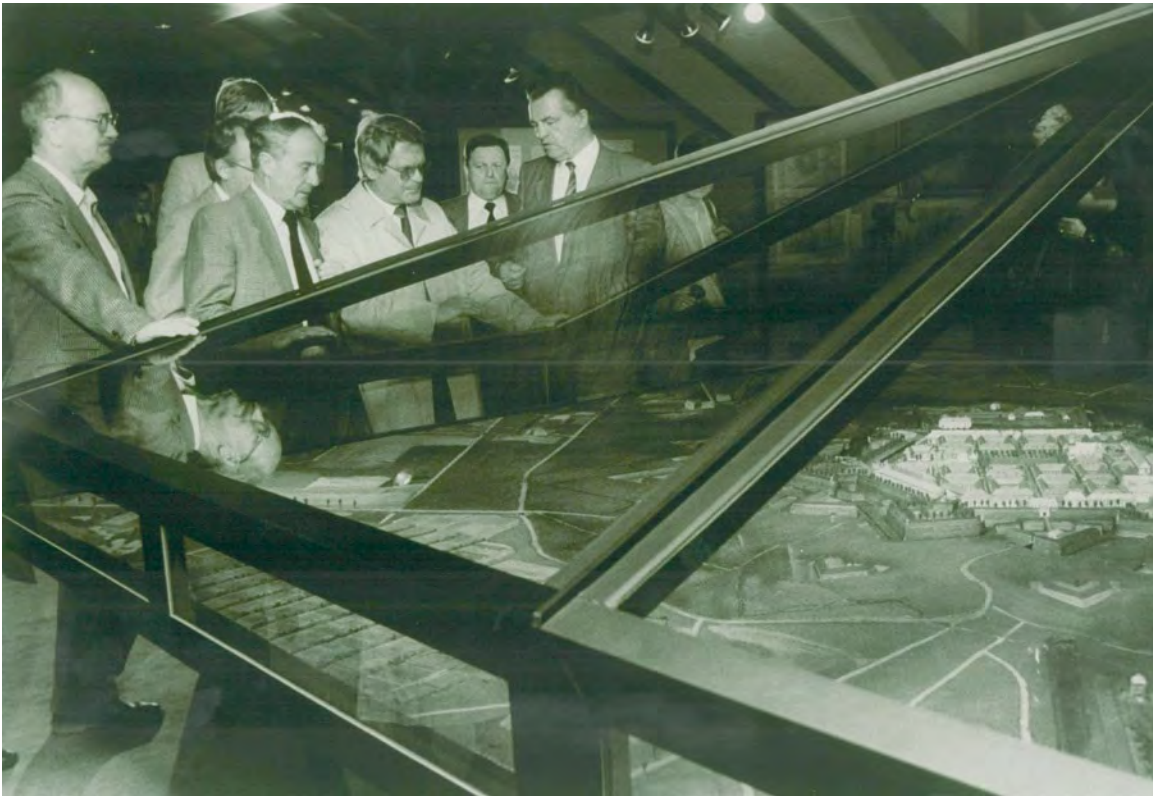
- 18 -

Dank der klaren politischen Position unserer Partei:

"Auch Partnerschaften zwischen Städten der DDR und der BRD können von Interesse und Nutzen sein, wenn sie der Politik der friedlichen Koexistenz dienlich sind und entsprechend dem Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR von der vorbehaltlosen Anerkennung der Souveränität, der Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung des Partners ausgehen," (6)

wurden Städtepartnerschaftsvereinbarungen abgeschlossen, die dieser politischen Linie entsprechen. Damit bewies die DDR auch auf diesem Gebiet den guten Willen, ihren Beitrag zur Verbesserung der Gesamtbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu leisten. Gleichfalls trugen die BRD-Partner (insbesondere Die Grünen und die SPD) durch einen konstruktiven, wenn auch widersprüchlichen Beitrag zur Entwicklung der Städtepartnerschaften bei. Sie verfolgen natürlich ihre spezifischen politischen Ziele bei der Gestaltung der Städtepartnerschaften und postulieren insbesondere die "menschlichen Kontakte" und die "freie Begegnung von Menschen" als Sinn und Ziel dieser Beziehungen.

Wie sich diese Probleme in dem speziellen Untersuchungsgegenstand - Städtepartnerschaft Eisenhüttenstadt/Saarlouis - widerspiegeln, soll in den weiteren Darlegungen verdeutlicht werden.



> Besuch einer Eisenhüttenstädter Delegation im Städtischen Museum Saarlouis. 20.9.1986
 Stadtarchiv/Städtisches Museum Saarlouis

Zustimmung zur ersten deutsch-deutschen Städtepartnerschaft. Nicht zufällig fiel die Wahl auf Saarlouis; denn der aus dem Saarland stammende Honecker war seiner ehemaligen Heimat noch immer eng verbunden. Die Resonanz westdeutscher Städte und Gemeinden auf die Partnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis war enorm: Zwischen Januar und April 1986 bekundeten über 60 bundesdeutsche Städte ihr Interesse an solchen Verbindungen beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Mitte des Jahres waren es bereits 300.

Die Aufnahme der Städtepartnerschaften erfolgte seitens der DDR nicht ohne Hintergedanken. Sie erhoffte sich über die bundesdeutschen Kommunen quasi »von unten« die völkerrechtliche Anerkennung. Zudem bot der Austausch die Möglichkeit, die ostdeutschen Partnerstädte als vorbildliche Beispiele eines funktionierenden Sozialismus zu präsentieren.

Während die Städtepartnerschaften für die SED eine Prestigefrage waren, war der Blick des MfS weit aus skeptischer und besorgter. Die Stasi fürchtete die Entwicklung enger persönlicher Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern beider Staaten, z. B. bei privater Unterbringung, und dass Delegationsmitglie-

der aus dem Osten bei Reisen in die Bundesrepublik ideologisch beeinflusst werden könnten. Hier bestand die Furcht, dass die materiellen Unterschiede im Lebensstandard zwischen Ost und West sichtbar würden und zu Unzufriedenheit auf der östlichen Seite führen könnten. Zudem sah sie die Gefahr, dass dies die Opposition im Osten stärken könnte. Hinzu kam die Sorge, bundesdeutsche Geheimdienste könnten im Rahmen der Partnerschaften versuchen, ostdeutsche Funktionäre als Quelle zu gewinnen. Nicht zuletzt stand das Problem im Raum, dass DDR-Bürgerinnen und -Bürger Besuche in den westdeutschen Partnerstädten zur Flucht nutzen könnten.

Um all dies zu verhindern, nahm die Stasi Einfluss auf die Auswahl der Personen, die am städtepartnerschaftlichen Austausch teilnehmen durften. Federführend war dabei die Linie XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, »politischer Untergrund«), die Umsetzung oblag den Kreisdienststellen. Die Partnerstädte pflegten ihre Kontakte hauptsächlich über den Austausch von Delegationen. Die Stasi versuchte daher, »Unsicherheitsfaktoren im Teilnehmerkreis der Delegation«²¹⁶ frühzeitig zu erkennen, indem sie Informantinnen und Informanten in den Räten der ostdeutschen Städte installierte, zum Teil eigens zur Beobachtung der Städtepartnerschaften.

So konnte das MfS gezielt Einfluss auf die personelle Besetzung der Delegationen nehmen und deren Aktivitäten mitplanen und überwachen.

Erich Mielke (1907–2000) wies persönlich an, dass die Delegationsbesuche nicht genutzt werden sollten, um Spitzel im Westen bzw. innerhalb westdeutscher Delegationen zu gewinnen. Es galt ein Anwerbeverbot. Grund dafür war vor allem die Sorge, dass das Enttarnen solcher Versuche der Reputation der DDR immensen Schaden zufügen könne. Auch trennte das MfS seine Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaften streng von der Arbeit im »Operationsgebiet«, also seiner Tätigkeit in der Bundesrepublik: Städtepartnerschaften galten für die Stasi nicht als Teil ihrer »Westarbeit«.

Die Stasi sorgte dafür, dass zu den Delegations- teilnehmerinnen und -teilnehmern auch Stasi-Spitzel gehörten, z. B. die Kontaktperson »Harald«²¹⁷ und der inoffizielle Mitarbeiter (IM) »Ch. Fechter«. Sie gehörten zu einer Delegation des Volkskunstensembles des VEB Eisenhüttenkombinat Ost, das im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Saarlouis 1987 in den Westen reiste.

Die Aufgabe von »Harald« und »Ch. Fechter« war es, der KD Eisenhüttenstadt ausführlich Bericht über die Reise zu erstatten. Während es in der Regel ausreichte, wenn die IM im Anschluss an den Besuch der Partnerstadt einen Bericht verfassten, gab es im Zuge der Reise nach Saarlouis ein Ereignis, das die Stasi unmittelbar handeln ließ: Der Musiker Gunnar Wendt²¹⁸ nutzte den Besuch, um sich eines Abends von der Reise- delegation abzusetzen und in der Bundesrepublik um Aufnahme zu bitten. Noch in der Nacht wurde die KD Eisenhüttenstadt von der SED-Kreisleitung darüber informiert.

Das MfS sah sich in seiner Überzeugung bestätigt, die Bundesrepublik würde die Städtepartnerschaften zu Aktionen gegen die DDR benutzen: Sie habe die Flucht unterstützt, indem der saarländische Innenminister Friedel Läßle (Jg. 1938) Wendt nach dessen Besuch einer Polizeiwache in Saarlouis Schutz gewährt habe.

Den Vorwurf der Fluchthilfe öffentlich gegen die saarländische Regierung zu richten, war der Stasi jedoch nicht möglich. Weder wollte sie vor der west- und ost-

deutschen Öffentlichkeit eingestehen, dass Delegierte der DDR den Besuch im Westen als Möglichkeit zur Flucht nutzten, noch sollte es zu diplomatischen Zerwürfnissen kommen.

Die Reaktion der Stasi auf die Flucht von Wendt beschränkte sich auf die Überprüfung seines Umfelds in der DDR. Das MfS führte Hausdurchsuchungen durch und beschlagnahmte Briefe, Bargeld sowie Westzeitschriften. Es vernahm die Ehefrau des Musikers und andere Personen aus dessen Umfeld sowie Mitglieder der Delegation. Gegen Wendt selbst erließ die Stasi Haftbefehl wegen »ungesetzlichem Grenzübertritt« gemäß § 213 Absatz 2 des StGB der DDR. Der Haftbefehl gegen Wendt wurde aufgrund eines Amnestiebeschlusses des Staatsratsvorsitzenden im Oktober 1987 aufgehoben.

Um solche Fälle zu vermeiden, achtete die Stasi bei der Auswahl der »richtigen« Delegationsteilnehmerinnen und -Teilnehmer weitaus stärker auf politische Zuverlässigkeit als darauf, dass sie dem Anlass des Austauschs gerecht wurden. Dies zeigte sich beispielsweise beim Besuch von Tischtennis- und Schachspielenden der BSG »Stahl« Eisenhüttenstadt im Herbst 1988 im Saarland. Anlässlich der Städtepartnerschaft sollte ein Wettkampf mit einer Saarlouiser Stadtauswahl zum »internationalen Vergleich«²¹⁹ stattfinden.

Der Stasi erschien es bei der Besetzung der Delegation jedoch wichtiger, dass die Teilnehmer politisch loyal waren, als dass sie sportliche Fähigkeiten mitbrachten. Ernüchtert berichtete der mitreisende IM »Gunnar« hinterher, dass die Reise zwar ohne Zwischenfälle verlaufen sei, man aber dem »sportlichen Auftrag [...] nicht gerecht«²²⁰ geworden sei.

Ein noch größeres Problem als die Gefahr, dass Besuche westdeutscher Partnerstädte zur Flucht aus der DDR genutzt werden konnten, sah die Stasi in den dabei entstehenden persönlichen Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern beider Staaten. Die Stasi stellte fest, dass es durch die Partnerschaften tatsächlich zu vermehrten Kontakten über die Grenze hinweg kam. Dies bestärkte die kritische Sicht des MfS auf deutsch-deutsche Städtepartnerschaften.



> Aktendeckel der OPK
»Drahtzieher«
BArch, MfS, AOPK
332/90, Bd. 1

Besonders deutlich wird dies am Beispiel des »Freundeskreises Würzburg – Suhl«. Im Dezember 1988, einen Monat nach dem Abschluss der Partnerschaft zwischen dem bayerischen Würzburg und dem thüringischen Suhl, gründete sich in der unterfränkischen Stadt der Freundeskreis. Er wollte Kontakte auf persönlicher Ebene ermöglichen und stärken. Der Initiator des Freundeskreises war der 1961 aus Erfurt in den Westen geflohene Bernd Höland (Jg. 1947). Regionale Medien wie der Rundfunksender Bayern 2 und die lokale Presse berichteten über die Gruppe und veröffentlichten auch Hölands Aufforderung an die Bewohnerinnen und Bewohner beider Städte, Kontakt zu ihm aufzunehmen,

um sie miteinander zu vernetzen. Insbesondere aus der DDR erhielt er große Resonanz: Im Februar 1989 erklärte Höland im Bayerischen Rundfunk, er habe bisher 102 Briefe aus der DDR erhalten.²²¹ Die Stasi beobachtete die Initiative natürlich äußerst argwöhnisch.

Am 3. April 1989 leitete die KD Suhl die Operative Personenkontrolle »Drahtzieher« ein. Sie wollte nachweisen, dass Höland eine »im Auftrag einer feindlichen Organisation oder Einrichtung tätige Person« war,²²² die Absichten des Freundeskreises aufklären und weitere Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaft verhindern. Aus Sicht der Stasi handelte es sich bei



> Besuch der Suhler Trachtengruppe auf der Mainfranken-Messe in Würzburg, 9.10.1989
Privatbesitz: Bernd Höland

der Initiative keineswegs bloß um den Versuch, freundschaftliche Verbindungen zwischen beiden Städten herzustellen. Ihrer Interpretation nach war der Freundeskreis Bestandteil der politischen Absicht offizieller Vertreter Würzburgs, private Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern beider Städte herzustellen, ohne dabei Partei- und Staatsfunktionäre der DDR zu beteiligen.²²³

Aufgrund der Direktive, im Rahmen der Städtepartnerschaften im Westen zurückhaltend aufzutreten, waren die Handlungsspielräume der Stasi begrenzt. Ihr Schwerpunkt lag daher vor allem auf dem Gewinn von Informationen. Der Einsatzplan der OPK »Drahtzieher« sah den Einsatz mehrerer inoffizieller Mitarbeiter vor. IM »Jochen« sollte z. B. die Einbeziehung des Freundeskreises in die Städtepartnerschaft verhindern, IM »Bernd Heinrich« und IM »Sekretär« sollten die Aktivitäten von Höland dokumentieren. Weitere IM sollten Kontakt zu Höland suchen.

Im Juni 1989 zog die Stasi in einem Zwischenbericht zur OPK »Drahtzieher« ein erstes Fazit: 68 Einzelpersonen und Familien aus der DDR hatten auf Hölands Aufruf zur Kontaktaufnahme postalisch reagiert. Zu keiner von ihnen gab es Hinweise auf eine feindliche

Einstellung gegenüber der DDR. Darüber hinaus berichtete die Stasi, dass vier Suhler Bürgerinnen und Bürger auf eine Einladung Hölands hin nach Würzburg gereist waren. Im Rahmen des Besuchs fand ein Empfang im Würzburger Rathaus sowie ein Gespräch mit dem Bayerischen Rundfunk statt. Die Stasi sah ihren Verdacht bestätigt, hinter dem Freundeskreis stecke der Versuch, die Jahresplanungen im Rahmen der Städtepartnerschaft durch direkte Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern beider Städte zu unterlaufen und damit der DDR zu schaden. Dass der Würzburger Oberbürgermeister nicht an dem Empfang im Rathaus teilnahm, wertete die Stasi nicht als Argument gegen ihre Hypothese, sondern als zusätzlichen Beweis: Schließlich ermögliche dies, den »Aufenthalt als Privatinitiative darzustellen.«²²⁴

Hinter derartigen Versuchen, freundschaftliche Verbindungen durch direkten Austausch aufzubauen, sah die Stasi die organisierte Absicht, die diplomatischen Beziehungen zu unterlaufen und nachhaltig zu schädigen, sodass sie weder vor Überwachung noch vor »Zersetzungsmaßnahmen« zurückschreckte, wie der folgende Fall zeigt.

Kreisdienststelle Weimar

Weimar, 13. Februar 1989

0004

krü-ba

BSU

Bestätigt:

000094

Leiter der Bezirksverwaltung

Schwarz

Generalmajor

Eröffnungsbericht
zum OV "Test", Reg.-Nr. IX 601/89

Die Eröffnung des OV "Test" erfolgt in einem politisch-operativen Schwerpunktbereich der KD Weimar.

Die städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Städten Weimar und Trier sind als Bestandteil der offensiven Außenpolitik der Partei im Interesse der Friedenssicherung einzuordnen. Daraus ableitend ergibt sich die Notwendigkeit der politisch-operativen Sicherung dieses Prozesses durch die KD Weimar zur Realisierung der Unterstützungsfunktion der Partei auf diesem Gebiet. Diese politisch-operative Aufgabenstellung trägt ausgeprägten komplexen Charakter, resultierend aus der Komplexität der Städtepartnerschaft selbst, als alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringender Prozeß.

Im Ergebnis der bisherigen Sicherung der Städtepartnerschaft Weimar-Trier konnten operative Erkenntnisse erarbeitet werden, daß durch das Trierer Stadtparlament sowie durch dessen eingesetzte Kräfte Versuche unternommen werden, die Festlegungen der Städtepartnerschaft zu unterlaufen. Diese Versuche zeigen auf, daß verstärkt die Umsetzung der vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen gegebenen Empfehlungen zu den Städtepartnerschaften mit der DDR angestrebt wird.

Im Rahmen der Analyse der bisherigen operativen Erkenntnisse werden hierbei 3 wesentliche Aspekte deutlich:

1. Die Städtepartnerschaft auf breite Ebene zu verlegen und auf Kontakte Bürger-Bürger, Interessengruppen, Jugendgruppen und Schulklassen zu reduzieren.
2. Unter Einbeziehung sogenannter alternativen Gruppen und Nutzung derer eigenen Interessenlage wird versucht, eine blockübergreifende Friedensbewegung auf unterer Ebene durch Inspirierung von Personen der PUT zu etablieren.
3. Über eine damit angestrebte Druckausübung auf die örtlichen Partei- und Staatsorgane wird zugleich eine Unterstützungsfunktion zur offiziellen Anerkennung dieser Kräfte in Weimar bei gleichzeitigem Bemühen um ihre Integration in die städtepartnerschaftlichen Beziehungen sichtbar.

Im Februar 1989 leitete die KD Weimar den Operativen Vorgang »Test« ein, in dem das MfS sich mit der Städtepartnerschaft zwischen Weimar und Trier befasste. Besonders brisant erschien der Stasi, dass nicht nur Einzelpersonen freundschaftliche Beziehungen aufbauen, sondern auch Gruppen aus der Friedens- und Umweltbewegung sich vernetzen wollten. Auf Trierer Seite war hier die »AG Frieden e. V.« aktiv, die sich mit Themen wie Aufarbeitung der NS-Verbrechen, Umweltschutz oder Wehrdienst befasste, auf Weimarer Seite u. a. der »Arbeitskreis-Trier«, eine Arbeitsgemeinschaft, die sich anlässlich der Städtepartnerschaft gegründet hatte und eine grenzüberschreitende Friedensarbeit anstrebte.

Die Stasi erhob den Vorwurf, die »AG Frieden e. V.« sei von westdeutscher Seite gezielt in die Städtepartnerschaft eingebunden worden. Helmut Schröder (Jg. 1942), seit 1987 Trierer Bürgermeister und ab April 1989 Oberbürgermeister, und das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen würden damit das Ziel verfolgen, oppositionelle Gruppen in der DDR in die städtepartnerschaftliche Arbeit zu integrieren und zu stärken. Nach Meinung des MfS wollte die westdeutsche Seite Druck auf die ostdeutsche Seite ausüben, um eine staatliche Anerkennung der Opposition in der DDR zu erreichen. Dass Mitglieder der Trierer Delegation auch abseits der offiziell geplanten Treffen Kontakte knüpfen wollten, deutete das MfS wiederum als »Angriff des Westens« auf die Souveränität der DDR. Aus Reputationsgründen musste die Stasi aber behutsam bei ihren Gegenmaßnahmen vorgehen. »Bewährt« hatte sich dabei aus ihrer Sicht insbesondere »der komplexe Einsatz von IM«. ²²⁵

Die Stasi konnte die Trierer Seite rund um die »AG Frieden e. V.« nicht aus der Ausgestaltung der Städtepartnerschaft und den Delegationen in die DDR heraushalten. Ihr Fokus lag deshalb darauf, die Aktivitäten der Friedens- und Umweltgruppen in Weimar zu behindern und ihre Kontakte zu den Trierer Gruppen zu unterbinden.

Mitglieder des Weimarer »AK-Trier« durften nicht an Delegationsreisen nach Trier teilnehmen und die Stasi kontrollierte den Briefverkehr der Friedensgruppen. Als Trierer Delegierte ihren Besuch in Weimar anlässlich eines Friedensseminars im April 1988 nutzten, um sich privat mit Vertretern der Weimarer Friedensbewegung zu treffen, führte dies fast zum Eklat. ²²⁶ Die Stasi erfuhr von dem heimlichen Treffen und informierte den Weimarer Oberbürgermeister Gerhard Baumgärtel (1931–1997). In seiner Verabschiedungsrede der Trierer Delegation erwähnte er das Treffen und betonte, dass derartige Zusammenkünfte die Städtepartnerschaft aufs Äußerste gefährdeten.

Ab Februar 1989 bündelte die Stasi verschiedene Vorgänge zur Überwachung der Delegationen und der Weimarer Friedens- und Umweltgruppen im OV »Test«, um ihr Vorgehen besser zu koordinieren. Durch die Postkontrolle, die Infiltration oppositioneller Weimarer Gruppen und die enge »Begleitung« von Trierer Delegationen durch IM war die Stasi zwar gut informiert über die unerwünschten deutsch-deutschen Kontakte, doch es gelang ihr nicht, die Vernetzung der Gruppen zu verhindern.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass private Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Staaten in sämtlichen zwischen 1986 und 1989 geschlossenen Städtepartnerschaften festzustellen sind. Das Spektrum reichte dabei von Kontakten zwischen Kirchengemeinden, ²²⁷ Friedens- und Umweltgruppen und Sportvereinen bis hin zu Aquaristen wie in Jena und Erlangen oder Imkern und Kleintierzüchtern wie in Plauen und Hof. ²²⁸ Somit eröffneten die Partnerschaften, allen Bemühungen der Stasi zum Trotz, einen kleinen, aber doch nicht zu unterschätzenden Handlungsspielraum, über die Grenze hinweg Kontakte aufzubauen, sich auszutauschen, Freundschaften zu entwickeln und sich zu organisieren. Die Stasi sah zwar die Notwendigkeit, dagegen vorzugehen. Sie war aber in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt, wollte sie nicht zu viel Aufsehen erregen, die westdeutsche Seite verärgern und die von der SED gewünschten Städtepartnerschaften gefährden.

Anmerkungen und Verzeichnisse

Anmerkungen

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 1 | Heidenreich, Ronny: Einleitung. In: ders.: Die DDR im Blick der Stasi 1972. Hg. von Daniela Münkler. Berlin 2024, S. 13–67, hier 25–28. | 14 | BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 18/92, Bd. 1, Bl. 174–177. Zu den Beziehungen zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und der DDR vgl. Müller, Stefan: Deutschlandpolitik der Gewerkschaften in den 1980er-Jahren. DGB und FDGB. In: Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation. Hg. von Brunner, Detlef/Kuhnhenne, Michaela/Simon, Hartmut. Bielefeld 2018, S. 17–43. |
| 2 | Zahlen nach Tantzscher, Monika: Hauptabteilung VI. Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2005, S. 84. | | KD Ribnitz-Damgarten an BV Rostock, 26.8.1988; ebd., Bl. 195 f. |
| 3 | Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie (Analysen und Dokumente, Bd. 29). Göttingen 2007. | | Abschrift, 28.4.1989; ebd., Bd. 2, Bl. 40–43. |
| 4 | Schmole, Angela: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme. (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2011, S. 40. | 15 | KD Ribnitz-Damgarten, Maßnahmeplan, 17.7.1989; ebd., Bd. 2, Bl. 109–113. |
| 5 | Ebd., S. 43. | 16 | Abt. XX, Aktenvermerk, 24.8.1989; ebd., Bl. 120 f. |
| 6 | Parteimitglieder der »Grünen« waren deshalb Anfang der 1980er-Jahre zeitweilig mit Einreiseverboten belegt worden, die auf Druck der SED wieder zurückgenommen werden mussten. Gieseke, Jens/Bahr, Andrea: Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten. Göttingen 2016. | 17 | Name geändert. |
| 7 | Name geändert. | 18 | Bekanntere Verbindungen [1977]; BArch, MfS, BV Schwerin, AOPK 1063/79, Bl. 107–110. |
| 8 | Zwischenbericht OPK Club, 14.5.1987; BArch, MfS, BV Rostock, AOP 836/89, Bd. 1, Bl. 225–231. | 19 | Sachstandsbericht, 10.2.1977; ebd., Bl. 24–27, hier 25. |
| 9 | Abt. XX/4, Stellungnahme, 3.9.1987; ebd., Bl. 20. | 20 | Maßnahmeplan zur OPK Prignitz, 30.8.1977; ebd., Bl. 5–14. |
| 10 | Auftragsersuchen, 23.11.1987; BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 18/92, Bd. 1, Bl. 112–115. | 21 | Aktenvermerk, 11.9.1978; ebd., Bl. 121 f. |
| 11 | Ebd., Bl. 116. | 22 | Ermittlungsbericht, 20.11.1978; ebd., Bl. 131–134. |
| 12 | Ebd., Bl. 124. | 23 | KD Perleberg an BV Schwerin, 18.7.1979; BArch, MfS, BV Schwerin, KD Perleberg, ZMA, Nr. 9614, Bl. 103. |
| 13 | Ebd., Bl. 170 f. | 24 | Einreisesperre, 18.7.1979; ebd., Bl. 97. |
| | | 25 | BArch, MfS, BV Cottbus, AOP 1435/77. |
| | | 26 | Information, 11.1.1979; BArch, MfS, BV Cottbus, AOPK 1391/82, Bd. 1, Bl. 27 f. |
| | | 27 | |
| | | 28 | |

- 29 Eröffnungsbericht zum OV »Tourist«, 11.1.1979; BArch, MfS, ZKG, Nr. 21312, Bl. 6–11.
- 30 Operativplan zum OV »Tourist«, 1.2.1979; ebd., Bl. 12–16.
- 31 BV Cottbus an Abt. X, 17.9.1979; ebd., Bl. 17 f.
- 32 Übersetzung des Schreibens vom 25.9.1979; ebd., Bl. 19 f.
- 33 Bericht Heppner, 4.4.1979; BArch, MfS, BV Cottbus, AOPK 1391/82, Bd. 1, Bl. 172.
- 34 Ermittlungsbericht, 8.10.1979; ebd., Bl. 174–176.
- 35 Erkundungsbericht am 7.5.1980; ebd., Bd. 2, Bl. 55 f.
- 36 HA IX an BV Cottbus, 8.10.1982; ebd., Bl. 223.
- 37 Schulungsmaterial zum Thema Funkamateure, vermutlich 1952; BArch, MfS, AS, Nr. 31/54, Bd. 2, Bl. 6–12, hier 6.
- 38 Senne, Christian: Rahmen- und Organisationsbedingungen für Funkamateure in der SBZ und der DDR (1945–1990). Zwischen Selbstzweck und gesellschaftlichem Auftrag. Hamburg 2008, S. 208 f.
- 39 Schmidt, Andreas: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr (MfS-Handbuch. Hg. BArch). Berlin ⁴2025, S. 109 f.
- 40 Ebd., S. 110 f.
- 41 Sachstandsberichte zu Amateurfunkern im Zeitraum Oktober 1977 bis März 1978; BArch, MfS, HA III, Nr. 12378; Bl. 3–6.
- 42 Ebd., Bl. 3–5, hier 3.
- 43 Name geändert.
- 44 Sachstandsbericht Amateurfunkrunde der Justizvollzugsbeamten der BRD (JVA-Runde), 19.9.1985; BArch, MfS, HA III, Nr. 12392, Bl. 1–7.
- 45 Eröffnungsbericht zum ZOV »Frequenz«, 23.8.1973; BArch, MfS, AOP 7153/82, Bd. 1, Bl. 25–28, hier 26.
- 46 Ebd., Bl. 27.
- 47 Ebd., Bl. 25.
- 48 Name geändert.
- 49 Eröffnungsbericht des OV »Jonathan«, 24.2.1981; BArch, MfS, AOP 771/88, Bd. 4, Bl. 6–10, hier 6.
- 50 Ebd., Bl. 8.
- 51 Maßnahmenplan zum OV »Jonathan«, 17.3.1981; ebd., Bl. 12–21, hier 12.
- 52 Bericht über die Beobachtungen und Kontrollen zum Objekt »Köpfchen«, 20. April 1981; ebd., Bl. 33–35.
- 53 Maßnahmenplan: OV »Jonathan«, Berlin 17.3.1981; ebd., Bd. 4., Bl. 12–19.
- 54 Bericht Ermittlungen und Beobachtungen zum Objekt »Köpfchen« sowie zum Verwandten- und Bekanntenkreis am 28.5.1985 v. 27.6.1985; ebd., Bd. 4, Bl. 163 f.
- 55 Name geändert.
- 56 Bericht, 15.8.1981; BArch, MfS, HA III, Nr. 115217, Bl. 55–85, hier 69.
- 57 Ebd., Bl. 83.
- 58 Ebd., Bl. 84.
- 59 Ebd., Bl. 71.
- 60 Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der UdSSR auf dem Gebiet des Amateurfunks, 2.11.1982; BArch, MfS, Abt. X, Nr. 427, Teil I, Bl. 255 f.
- 61 Domnitz, Christian: Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland (Analysen und Dokumente, Bd. 46). Göttingen 2016, S. 182.
- 62 Vgl. Operatives Material »Schwarzrock« und Zusammenarbeit mit den befreundeten Sicherheitsorganen der VR Polen auf dem Gebiet des Amateurfunks, 20.9.1983, BArch, MfS, HA III, Nr. 15217, Bl. 236–252, hier 239; Bericht über die Verbindung am 10.05.1983 mit Oberstleutnant Wilkes, 11.5.1983; ebd., Bl. 219.
- 63 Auskunftsbericht über Barßel, 20.3.1989; BArch, MfS, HA III, Nr. 115217, Bl. 263 f.
- 64 Vgl. Senne: Funkamateure (Anm. 38), S. 234 f.
- 65 Zitiert nach: Diplomarbeit zum Thema Amateurfunk, o. A., Redebeitrag Neibers auf einer Dienstkonferenz vom 7.7.1986; BArch, MfS, HA III, Nr. 15591, Bl. 41.
- 66 Vgl. Senne: Funkamateure (Anm. 38), S. 239.
- 67 BStU (Hg.): Zur Rolle der Stasi im DDR-Leistungssportsystem: MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht. Berlin 1994 und anhand des konkreten Beispiels SC Traktor Schwerin vgl. Kaschka, Ralph: Leistungssport im Visier der Stasi. Das MfS und der SC Traktor Schwerin. Berlin 2017.
- 68 Zur Ausgestaltung, Rolle und Entwicklung der Leistungssportförderung in der DDR vgl. Reichelt, Frank: Das System des Leistungssports in der DDR. Struktur und Aufbau. Marburg 2006.
- 69 Informationsbericht der HA V/6 »über die Diskriminierung der DDR-Delegation zur Weltmeisterschaft im Eiskunstaufen in Dortmund/WD, Februar 1964«, Ost-Berlin, 05.03.1964, BArch, MfS, HA XX, Nr. 1750, Bl. 1 f.
- 70 Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2012, S. 235–237.
- 71 Zur HA XX vgl. Auerbach, Thomas u. a.: Hauptabteilung XX. Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund« (MfS-Handbuch. Hg. BArch). Berlin ²2022; zum »Sicherungsbereich« Sport ebd., S. 87–89.
- 72 »Zusammenfassender Bericht über die Ruderweltmeisterschaften der Männer vom 30.08.1981 bis 07.09.1981 in München« der HA XX/3, Potsdam, 04.11.1981; BArch, MfS, HA XX, Nr. 21435, Bl. 43.
- 73 BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 1911, Bl. 1–15, Zitat Bl. 11.
- 74 Informationsbericht zum »Auffinden einer mit Ballon aus Westberlin eingeflogenen Postkarte«, Ost-Berlin, 15.06.1977; BArch, MfS, HA XX, Nr. 15063, Bl. 88; die Postkarte ebd., Bl. 90 f.
- 75 BArch, MfS, BdL, Nr. 1324.
- 76 Eine Auflistung findet sich in: BArch, MfS, HA XX, Nr. 505, Bl. 61–64.
- 77 Zu Vorkommnissen insbesondere rund um die Touristen verfasste die ZAIG einen Bericht für die SED-Spitze, der aber wohl nicht an diese versandt wurde: BArch, MfS, ZAIG 2067, Bl. 1–8.
- 78 Piaters Verpflichtungserklärung als IM ist seiner IM-Akte zu entnehmen: BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 3439/92, Bd. 1, Bl. 18.

- 79 Berichte des IM »Möwe« zu drei Funktionären im Vorfeld der Olympischen Spielen 1972; ebd., Bd. 2, Bl. 45–48. Bericht über »Möwes« Einsatz bei den Olympischen Spielen, 6.7.1972; ebd. Bd. 2, Bl. 49–54
- 80 Quittung über die Zahlung von 150 Mark an IM »Möwe«, 22.9.1972; ebd., Bd. 1, Bl. 216.
- 81 Dazu ist eine mikroverfilmte Akte der Auswertungs- und Kontrollgruppe der HA PS erhalten; BArch, MfS, HA PS, MF, Nr. 1088.
- 82 Zur HV A/III und Horst Machts vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen (MfS Handbuch. Hg. BArch). Berlin ²2024, S. 74 f.
- 83 Zum Einsatz der Operativgruppe vgl. BArch, MfS, HA XX, Nr. 505, Bl. 100–105. Operativgruppen sind nach Christian Domnitz auch für die Spiele in Seoul und Calgary 1988 nachweisbar. Vgl. Domnitz: Kooperation und Kontrolle (Anm. 61), S. 21.
- 84 BArch, MfS, HA PS, MF, Nr. 1088, Mikrofilmbild 86 f.
- 85 Zitat aus: Richtlinie 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit; BArch, MfS, ZAIG 26648, Bl. 6–70.
- 86 Schauss, Rolf/Alt, Bernd: Angst vergessen. Eine Fluchthilfe über den Eisernen Vorhang und ihre Folgen. Engelsbrand 2001, S. 10.
- 87 BArch, MfS, AU 3471/88, Bd. 2, Information, HA VI, 24.05.1982, Bl. 54–57, hier 56.
- 88 Ebd., Bl. 54–57.
- 89 Ebd., BV Karl-Marx-Stadt, Abt. IX, Ermittlungsverfahren-Fahndung, 3.11.1982, Bl. 167.
- 90 BArch, MfS, AIM, Nr. 15659/91, Teil II.
- 91 Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989. München 2005, S. 169–171, hier 189.
- 92 Gerhard, Claus: Der überwachte Himmel. Die staatlichen Sicherungsmaßnahmen der DDR zur Verhinderung von Fluchten mit Fluggeräten. Berlin 2020, S. 57.
- 93 Eröffnungsbericht zum ZOV »Karussell«; BArch, MfS, AOP 4622/88, 12.7.1982, Bd. 1, Bl. 14–16, hier 15.
- 94 Heinemann, Winfried: Die Sicherung der Grenze. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung. München 2011, S. 138–151, hier 141.
- 95 Hertle, Hans-Hermann: Grenzverletzer sind festzunehmen oder zu vernichten. www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/52462/grenzverletzer-sind-festzunehmen-oder-zu-vernichten/ (letzter Aufruf 9.5.2025).
- 96 Zu den Zahlen vgl. Wolf, Stephan: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen (MfS-Handbuch. Hg. BArch). Berlin ²2023, S. 57 u. 69; Stief, Martin: Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus (BF informiert, Bd. 30). Berlin ²2022, S. 15–19.
- 97 Wolf: Hauptabteilung I (Anm. 97), S. 22; Muhle, Susanne: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (Analysen und Dokumente, Bd. 42). Göttingen 2015, S. 151; Stief: Desertionen (Anm. 97), S. 20. Auch der im Februar 1982 von Hauptabteilung I eröffnete Zentrale Operativ-Vorgang, in welchem alle Deserteure aus Grenztruppen und NVA erfasst wurden, lief unter dem Decknamen »Verräter«. Vgl. Eröffnungsbericht zum Anlegen des ZOV »Verräter«, 1.2.1982; BArch, MfS, AOP 7276/91, Bd. 1, Bl. 4–6.
- 98 Sälter, Gerhard: Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR 1952 bis 1965. Berlin 2009, S. 410.
- 99 Ebd.
- 100 Referat von Ernst Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz im SfS, 11.–12.11.1953. Abgedruckt in: Fricke, Karl Wilhelm/Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956 (Analysen und Dokumente, Bd. 11). Berlin 1998, Dokument 6, S. 272–283, Zitat 280.
- 101 MfS-Befehl Nr. 357/60, 18.7.1960, abgedruckt bei Muhle: Menschenraub (Anm. 98), insbes. S. 153.
- 102 Zum Fall vgl. Sälter: Grenzpolizisten (Anm. 99), S. 416–428; Schmude, Klaus: Fallbeil-Erziehung. Der Stasi/SED-Mord an Manfred Smolka. Böblingen 1992.
- 103 Muhle: Menschenraub (Anm. 98), S. 599.
- 104 Vgl. z. B. zur Rückholung von Klaus-Dieter Rauschenbach im Jahr 1981, www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/53562/57-stunden-im-westen/ (letzter Aufruf 9.5.2025); ebenso zur Rückholung von Dietmar Mann im Jahr 1987, www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/276389/ueber-den-zaun-und-zurueck/ (letzter Aufruf 9.5.2025).
- 105 Eine detaillierte Auflistung der Dokumente findet sich in: BArch, MfS, AOP 14159/89, Bd. 1, Bl. 40 f.
- 106 Information 608/81 v. 21.11.1981, online unter www.ddr-im-blick.de (letzter Aufruf 9.5.2025).
- 107 Kopien der Artikel sind abgelegt in: BArch, MfS, AOP 14159/89, Bd. 1, Bl. 90–101.
- 108 Kopien der Artikel sind abgelegt in: ebd., Bl. 104–131.
- 109 Beschluss zum Anlegen des TOV 1 zum ZOV »Verräter« (»Renegat«), 8.4.1982; ebd., Bl. 14.
- 110 Eröffnungsbericht zum Anlegen des TOV 1 (»Renegat«), 16.3.1982; ebd., Bl. 21.
- 111 Zur Gesellschaft für Soziale Beziehungen e. V. vgl. die Zeitzeugenbeschreibung bei Buchbender, Ortwin/Rothe, Rolf: Hilfe für geflüchtete Soldaten aus der DDR. In: Deutschland Archiv 6 (2009), S. 1023–1032.
- 112 Beobachtungsbericht, 30.12.1982; BArch, MfS, AOP 14159/89, Bd. 2, Bl. 156–163.
- 113 BArch, MfS, AOP 14159/89, passim.

- 114 Aktenvermerk zum TOV »Renegat« des ZOV »Verräter«, 21.6.1985; ebd., Bd. 9, Bl. 316.
- 115 Operativplan zur weiteren Bearbeitung des TOV 1 »Renegat«, 16.7.1985; ebd., Bl. 320.
- 116 Ebd., Bd. 10, Bl. 293–347.
- 117 Operativplan zur weiteren Bearbeitung des TOV 1 »Renegat«, 16.7.1985; ebd., Bd. 9, Bl. 320.
- 118 Konzeption zur Realisierung des TV »Renegat« des ZOV »Verräter«, 18.6.1986; ebd., Bd. 10, Bl. 349–356.
- 119 Mit »Operationsgebiet« war die Bundesrepublik Deutschland gemeint. Aktenvermerk zum TOV »Renegat«/ZOV »Verräter«, 14.7.1986; ebd., Bl. 374 f.
- 120 Konkrete Pläne, einen Deserteur zu ermorden, schmiedete die Staatssicherheit z. B. im Fall Werner Weinhold. Vgl. Muhle: Menschenraub (Anm. 98), S. 109 f.
- 121 Vorschlag als Kursant für den Besuch einer Sonderschule des MfNV, 14.9.1978; BArch, MfS, AIM, Nr. 24861/91, Bd. 1, Bl. 48–50.
- 122 Aussprachebericht, 16.5.1979; ebd., Bl. 90.
- 123 Ergänzung der Analyse über Eignung und Sicherheit des IME »Achim Helbig«, 2.12.1981; ebd., Bd. 2, Bl. 56–62.
- 124 BArch, MfS, AIM, Nr. 24861/91, passim, u. a. Bd. 2, Bl. 392.
- 125 BArch, MfS, AIM, Nr. 24892/91.
- 126 BArch, MfS, AOP 14159/89, Bd. 14, Bl. 139 f.
- 127 Balbier, Uta: Die Grenzenlosigkeit menschlicher Leistungsfähigkeit. Planungsgläubigkeit, Konkurrenz und Leistungsförderung in der Bundesrepublik und der DDR in den 1960er Jahren. In: Historical Social Research 32 (2007) 1, S. 137–153.
- 128 Zu diesen und weiteren Hauptaufgaben der Stasi im Bereich des Sports siehe BStU (Hg.): MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht. Berlin 1994, S. 4 f.
- 129 Braun, Jutta/Wiese, René: »Sportverräter« zwischen Ost und West. In: Blecking, Diethelm/Peiffer, Lorenz (Hg.): Sportler im »Jahrhundert der Lager«. Profiteure, Widerständler und Opfer. Göttingen 2002, S. 165 f.
- 130 Ein Meisterspieler haut ab – wie Klaus Günther in den Westen machte (Zeitzeugeninterview). In: www.youtube.com/watch?v=j-exlWEnxUw (letzter Aufruf 9.5.2025).
- 131 Anzeige zur Flucht von Klaus Günther, 16.12.1966; BArch, MfS, AOP 14309/85, Bd. 1, Bl. 41–43.
- 132 Festlegung der ersten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Republikflucht des Chemie-Torwartes Günther, 17.12.1966; ebd., Bl. 46.
- 133 Eröffnungsbericht zum Operativen Vorlauf »Abwerber«, 17.12.1966; ebd. Bl. 22–27, hier Bl. 24.
- 134 Ebd.
- 135 Verpflichtung IM »Klaus«, 26.9.1975; BArch, MfS, BV Rostock, AIM, Nr. 162/91, Bd. 1, Bl. 35.
- 136 Bericht des IM »Klaus« zur Flucht von drei Handballern des SC Empor Rostock, 11.11.198; BArch, MfS, BV Rostock, AU 2621/87, Bd. 1, Bl. 71 f.
- 137 Gesprächsvermerke der drei Mütter über ihre Reise nach München, 14.11.1986; ebd., Bl. 208–217.
- 138 Verfügung über die Amnestie vom 17.7.1987, 8.10.1987; ebd., Bd. 2, Bl. 71–74.
- 139 Braun, Jutta: »Sportverräter«. Der Fall Lutz Eigendorf in vergleichender Sicht. In: Stasi in Niedersachsen. Die Enquetekommission »Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags. Göttingen 2017, Bd. 2, S. 58.
- 140 Bundesarchiv: Fußball für die Stasi. Der Berliner Fußball-Club Dynamo. Berlin 2023, S. 5 f.
- 141 Zitiert nach: Eröffnungsbericht zum Operativen Vorgang »Ball«, 5.3.1984; BArch, MfS, AOP 6070/91, Bd. 1, Bl. 21.
- 142 Vgl. Operativer Vorgang »Ball« gesammelte Zeitungsartikel zum Fall; ebd., Bd. 2.
- 143 Zitiert nach: Neues Deutschland, 4.11.1983, S. 7.
- 144 Braun/Wiese: Sportverräter (Anm. 130), S. 170.
- 145 Braun, Jutta: Klassenkampf im Flutlicht – Innerdeutscher Sportverkehr 1974–1989. In: Teichler, Joachim (Hg.): Sport in der DDR. Eigensinn, Konflikte, Trends. Köln 2003, S. 61–67.
- 146 Wehr, Laura: Vergessene Migrationsgeschichte/n? Die Ausreise aus der DDR in der Erinnerung von Übersiedler-Eltern und -Kindern, 14.12.2016. In: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/238655/vergessene-migrationsgeschichte-n/ (letzter Aufruf 9.5.2025).
- 147 Ebd.
- 148 Eisenfeld, Bernd: Die zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1996, S. 3. Name geändert.
- 149 Aus einem Trefferbericht der Stasi mit IM »Feith« im November 1982; BArch, MfS, BV Halle, AIM, Nr. 1388/88, Bd. 2, Bl. 30.
- 150 Informations Schreiben der Stasi zur Organisation »Familienzusammenführung Ost-West«, 19.11.1985; ebd. Bl. 274.
- 151 Aktenvermerk der Stasi zur Beendigung der inoffiziellen Zusammenarbeit mit IM »Feith«, 2.12.1987; ebd., Bd. 3, Bl. 80.
- 152 Operativplan der BV Leipzig für die Absicherung der IM »Swantje« und »Sala« im Operationsgebiet, 5.3.1981; BArch, MfS, BV Leipzig, AIM, Nr. 1849/91, Bd 1., Bl. 208.
- 153 Treffplan der BV Leipzig für die IM »Swantje« und »Sala«; ebd. Bd. 2, Bl. 320.
- 154 Treffbericht der BV Leipzig mit »Sala« vom 4.5.1981; ebd., Bl. 187.
- 155 Aus einem Trefferbericht der BV Leipzig mit IM »Sala«, 25.4.1984; ebd., Bl. 282.
- 156 Bericht über das Ende der Zusammenarbeit mit »Sala«, 13.11.1989; ebd., Bd. 3, Bl. 60.
- 157 Vgl. Notaufnahmeprotokolle von Rudolf Kuschminder Nr. 21053, Januar 1952, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Außenstelle Ursulum (Gießen).

- 159 Ein weiteres Notaufnahmelager gab es bis 1990 in West-Berlin. Der Stadtteil, der seit 1951 in das System der Notaufnahme eingebunden war, nahm mit Abstand die meisten DDR-Flüchtlinge auf. Zunächst standen für sie kleinere Notunterkünfte in Charlottenburg und Zehlendorf zur Verfügung. Im April 1953 eröffnete der Senat das zentrale Notaufnahmelager in Marienfelde. Bereits im September 1956 beherbergte die Einrichtung den einmillionsten Flüchtling.
- 160 Kimmel, Elke: Das Notaufnahmeverfahren. In: Effner, Bettina/Heidemeyer, Helge (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Berlin 2005, S. 124 und den Zeitungsartikel: Flucht in die Freiheit. In: Neue Presse, Weihnachten 1951.
- 161 Hans Lukaschek im Bundestag, siehe Deutscher Bundestag, 52. Sitzung, 27. März 1950, S. 1887.
- 162 Personalbogen des MfS zu Heinz Dörr; BArch, MfS, ZKG, Nr. 3268, Bl. 107.
- 163 Bericht der Abt. VII/2 der BV Magdeburg, 21.10.1959; BArch, MfS, AOP 12324/63, Bd. 6, Bl. 220.
- 164 Schlussbericht des IM-Vorgangs; BArch, MfS, AIM, Nr. 6882/61, Bd. 1, Bl. 235.
- 165 Reisebericht des IM über seine Fahrt nach Uelzen, 11.4.1958; ebd., Bl. 154.
- 166 Reisebericht des IM über seine Beobachtung des Notaufnahmelagers Uelzen, 15.2.1958; ebd., Bl. 214.
- 167 Schlussbericht des IM-Vorgangs; ebd., Bl. 235.
- 168 Aktenvermerk der BV Magdeburg, 21.10.1959; BArch, MfS, AOP 12324/63, Bd. 6, Bl. 222.
- 169 Ebd.
- 170 Ebd.
- 171 Urteil des III. Strafsenats des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main, 12.6.1958; BArch, Pers. 101/83512.
- 172 Ebd.; siehe auch Schreiben des Generalstaatsanwalts an Bundesminister für Vertriebene zum Urteil gegen Schiek, 13.6.1958; Bundesarchiv, ebd.
- 173 van Laak, Jeannette: Einrichtung im Übergang. Das Aufnahmelager Gießen (1946–1990). Frankfurt am Main 2017, S. 236.
- 174 Siehe u.a. HA VII/3: Bericht über die erfolgreiche Werbung im »Treffobjekt Specht«; BArch, MfS, AIM, Nr. 15557/89, Bl. 24; ZKG, Abt. 4: Einsatz- und Entwicklungskonzeption für IMB »Erika«, 17.12.1984; BArch, MfS, AIM, Nr. 15505/89 (IM »Erika«); Bd. 1, Bl. 95; Auskunftsbericht, 6.5.1985 – Einschätzung der bisherigen inoffiziellen Zusammenarbeit mit IM »Peter Schulz«; BArch, MfS, AIM, Nr. 15557/89, Bd. 1, Bl. 328; Treffbericht IM »Peter Schulz«, 18.8.1977; HA VII/3 – Beispiel für Auftragserteilung: Detailangaben zur Kantine, Haus Sachsen, Krankenstation; ebd., Bd. 2, Bl. 24 u. 26.
- 175 Zeitzeugengespräch mit Anita Kazungu, 12.6.2024; ZKG, Abt. 4: Einsatz- und Entwicklungskonzeption für IMB »Erika«, 17.12.1984; BArch, MfS, AIM, Nr. 15505/89 (IM »Erika«), Bd. 1, Bl. 95.
- 176 Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main, 4.2.1992, S. 7; Privatsammlung Anita Kazungu.
- 177 Erklärung Tankred Dietzel im Rahmen des Ermittlungsverfahrens, Sitzung des Oberlandesgerichts vom 28.8.1990, S. 5; Privatsammlung Anita Kazungu.
- 178 Zeitzeugengespräch mit Anita Kazungu, 12.6.2024.
- 179 Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main, 4.2.1992, S. 9; Privatsammlung Anita Kazungu.
- 180 Diplomarbeit von Hauptmann Hans Schierz: »Politisch-operative Aufklärung und Bekämpfung des Notaufnahmeverfahrens der BRD und Westberlins«, 15.12.1982; BArch, MfS, JHS, MF, Nr. 5373, Bl. 4.
- 181 Selvage, Douglas/Süß, Walter: Staatssicherheit und KSZE-Prozess. MfS zwischen SED und KGB (1972–1989) (Analysen und Dokumente, Bd. 54). Göttingen 2019, S. 123 f.
- 182 Vgl. ebd., S. 198 f.
- 183 Löwenthal, Gerhard/Kamphausen, Helmut/Clausen, Claus P.: Hilferufe von drüben. Eine Dokumentation wider das Vergessen. Holzgerlingen 2002, S. 11.
- 184 Ebd., S. 30.
- 185 Als »Feindorganisation« definierte die Stasi all jene Verbände, Vereine und Zusammenschlüsse, die DDR-Bürgerinnen und -Bürger bei ihren Anliegen, aus der DDR auszureisen, unterstützte. Die Stasi unterstellte, dass die »Feindorganisationen« die Menschen zur Ausreise »inspirieren« würden. Darüber hinaus trügen sie entscheidend dazu bei, dass die Ausreisewilligen öffentlich gegen Ablehnungsbescheide protestierten. Diese »feindlich-demonstrativen« Handlungen würden dem internationalen Ansehen der DDR schaden.
- 186 Eröffnungsbericht zum ZOV »Kontra« über die Feindorganisation »Hilferufe von drüben e. V.«, Lippstadt; BArch, MfS, AOP 6071/91, Bl. 4–9.
- 187 Ebd.
- 188 Ebd.
- 189 Ebd., Bl. 5.
- 190 Bearbeitungskonzeption zur Aufklärung und Bekämpfung der Feindorganisation »Hilferufe von drüben e. V.«, Lippstadt im ZOV »Kontra«, o. D.; ebd., Bl. 55–86, hier 56.
- 191 Löwenthal/Kamphausen/Clausen: Hilferufe (Anm. 184), S. 289.
- 192 Ebd., S. 225.
- 193 Koenig beschloss aus Sorge, ins Visier der Stasi zu geraten, erst sehr spät, ordentliches Mitglied des Vereins zu werden.
- 194 Schemann, Anne: »Feindzentrale »Onkel Theo««. Eine private Hilfsaktion für DDR-Bürger und ihre politische Dimension. Magdeburg 2004.
- 195 Ebd., S. 55. Im ersten Quartal 1980 betrug die Portokosten 556,70 DM. Die letzte Quartalsabrechnung 1990 belief sich auf 7 705,90 DM. Insgesamt hatte der Verein mehr als 94 000 DM Portokosten übernommen.

- 196 Eröffnungsbericht zu OV »Gast«, 23.9.1980; BArch, MfS, AOP 6071/91, Bd. 12, Bl. 61–66.
- 197 Schemann: Feindzentrale (Anm. 195), S. 118.
- 198 Ermittlungsbericht zu Koenig, Theo, 2.6.1988; BArch, MfS, AOP 6071/91, Bd. 8, Bl. 1–13, hier 13.
- 199 Name geändert.
- 200 Schemann: Feindzentrale (Anm. 195), S. 126.
- 201 Bericht über den Aufenthalt bei Theo Koenig, Cottbus, 7.9.1989; BArch, MfS, AOP 6071/91, Bd. 12, Bl. 235–237.
- 202 Schemann: Feindzentrale (Anm. 195), S. 128.
- 203 Eröffnungsbericht zur OPK »Initiator«, Berlin, 5.4.1985; BArch, MfS, AOP 7931/89, Bd. 1, Bl. 27–30.
- 204 1984 als »Solidaritätskoordination gegen politische Unterdrückung in der DDR« gegründet und im Februar 1985 umbenannt.
- 205 Vorschlag zur Werbung eines IM, 9.10.1984; BArch, MfS, AIM, Nr. 9044/91, Bd. 1, Bl. 27–33.
- 206 Bericht über die Aktivitäten der »Berliner Initiative 100 000 Partnerschaften Ost-West«, 7.7.1986; BArch, MfS, AOP 7931/89, Bd. 1, Bl. 272 f.
- 207 Eröffnungsbericht zur OPK »Initiator«, 5.4.1985; ebd., Bl. 27–30.
- 208 Eröffnungsbericht zum Anlegen des OV »Initiator«, 15.7.1985; ebd., Bl. 164–172.
- 209 Abschlussbericht zum OV Initiator, 7.8.1989; ebd., Bd. 2, Bl. 186–189.
- 210 Driemert, Siegfried: IM Schuster. Der beste Freund ein Verräter, Norderstedt 2010.
- 211 Beschluss über das Anlegen eines OV, 1.8.1985; BArch, MfS, AOP 15250/89, Bd. 1, Bl. 4.
- 212 Bericht über die am 31.7.1985 durchgeführte Koordinierungsberatung zum »Verband ehemaliger DDR-Bürger«, 2.8.1985; BArch, MfS, AOP 1525050/91, Bd. 1, Bl. 197–201.
- 213 Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1996, S. 34.
- 214 Rennebarth, Enrico: Kommunale »innerdeutsche Außenpolitik« und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR am Beispiel der Städtepartnerschaft Braunschweig–Magdeburg. Braunschweig 2017, S. 41.
- 215 Ebd., S. 51.
- 216 JHS-Diplomarbeit zur Städtepartnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis; BArch, MfS, JHS, Nr. 21136/1, Bl. 92.
- 217 Bei Kontaktpersonen handelte es sich zumeist um Personen, die vom MfS als vertrauenswürdig eingeschätzt und deshalb für bestimmte Aufgaben von der Stasi angesprochen wurden. Anders als bei inoffiziellen Mitarbeitern lag keine Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit dem MfS vor.
- 218 Name geändert.
- 219 Bericht des IM »Gunnar«, o. D.; BArch, MfS, HA XX, Nr. 16283, Bl. 5.
- 220 Ebd., Bl. 7.
- 221 Einleitungsbericht der OPK »Drahtzieher«, 3.4.1989; BArch, MfS, BV Suhl, AKG, ZMA, Nr. 5780, Bl. 6.
- 222 Ebd., Bl. 4.
- 223 Ebd., Bl. 7.
- 224 Zwischenbericht zur OPK »Drahtzieher«, 1989; ebd., Bl. 15.
- 225 Sachstandsbericht zum OV »Test«, 18.7.1989; BArch, MfS, HA XX, Nr. 865, Teil II, Bl. 379.
- 226 Ebd., Bl. 69 f.
- 227 Information über eine zusammenfassende Einschätzung der zu beachtenden sicherheitspolitischen Aspekte in den städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen Lübben und Neunkirchen/Saar der BV Cottbus, 15.7.1988; BArch, MfS, ZAIG 11668, Teil. I, Bl. 135.
- 228 Erkenntnisse der KD Plauen zum beabsichtigten Unterlaufen der staatlichen Vereinbarungen zur Städtepartnerschaft Plauen–Hof, 19.8.1988; ebd., Bl. 319.

Autorinnen und Autoren

- ECa **Elise Catrain**
Dr., Jg. 1983; Germanistin und Historikerin,
Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit der Gedenk-
stätte Berlin-Hohenschönhausen
- KSo **Konstanze Soch**
Dr., Jg. 1988; Kulturwissenschaftlerin und
Historikerin, Projektleiterin und wissenschaft-
liche Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung
und Forschung des Bundesarchivs
- MSc **Mark Schiefer**
Dr., Jg. 1981; Politikwissenschaftler und
Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Lern- und Erinnerungsort Notaufnahmelager
Gießen
- MSt **Martin Stief**
Dr., Jg. 1984; Historiker, Projektleiter und
wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung
Vermittlung und Forschung des Bundesarchivs
- MtSc **Martin Schaffert**
Jg. 1979; Historiker, Mitarbeiter der Abteilung
Vermittlung und Forschung des Bundes-
archivs
- RHe **Ronny Heidenreich**
Dr., Jg. 1980; Politikwissenschaftler und
Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Abteilung Vermittlung und Forschung des
Bundesarchivs
- RHo **Robert Hoffmann**
Jg. 1990; Historiker, Mitarbeiter der Abteilung
Kommunikation des Bundesarchivs

Weiterführende Literaturhinweise zur Stasi in der Bundesrepublik

Bauernfeind, Wolfgang: Menschenraub im Kalten Krieg. Täter, Opfer, Hintergründe. Halle (Saale) 2016

Braun, Jutta/Wiese, René: »Sportverräter« zwischen Ost und West. In: Blecking, Diethelm/Peiffer, Lorenz (Hg.): Sportler im »Jahrhundert der Lager«. Profiteure, Widerständler und Opfer. Göttingen 2002, S. 164-175.

Effner, Bettina: Der Westen als Alternative. DDR-Zuwanderer in der Bundesrepublik und West-Berlin 1972 bis 1989/90, Berlin 2020.

Effner, Bettina/Heidemeyer, Helge (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. Berlin 2005.

Eisenfeld, Bernd: Die zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1996.

Gerhard, Claus: Der überwachte Himmel. Die staatlichen Sicherungsmaßnahmen der DDR zur Verhinderung von Fluchten mit Fluggeräten. Berlin 2020.

Gladen, Jutta: »Man lebt sich auseinander«. Von der Schwierigkeit, Verwandte drüben zu besuchen. Magdeburg 2001.

Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie (Analysen und Dokumente, Bd. 29). Göttingen 2007.

Löwenthal, Gerhard/Kamphausen, Helmut/Clausen, Claus P.: Hilferufe von drüben. Eine Dokumentation wider das Vergessen. Holzgerlingen 2002.

Müller-Enbergs, Helmut: Hauptverwaltung A (HVA). Aufgaben, Strukturen, Quellen (MfS-Handbuch. Hg. BArch). Berlin 2024.

Muhle, Susanne: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (Analysen und Dokumente, Bd. 42). Göttingen 2015.

Niedersächsischer Landtag (Hg.): Stasi in Niedersachsen/ Enquêtekommision »Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten«. 3 Bde., Göttingen 2017.

Niederhut, Jens: Die Reisekader. Auswahl und Disziplinierung einer privilegierten Minderheit in der DDR. Leipzig 2005.

Nooke, Maria (Hg.): Mauergeschichte von Flucht und Fluchthilfe. Begegnungen mit Zeitzeugen. Berlin 2017.

Rennebarth, Enrico: Kommunale »innerdeutsche Außenpolitik« und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR am Beispiel der Städtepartnerschaft Braunschweig – Magdeburg. Braunschweig 2017.

Schemann, Anne: »Feindzentrale Onkel Theo«. Eine private Hilfsaktion für DDR-Bürger und ihre politische Dimension. Magdeburg 2004.

Schmidt, Andreas: Hauptabteilung III. Funkaufklärung und Funkabwehr (MfS-Handbuch. Hg. BArch). Berlin 2025.

Schröer, Helmut/Lintz, Dieter: Trier – Weimar. Eine deutsche Städtepartnerschaft. Trier 2012.

Senne, Christian: Rahmen- und Organisationsbedingungen für Funkamateure in der SBZ und der DDR (1945–1990). Zwischen Selbstzweck und gesellschaftlichem Auftrag. Hamburg 2008.

Spitzer, Giseler: Sicherungsvorgang Sport. Das Ministerium für Staatssicherheit und der DDR-Spitzensport (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaften, Bd. 97). Schorndorf 2005.

Tantzsch, Monika: Hauptabteilung VI. Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr (MfS-Handbuch. Hg. BArch). Berlin 2023.

van Laak, Jeannette: Einrichtung im Übergang. Das Aufnahmelager Gießen (1946–1990). Frankfurt am Main 2017.

Veigel, Burkhard: Wege durch die Mauer. Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West. Berlin 2015.

Wala, Michael: Der Stasi-Mythos. DDR-Auslandsspionage und der Verfassungsschutz. Berlin 2023.

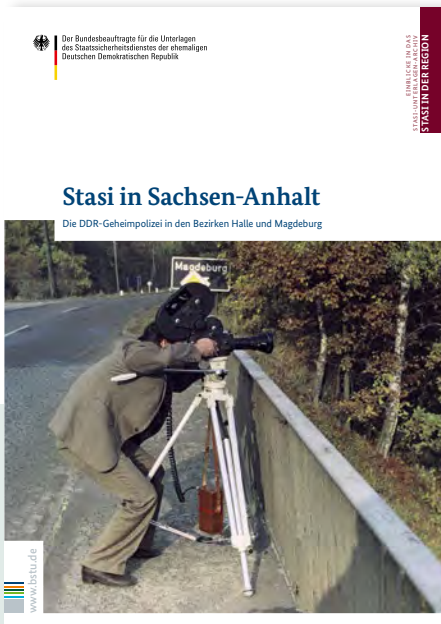
Wehr, Laura: Geteiltes Land, gespaltene Familien? Eine Oral History der DDR-Ausreise von Familien. Berlin 2020.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe	IM	Inoffizieller Mitarbeiter (MfS) – konspirativ und in der Regel unbezahlt
AK	Arbeitskreis		tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes; flächendeckend und in allen Bereichen der Gesellschaft, auch im Ausland einschließlich der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin eingesetzt; Minister Mielke: »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«
BArch	Bundesarchiv		
BdL	Büro der Leitung/des Leiters (MfS); ab 1971 SdM		
BFC	Berliner Fußballclub (Dynamo)		
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe (MfS)		
BSG	Betriebssportgemeinschaft (DDR)		
BStU	Die/Der Bundesbeauftragte/r für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung (MfS) bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
BV	Bezirksverwaltung (MfS)		
BRD	Bundesrepublik Deutschland		
		KD	Kreisdienststelle (MfS)
CB-Funk	Citizen-Band-Funk	KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti, (russ.) Komitee für Staatssicherheit (beim Ministerrat der UdSSR)
DDR	Deutsche Demokratische Republik		
DM	Deutsche Mark	KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund (DDR)	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
e. V.	eingetragener Verein		
		LfV	Landesamt für Verfassungsschutz (BRD)
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund – Einheitsgewerkschaft der DDR	LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR) – staats-treue Jugendorganisation	MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
GI	Geheimer Informator (MfS) – inoffizieller Mitarbeiter; seit 1968 IM	NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
GM	Geheimer Mitarbeiter (MfS) – inoffizieller Mitarbeiter mit tatsächlichem oder potenziellem Zugang zu Personen oder Organisationen, die vom MfS als feindlich eingestuft wurden; bis 1968	OPK	Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsspionage
HA	Hauptabteilung (MfS)		
HIME	Hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz (MfS) – wurde vom MfS langfristig eingesetzt, finanziell und sozial versorgt	OV	Operativer Vorgang (MfS) – konspiratives Ermittlungsverfahren gegen »unbekannt« oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat begangen hatten oder dies beabsichtigten (Anlass war oft schon nichtkonformes politisches Verhalten)
HVA	Hauptverwaltung A; (Auslandsspionage des MfS)		
HvD	Verein „Hilferufe von drüben“		

Pkw	Personenkraftwagen
PS	Personenschutz (MfS)
PUT	politische Untergrundtätigkeit
SC	Sportclub (DDR) – staatlich geför- derte, leistungssportlich orientierte Einrichtung
SdM	Sekretariat des Ministers (MfS)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch (der DDR)
SV	Sportvereinigung
TBK	Toter Briefkasten
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjet- republiken
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
VEB	Volkseigener Betrieb
VR	Volksrepublik
WM	Weltmeisterschaft
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informa- tionsgruppe (MfS)
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee (der SED)
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe (MfS)
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang (MfS)

Bisher sind in der Reihe »Stasi in der Region« die folgenden Hefte erschienen:



Stasi in Sachsen-Anhalt
Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken
Halle und Magdeburg

Berlin 2016, 180 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-00-8



Stasi in Sachsen
Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken
Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig

Berlin 2021, 2., korr. Aufl., 176 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-07-7



Stasi in Thüringen
Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken
Erfurt, Gera und Suhl

Berlin 2022, 2., gfg. korr. Aufl., 168 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-59-6



Stasi in Mecklenburg-Vorpommern
Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken
Neubrandenburg, Rostock und Schwerin

Berlin 2023, 2., Aufl., 166 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-64-0



Stasi in Brandenburg

Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam

Stasi in Brandenburg

Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam

Berlin 2020, 172 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-05-3

Auch als kostenloser
Download auf
[www.bundesarchiv.de/
stasi-unterlagen-archiv/
publikationen](http://www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/publikationen)



Stasi in Berlin

Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt

Stasi in Berlin

Die DDR-Geheimpolizei in der geteilten Stadt

Berlin 2022, 196 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-06-0

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Frankfurter Allee 204
10365 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin
Telefon: 030 18665-0
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung

Atelier Hauer + Dörfler, Berlin

Redaktion

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Abteilung Vermittlung und Forschung
Referat VF 4: Quellenkundliche Forschung; Wissenschaftliche
Forschungsprojekte; Service und Publikationen
Projektgruppe: Dokumentation
10106 Berlin

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden,
geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen und
Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur
mit Angabe der Verfasserinnen und Verfasser und der Quelle
sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber
an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben
Honoraransprüche gewahrt.

Schutzgebühr 5,00 €
Berlin 2025

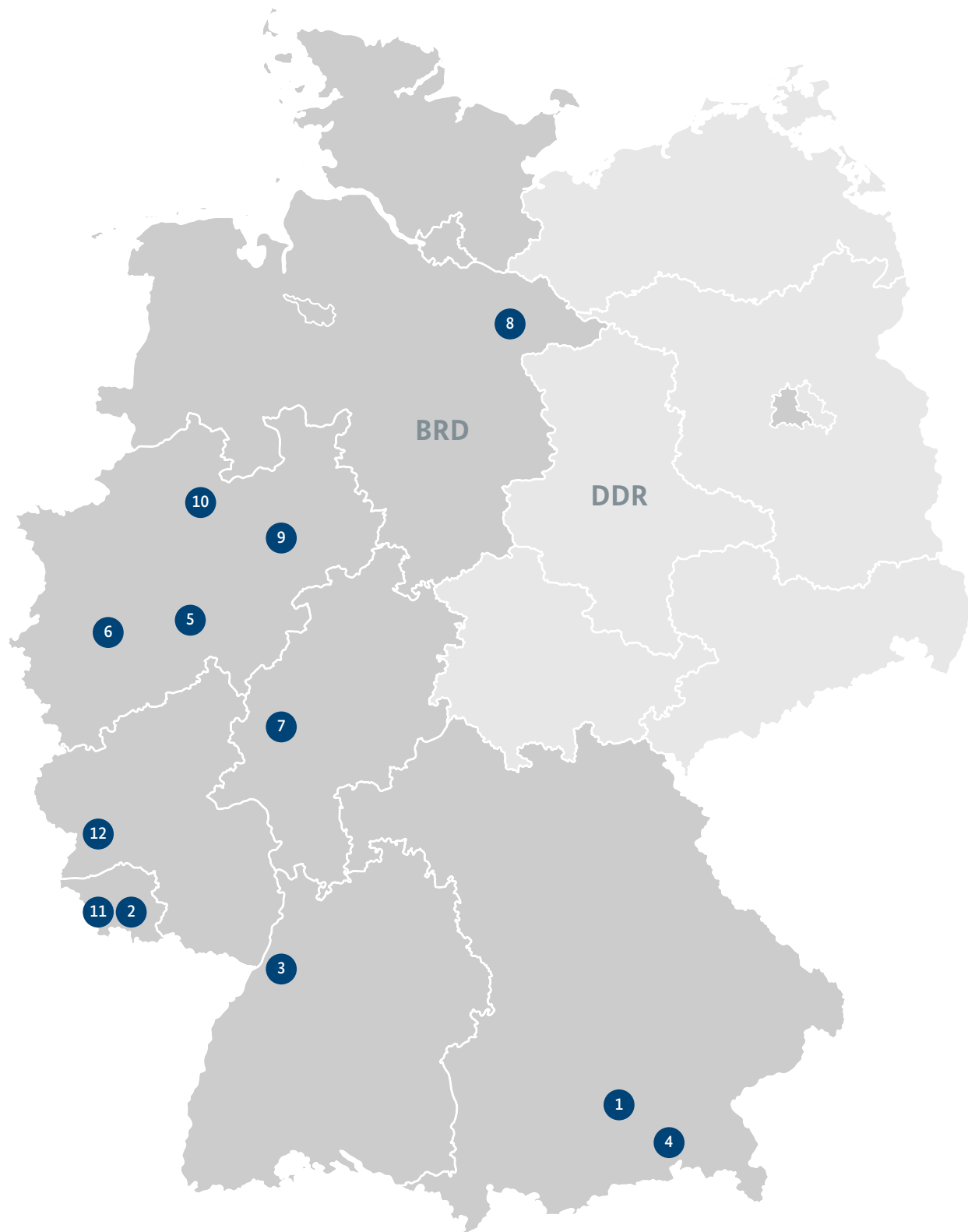
ISBN 978-3-946572-69-5

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN
kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-9783946572695.

Zur rückseitigen Karte:

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949 war die Teilung Deutschlands endgültig besiegelt. In der Karte sind die Orte markiert, von denen die Fallbeispiele in dieser Publikation berichten: Es sind Schauplätze der Verfolgung, an denen die DDR-Geheimpolizei vermeintliche oder tatsächliche »Gegner« in der Bundesrepublik bespitzelte, schikanierte oder manipulierte.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DDR



- | | | | |
|---------------|--------------|-------------|--------------|
| 1 München | 4 Rosenheim | 7 Gießen | 10 Münster |
| 2 Saarbrücken | 5 Selbach | 8 Uelzen | 11 Saarlouis |
| 3 Eltingen | 6 Leverkusen | 9 Lippstadt | 12 Trier |

ISBN 978-3-946572-69-5



9

www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv

